

R+V Versicherung AG

Bericht über Solvabilität und Finanzlage (SFCR)

2025

R+V Versicherung AG

Raiffeisenplatz 1, 65189 Wiesbaden, Telefon 0611 533-0
Eingetragen beim Amtsgericht Wiesbaden, HRB 7934, gegründet 1922

Bericht über Solvabilität und Finanzlage (SFCR)

Stichtag: 31.12.2025

Zusammenfassung	4
A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis	7
A.1 Geschäftstätigkeit.....	7
A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis.....	11
A.3 Anlageergebnis	14
A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten.....	16
A.5 Sonstige Angaben	16
B Governance-System	17
B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System.....	17
B.2 Anforderungen an fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit	25
B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung	29
B.4 Internes Kontrollsystem	33
B.5 Funktion der Internen Revision	34
B.6 Versicherungsmathematische Funktion	35
B.7 Outsourcing	35
B.8 Bewertung des Governance-Systems	36
B.9 Sonstige Angaben	36
C Risikoprofil	37
C.1 Versicherungstechnisches Risiko	37
C.2 Marktrisiko.....	41
C.3 Kreditrisiko	44
C.4 Liquiditätsrisiko.....	45
C.5 Operationelles Risiko.....	46
C.6 Andere wesentliche Risiken.....	47
C.7 Sonstige Angaben	48
D Bewertung für Solvabilitätszwecke	49
D.1 Vermögenswerte	50
D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen	58
D.3 Sonstige Verbindlichkeiten	68
D.4 Alternative Bewertungsmethoden	70
D.5 Sonstige Angaben	71
E Kapitalmanagement	72
E.1 Eigenmittel	72

E.2	Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung.....	75
E.3	Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung.....	76
E.4	Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen	76
E.5	Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung.....	77
E.6	Sonstige Angaben	77

Abkürzungsverzeichnis 78

Aus rechnerischen Gründen können Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben) auftreten.

Zusammenfassung

Der vorliegende Bericht stellt die Solvabilitäts- und Finanzlage der R+V Versicherung AG zum 31. Dezember 2025 dar. Er dient der Offenlegung von qualitativen und quantitativen Informationen gemäß Solvency II gegenüber der Öffentlichkeit.

Die R+V Versicherung AG gehört als Unternehmen der R+V der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken an. Sie ist die Obergesellschaft des R+V Konzerns und mehrheitlich direkt beziehungsweise indirekt an den Erstversicherungsgesellschaften des R+V Konzerns beteiligt.

Die R+V Versicherung AG verzeichnete im Berichtsjahr gebuchte Bruttobeiträge von 4.146.695 TEuro (2024: 4.106.161 TEuro). Sie ist der zentrale Rückversicherer der Erstversicherungsgesellschaften der R+V. Daneben tritt sie eigenständig am internationalen Rückversicherungsmarkt auf. Sie betreibt die Rückversicherung weltweit in allen Nicht-Leben-Sparten.

Die Risikostrategie der R+V greift die Risiken auf, die sich aus der Geschäftsstrategie ergeben und definiert Art und Umfang der Risikoübernahme sowie Maßnahmen, um diese Risiken zu steuern. Die Risikostrategie bildet den Ausgangspunkt für die Umsetzung des Risikomanagements und ist integraler Bestandteil des unternehmerischen Handelns. Ziel des Risikomanagements der R+V ist es, für die gesamte Geschäftstätigkeit die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungen zu gewährleisten.

Das Asset-Liability-Management (ALM) ist ebenfalls integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung und dient dazu, die Profitabilität und finanzielle Stabilität des Unternehmens sowie die jederzeitige Erfüllbarkeit der eingegangenen Versicherungsverpflichtungen zu gewährleisten. Ziel ist, die Liquiditäts-, Rendite- und Risikoeigenschaften der Kapitalanlagen mit dem Liquiditätsbedarf, den Finanzierungserfordernissen und dem Risikocharakter der versicherungstechnischen Verbindlichkeiten abzustimmen.

Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

Kapitel A des vorliegenden Berichts erläutert die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit der R+V Versicherung AG.

Im Berichtszeitraum erzielte die R+V Versicherung AG ein versicherungstechnisches Bruttoergebnis von 285.861 TEuro (2024: 288.892 TEuro). Das versicherungstechnische Nettoergebnis vor Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlichen Rückstellungen betrug 94.018 TEuro (2024: 145.584 TEuro). Nach Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlichen Rückstellungen ergab sich ein versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung von -156.549 TEuro (2024: -268.516 TEuro).

Die R+V Versicherung AG erzielte aus ihren Kapitalanlagen ordentliche Erträge von 441.946 TEuro (2024: 455.902 TEuro). Abzüglich ordentlicher Aufwendungen von 24.218 TEuro (2024: 27.314 TEuro) ergab sich ein ordentliches Ergebnis von 417.728 TEuro (2024: 428.587 TEuro). Aus dem Saldo der Zu- und Abschreibungen sowie den Abgangsgewinnen und -verlusten resultierte ein außerordentliches Ergebnis von -14.756 TEuro (2024: 594 TEuro). Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen, als Summe des ordentlichen sowie des außerordentlichen Ergebnisses, belief sich damit für das Geschäftsjahr 2025 auf 402.972 TEuro nach 429.181 TEuro im Vorjahr. Die Nettoverzinsung lag bei 3,8 % (2024: 4,2 %).

Der Saldo aus den Sonstigen Erträgen und Aufwendungen, die aus der sonstigen Tätigkeit der Gesellschaft entstanden sind, betrug -50.451 TEuro (2024: -45.152 TEuro).

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit vor Steuern betrug 195.268 TEuro (2024: 115.256 TEuro). Die R+V Versicherung AG führte auf der Grundlage des Ergebnisabführungsvertrags den Gewinn nach Steuern in Höhe von 127.524 TEuro (2024: 9.972 TEuro) an die DZ BANK AG ab.

Governance-System

Kapitel B erläutert das solide und vorsichtige Management des Geschäfts der R+V Versicherung AG. Die Gesellschaft verfügt über ein angemessenes und wirksames Governance-System. Das Risikomanagement ist integraler Bestandteil

der Unternehmenssteuerung und der Governance-Struktur. Es baut auf der vom Vorstand verabschiedeten Risikostrategie auf, die eng mit der Geschäftsstrategie verzahnt ist. Die Governance-Struktur umfasst die drei miteinander verbundenen und in das Kontroll- und Überwachungssystem integrierten Funktionen der operativen Risikosteuerung, der Risikoüberwachung und der internen Revision. Aufgaben der Risikoüberwachung werden durch die Schlüsselfunktionen Risikomanagementfunktion, Compliance-Funktion und versicherungsmathematische Funktion wahrgenommen.

Risikoprofil

Das Risikoprofil der Gesellschaft wird in Kapitel C beschrieben und quantifiziert. Es wird aufgezeigt, wie Risikominde- rungstechniken eingesetzt werden und wie mögliche Stress-Szenarien auf das Unternehmen wirken könnten. Das Risiko- profil der R+V Versicherung AG ist in erster Linie durch Marktrisiken und Nichtlebensversicherungstechnische Risiken geprägt. Die Ergebnisse der durchgeführten Stresstests zeigen, dass die Risikotragfähigkeit auch unter diesen Szenar- ien ausreichend sichergestellt ist.

Die Risikoselektion und -steuerung des übernommenen Rückversicherungsgeschäfts erfolgt zentral im Ressort Aktive Rückversicherung, wobei die Risiken systematisch nach Kategorien erfasst und gesteuert werden. Die Aufgaben und Verantwortlichkeiten aller handelnden Personen sind durch die Zeichnungsvollmachten klar definiert. Die Übernahme des Fremdgeschäfts erfolgt anhand verbindlicher Zeichnungsrichtlinien, in denen die Arten und Eigenschaften des Versi- cherungsgeschäfts sowie die Haftungsausschlüsse gemäß Zeichnungsrichtlinie geregelt werden.

Die Annahme von Rückversicherungsrisiken wird im Rahmen der Vertriebs- und Zeichnungspolitik über Einzelhaftungslimi- te und Kumullimite gesteuert. Ein Stufenkonzept mit mehreren Entscheidungsstufen regelt, welche Risiken – nach Umfang und Art der Deckung – angenommen werden dürfen. Zur Begrenzung der Risiken werden Einzelhaftungslimite pro Sparte, Gefahr und Region eingesetzt, um so eine Diversifikation der übernommenen Risiken zu erreichen.

Aus den Kapitalanlagen resultieren insbesondere Zins-, Spread- und Aktienrisiken. Versicherungsunternehmen sind ver- pflichtet, sämtliche Vermögenswerte so anzulegen, dass Sicherheit, Qualität, Liquidität und Rentabilität des Portfolios als Ganzes sichergestellt werden. Die von der R+V Versicherung AG eingegangenen Marktrisiken spiegeln die im Rahmen der Strategischen Asset Allokation unter Berücksichtigung der individuellen Risikotragfähigkeit und der langfristigen Er- tragsanforderungen entwickelte Portfoliostruktur der Kapitalanlagen wider.

Bewertung für Solvabilitätszwecke

In Kapitel D werden die in der Solvabilitätsübersicht auszuweisenden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten dargestellt sowie die für diese Zwecke verwendeten Bewertungsansätze und -verfahren beschrieben.

Die Solvabilitätsübersicht zeigt auf, inwieweit die Verpflichtungen, die das Versicherungsunternehmen eingegangen ist, unter gewissen Risikoannahmen durch die Vermögenswerte bedeckt sind. In der Solvabilitätsübersicht sind Vermögens- werte und Verbindlichkeiten grundsätzlich mit Marktwerten oder marktkonsistent zu bewerten.

Unterschiede zwischen der Bilanz gemäß Handelsgesetzbuch (HGB) und der ökonomischen Solvabilitätsübersicht be- gründen sich im Wesentlichen durch ausweistheoretische Unterschiede sowie durch abweichende Bewertungsmethoden. Beispiele für wesentliche Unterschiede sind hierbei stille Reserven oder Lasten bei der handelsrechtlichen Bewertung der Kapitalanlagen und die nach HGB vorsichtige Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen, die Bewer- tung von Investmentfonds sowie der Ausweis von einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen.

Kapitalmanagement

In Kapitel E werden die Eigenmittel der Gesellschaft und die Solvenzkapitalanforderungen sowie die daraus resultieren- den Bedeckungsquoten dargestellt.

Die R+V Versicherung AG verfügte zum 31. Dezember 2025 über Eigenmittel in Höhe von insgesamt 15.215.110 TEuro. Die Eigenmittel setzten sich zum Stichtag aus 374.234 TEuro Grundkapital, der Kapitalrücklage gemäß § 272 HGB in Höhe von 1.858.352 TEuro, sowie der Ausgleichsrücklage in Höhe von 12.982.524 TEuro zusammen. Zum Stichtag wur- den die gesamten Eigenmittel der R+V Versicherung AG als Tier 1 klassifiziert.

Die Eigenmittel stellen im Wesentlichen den Überschuss der Vermögenswerte der R+V Versicherung AG über ihre Verbindlichkeiten dar und stehen zur Verfügung, um erhöhte Verpflichtungen aufgrund des Eintritts von Risiken zu decken.

Bei der Berechnung des Solvenzkapitalbedarfs werden alle quantifizierbaren Risiken sowie deren Abhängigkeiten untereinander berücksichtigt. Das Sicherheitsniveau bei dieser Berechnung beträgt 99,5 %.

Die R+V Versicherung AG verfügt zum Stichtag über ausreichend Eigenmittel, um sowohl die Mindestkapitalanforderung (MCR) in Höhe von 1.088.519 TEuro als auch den Solvenzkapitalbedarf (SCR) in Höhe von 4.354.076 TEuro zu decken. Zum 31. Dezember 2025 ergaben sich damit Bedeckungsquoten von 1.398 % (MCR) beziehungsweise 349 % (SCR). Dabei hat die R+V Versicherung AG keine genehmigungspflichtigen Instrumente wie Übergangsmaßnahmen oder Volatilitätsanpassungen in ihren Berechnungen angesetzt.

A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

A.1 Geschäftstätigkeit

Rechtsform und Konzernzugehörigkeit

Die R+V Versicherung AG (RVV) ist die Obergesellschaft des R+V Konzerns. Sie ist mehrheitlich direkt beziehungsweise indirekt an den Erstversicherungsgesellschaften des R+V Konzerns beteiligt.

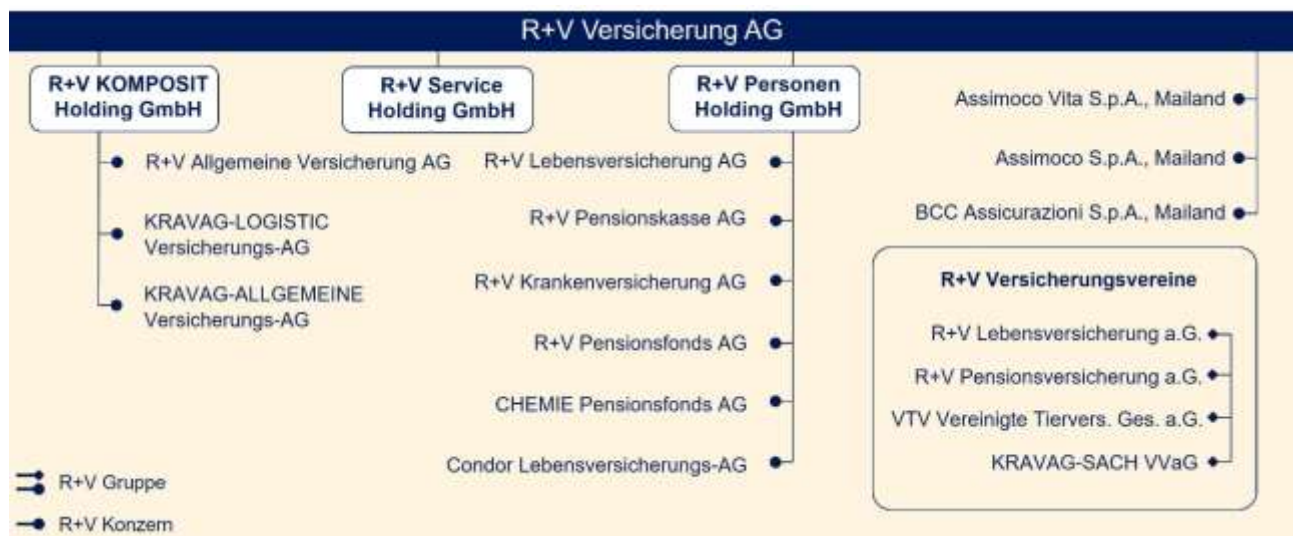
Die RVV befindet sich mehrheitlich im Besitz der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank (DZ BANK AG), Frankfurt am Main. Weitere Anteile werden von anderen genossenschaftlichen Verbänden und Instituten gehalten. Der Vorstand der RVV trägt die Verantwortung für das gesamte Versicherungsgeschäft innerhalb des DZ BANK Konzerns.

Halter qualifizierter Beteiligungen

	Anteil am Kapital
DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main	70,1%
NGB AG & Co. KG, Hannover	15,5%
Bayerische Raiffeisen-Beteiligungs-AG, Beilngries	4,6%
Beteiligungs-AG der bayerischen Volksbanken, Pöcking	3,0%
GBK Holding GmbH & Co. KG, Kassel	0,6%
KRAVAG-SACH Versicherung des Deutschen Kraftverkehrs VaG, Hamburg	0,2%
417 Aktionäre der Primärstufe	5,9%
5 Aktien im Streubesitz	0,1%

Die Vorstände der Gesellschaften der R+V sind teilweise in Personalunion besetzt. Der R+V Konzern wird geführt wie ein einheitliches Unternehmen. Die einheitliche Leitung des R+V Konzerns findet ihren Niederschlag darüber hinaus in den zwischen den Gesellschaften abgeschlossenen umfangreichen internen Ausgliederungsvereinbarungen.

Das nachfolgende Schaubild zeigt die R+V Gruppe. Diese setzt sich zusammen aus dem R+V Konzern sowie den Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit.



Die RVV hält per 31. Dezember 2025 unmittelbar und mittelbar folgende Anteile an verbundenen Unternehmen:

Anteile an verbundenen Unternehmen

	Anteil am Kapital
Assimoco S.p.A., Mailand	66,8%
Assimoco Vita S.p.A., Mailand	100,0%
CHEMIE Pensionsfonds AG, Wiesbaden	100,0%
Condor Lebensversicherungs-AG, Hamburg	95,0%
KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-AG, Hamburg	100,0%
KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG, Hamburg	51,0%
R+V Allgemeine Versicherung AG, Wiesbaden	95,0%
R+V Krankenversicherung AG, Wiesbaden	100,0%
R+V Lebensversicherung AG, Wiesbaden	100,0%
R+V Pensionsfonds AG, Wiesbaden	100,0%
R+V Pensionskasse AG, Wiesbaden	100,0%
Aufbau und Handelsgesellschaft mbH, Stuttgart	94,9%
BCC Assicurazioni S.p.A., Mailand	51,0%
BWG Baugesellschaft Württembergischer Genossenschaften mbH, Stuttgart	94,8%
carexpert Kfz-Sachverständigen GmbH, Mainz	60,0%
CI CONDOR Immobilien GmbH, Hamburg	100,0%
compertis Beratungsgesellschaft für betriebliches Vorsorgemanagement mbH, Wiesbaden	100,0%
Condor Dienstleistungs-GmbH, Hamburg	100,0%
easymize GmbH, Wiesbaden	100,0%
Englische Strasse 5 GmbH, Wiesbaden	90,0%
GWG 1. Wohn GmbH & Co. KG, Stuttgart	100,0%
GWG 2. Wohn GmbH & Co. KG, Stuttgart	100,0%
GWG 3. Wohn GmbH & Co. KG, Stuttgart	100,0%
GWG 4. Wohn GmbH & Co. KG, Stuttgart	100,0%
GWG Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart	100,0%
GWG Gesellschaft für Wohnungs- und Gewerbebau Baden-Württemberg AG, Stuttgart	91,6%
GWG Hausbau GmbH, Stuttgart	94,5%
GWG ImmoInvest GmbH, Stuttgart	94,9%
GWG Wohnpark Sendling GmbH, Stuttgart	94,0%
HumanProtect Consulting GmbH, Köln	100,0%
INFINDO Development GmbH, Wiesbaden	100,0%
KRAVAG Umweltschutz- und Sicherheitstechnik GmbH, Hamburg	100,0%
MIRADOR Development GmbH, Wiesbaden	100,0%
MSU Management-, Service- und Unternehmensberatung GmbH, Landau	60,0%

Anteile an verbundenen Unternehmen

	Anteil am Kapital
PASCON GmbH, Wiesbaden	100,0%
Pension Consult Beratungsgesellschaft für Altersvorsorge mbH, Wiesbaden	100,0%
R+V AIFM S.à.r.l., Munsbach	100,0%
R+V Dienstleistungs-GmbH, Wiesbaden	100,0%
R+V KOMPOSIT Holding GmbH, Wiesbaden	100,0%
R+V Mannheim P2 GmbH, Wiesbaden	94,0%
R+V Personen Holding GmbH, Wiesbaden	100,0%
R+V Rechtsschutz-Schadenregulierungs-GmbH, Wiesbaden	100,0%
R+V Service Center GmbH, Wiesbaden	100,0%
R+V Service Holding GmbH, Wiesbaden	100,0%
R+V Treuhand GmbH, Wiesbaden	100,0%
RC II S.a.r.L., Munsbach	90,0%
RUV Agenturberatungs GmbH, Wiesbaden	100,0%
RV AIP S.C.S. SICAV-SIF, Munsbach	100,0%
RV AIP S.C.S. SICAV-SIF - RV TF Acquisition Financing, Munsbach	98,7%
RV AIP S.C.S. SICAV-SIF - RV TF 2 Infra Debt, Munsbach	97,6%
RV AIP S.C.S. SICAV-SIF - TF 3 Primaries, Munsbach	99,3%
RV AIP S.C.S. SICAV-SIF - TF 4 Secondaries, Munsbach	99,3%
RV AIP S.C.S. SICAV-SIF - TF 5 Co- Investments, Munsbach	99,3%
RV AIP S.C.S. SICAV-SIF - RV TF 6 Infra Debt II, Munsbach	98,4%
RV AIP S.C.S. SICAV-SIF - RV TF 7 Private Equity, Munsbach	99,0%
RV AIP S.C.S. SICAV-SIF - RV TF 8 Acquisition Financing Large Cap, Munsbach	99,0%
RV Securitisation I S.à.r.l., Senningerberg	100,0%
RVL Grundstücks GmbH & Co. KG, Wiesbaden	100,0%
RVL Grundstücksverwaltung GmbH, Wiesbaden	100,0%
Sprint Sanierung GmbH, Köln	100,0%
STARTRAIFF GmbH, Wiesbaden	100,0%
TeamBank AG, Nürnberg	0,0%
UMB Unternehmens-Managementberatungs GmbH, Wiesbaden	100,0%
Unterstützungskasse der Condor Versicherungsgesellschaften GmbH, Hamburg	100,0%
VR GbR, Frankfurt am Main	41,2%
VR Makler GmbH, Hannover	100,0%
WBS Wohnwirtschaftliche Baubetreuungs- und Servicegesellschaft mbH, Stuttgart	94,9%

Geschäftsbereiche und Regionen

Die RVV ist der zentrale Rückversicherer der Erstversicherungsgesellschaften der R+V. Zudem tritt sie eigenständig am internationalen Rückversicherungsmarkt auf. Sie betreibt die Rückversicherung weltweit in allen Nicht-Leben-Sparten. Die Interessen im südlichen Afrika werden durch die Niederlassung in Südafrika vertreten.

Die RVV verzeichnete im Berichtsjahr über alle Geschäftsbereiche gebuchte Bruttobeiträge von 4.146.695 TEuro, die sich per 31. Dezember 2025 wie folgt auf die wesentlichen Geschäftsbereiche verteilen:

Geschäftsbereich

	Anteile in %
Feuer- und andere Sachversicherungen	23,2%
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	25,9%
nichtproportionale Sachrückversicherung	22,3%
nichtproportionale Unfallrückversicherung	5,1%
Allgemeine Haftpflichtversicherung	0,8%
Sonstige Kraftfahrtversicherung	6,4%
Kredit- und Kautionsversicherung	9,1%
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	5,2%
Berufsunfähigkeitsversicherung	0,3%
Lebensrückversicherung	0,5%
Übrige	1,3%
Summe	100,0%

Finanzaufsicht und externer Abschlussprüfer

Das Unternehmen und die R+V Gruppe unterliegen mit ihren vielfältigen Aktivitäten im Versicherungsgeschäft und im Asset Management einer umfassenden Regulierung und Überwachung. Die Beaufsichtigung obliegt der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) auf der Grundlage des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG).

Anschrift der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht:

Graurheindorfer Straße 108
53117 Bonn

alternativ:

Postfach 1253
53002 Bonn

Kontaktdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

Fon: 0228 / 4108 – 0
Fax: 0228 / 4108 – 1550

E-Mail: poststelle@bafin.de oder
De-Mail: poststelle@bafin.de-mail.de

Darüber hinaus ist das Unternehmen als Teil des DZ BANK Finanzkonglomerats in die Beaufsichtigung des Finanzkonglomerats nach Maßgabe der aktuell geltenden gesetzlichen Vorschriften einbezogen. Der Koordinator für die Aufsicht des Finanzkonglomerats ist die Europäische Zentralbank, Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main.

Der für das Unternehmen und die R+V Gruppe zuständige Abschlussprüfer ist die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Friedrich-Ebert-Anlage 35-37, 60327 Frankfurt am Main. Sie war erstmals für die Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2021 verantwortlich. Auch die im SFCR enthaltene Solvabilitätsübersicht unterliegt nach § 35 Absatz 2 VAG der Prüfung durch den Abschlussprüfer.

Wesentliche Entwicklungen mit Einfluss auf die Geschäftsentwicklung

Für den Zeitraum vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2026 besteht zwischen der R+V Versicherung AG und der DZ BANK AG ein Gewinnabführungsvertrag. Der Vertrag verlängert sich jeweils um ein Jahr, falls er nicht spätestens sechs Monate vor Ablauf von einem der Vertragspartner gekündigt wird, längstens läuft der Vertrag jedoch bis zum Ablauf des 31. Dezember 2031.

Die Hauptversammlung der R+V Versicherung AG beschloss am 19. Mai 2022 ein Genehmigtes Kapital. Es ermächtigt den Vorstand, das Grundkapital der R+V Versicherung AG mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer auf den Namen lautender vinkulierter Stückaktien gegen Bareinlagen einmalig oder mehrmalig unter Ausschluss des Bezugsrechts für Spitzenbeträge um insgesamt bis zu einem Nennbetrag von 66,5 Mio. Euro zu erhöhen, was einem Gesamtausgabebetrag in Höhe von rund 750 Mio. Euro entspricht. Das Genehmigte Kapital kann bis zum 30. April 2027 ausgenutzt werden.

Das im Jahr 2025 erfolgreich abgeschlossene Strategieprogramm „WIR@R+V“ wurde in die neue Unternehmensstrategie „NextLevel“ überführt, welche bis 2030 umgesetzt wird. Diese baut auf den Kernbereichen Kundenzentrierung, Digitalisierung und Prozessoptimierung der Vorgängerstrategie auf. Die Strategie „NextLevel“ adressiert die aktuellen Herausforderungen, indem das Wachstumspotenzial im Genossenschaftlichen Verbund genutzt und die Unternehmenssteuerung sowie operative und technologische Exzellenz optimiert werden. Ziel ist ein ertragreiches Wachstum verbunden mit der Erschließung neuer Kundenkreise und Marktanteile. Nachhaltigkeit bleibt ein fester Bestandteil der Strategie.

A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis

Versicherungstechnisches Ergebnis im Berichtszeitraum

Im Berichtszeitraum erzielte die RVV ein versicherungstechnisches Bruttoergebnis von 285.861 TEuro (2024: 288.892 TEuro). Das versicherungstechnische Nettoergebnis vor Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlichen Rückstellungen betrug 94.018 TEuro (2024: 145.584 TEuro). Nach einer Zuführung zur Schwankungsrückstellung und ähnlichen Rückstellungen ergab sich ein versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung von -156.549 TEuro (2024: -268.516 TEuro).

Im Folgenden werden die wesentlichen Größen gebuchte Bruttobeiträge, die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle sowie die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb dargestellt.

Versicherungstechnische Ergebnisgrößen (brutto)

	2025			2024		
	Gebuchte Beiträge	Aufwendungen für Versicherungsfälle	Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	Gebuchte Beiträge	Aufwendungen für Versicherungsfälle	Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb
	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro
Krankheitskostenversicherung	495	363	314	1.545	1.048	755
Berufsunfähigkeitsversicherung	11.526	10.428	6.442	14.225	4.986	9.832
Arbeitsunfallversicherung	670	321	125	420	17	78
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	1.072.971	738.889	204.944	1.028.121	891.628	226.180
Sonstige Kraftfahrtversicherung	266.615	192.185	47.593	256.659	213.817	45.240
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	214.364	169.247	58.159	208.662	104.268	61.443
Feuer- und andere Sachversicherungen	960.535	751.062	264.098	972.446	650.645	278.412
Allgemeine Haftpflichtversicherung	35.020	16.641	13.538	32.378	-3.805	13.832
Kredit- und Kautionsversicherung	376.195	198.154	148.295	385.782	146.765	152.613
Rechtsschutzversicherung	-14	-102	-21	36	-32	56
Verschiedene finanzielle Verluste	13.352	7.162	4.445	8	1	56
nichtproportionale Krankheitsrückversicherung	7.094	5.606	3.673	7.275	2.599	4.328
nichtproportionale Unfallrückversicherung	211.611	72.126	45.140	237.758	52.162	60.083
nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	31.714	80.776	8.800	31.189	41.577	9.068
nichtproportionale Sachrückversicherung	924.064	587.434	181.459	908.934	629.100	184.990
Krankenrückversicherung	0	362	0	0	378	0
Lebensrückversicherung	20.484	17.594	10.804	20.722	15.649	10.544
Gesamt	4.146.695	2.848.248	997.808	4.106.161	2.750.803	1.057.510

Die RVV verzeichnete im Berichtsjahr über alle Geschäftsbereiche gebuchte Bruttobeiträge von 4.146.695 TEuro (2024: 4.106.161 TEuro). Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle betragen 2.848.248 TEuro (2024: 2.750.803 TEuro) und die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb 997.808 TEuro (2024: 1.057.510 TEuro).

Als größter Geschäftsbereich trug die Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung mit 25,9 % (2024: 25,0 %) gefolgt von der Feuer- und andere Sachversicherungen mit 23,2 % (2024: 23,7 %), der nichtproportionalen Sachrückversicherung mit 22,3 % (2024: 22,1 %), der Kredit- und Kautionsversicherung mit 9,1 % (2024: 9,4 %), der Sonstigen Kraftfahrtversicherung mit 6,4 % (2024: 6,3 %), der See-, Luftfahrt- und Transportversicherung mit 5,2 % (2024: 5,1 %), der nichtproportionalen Unfallrückversicherung mit 5,1 % (2024: 5,8 %) sowie der Allgemeinen Haftpflichtversicherung mit 0,8 % (2024: 0,8 %) und der Berufsunfähigkeitsversicherung mit 0,3 % (2024: 0,4 %) zu den gebuchten Bruttobeiträgen bei. Aus dem nicht mehr aktiv gezeichneten Geschäftsbereich der Lebensrückversicherung resultierten 0,5 % (2024: 0,5 %) der Beiträge.

Die Geschäftsbereiche „Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung“, „Sonstige Kraftfahrtversicherung“ sowie „nichtproportionale Unfallrückversicherung“ sind geprägt von der Entwicklung im Segment Kraftfahrt. Hier wird weltweit Geschäft gezeichnet. 36,4 % des Beitragsvolumens stammen von Gesellschaften der R+V. Im Geschäft mit Zedenten außerhalb der R+V entwickelte sich insbesondere das Inlandsgeschäft positiv. Das Beitragsvolumen im ausländischen Geschäft lag auf dem Niveau des Vorjahres. Im Geschäftsbereich nichtproportionale Unfallrückversicherung sind neben der dominierenden Sparte Kraftfahrzeughaftpflicht noch die Allgemeine Haftpflicht und die Kraftfahrt-Unfallversicherung enthalten.

Die Geschäftsbereiche Feuer- und andere Sachversicherungen und die nichtproportionale Sachrückversicherung sind insbesondere durch die Feuerversicherung geprägt. Das Beitragsvolumen in dieser Sparte insgesamt reduzierte sich leicht und stammt unverändert im Wesentlichen von Zedenten außerhalb der R+V Gruppe. 87,4 % der Bruttoprämien entfallen dabei auf das Auslandsgeschäft. Darüber hinaus umfasst der Geschäftsbereich Feuer- und andere Sachversicherungen die Sparten Rechtsschutz, Verbundene Hausrat und Wohngebäude, Einbruchdiebstahl, Technische Versicherungen, Leitungswasser, Glas, Sturm, Hagel, Tier, Cyber Risk, Atomanlagen-Sachversicherung sowie Allgefahren. Der Geschäftsbereich nichtproportionale Sachrückversicherung beinhaltet über die genannten Sparten hinaus noch die Kredit- und Kautionsversicherung. Neben der Feuerversicherung waren die dominierenden Sparten über beide Geschäftsbereiche betrachtet die Sturmversicherung sowie die Technischen Versicherungen. Während es in der Sturmversicherung zu einem Beitragsrückgang kam, konnten die Beiträge in den Technischen Versicherungen im Geschäftsjahr gesteigert werden.

Der Geschäftsbereich Kredit- und Kautionsversicherung wird sehr stark von gesamtwirtschaftlichen Einflussgrößen bestimmt. Hier war im Jahr 2025 ein Beitragsrückgang um 2,5 % auf 376.195 TEuro zu verzeichnen (2024: 385.782 TEuro).

In den Geschäftsbereichen See-, Luftfahrt- und Transportversicherung sowie nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung ergab sich ein Anstieg der gebuchten Bruttobeiträge. Wichtigste Märkte waren für das Transportgeschäft Südkorea, Deutschland sowie China. Im Luftfahrtgeschäft dominierte unverändert das Geschäft in den USA.

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle wurden zu 26,4 % (2024: 23,7 %) durch die Feuer- und anderen Sachversicherungen, zu 25,9 % (2024: 32,4 %) durch die Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung, zu 20,6 % (2024: 22,9 %) durch die nichtproportionale Sachrückversicherung, zu 7,0 % (2024: 5,3 %) durch die Kredit- und Kautionsversicherung, zu 6,7 % (2024: 7,8 %) durch die Sonstige Kraftfahrtversicherung, zu 5,9 % (2024: 3,8 %) durch die See-, Luftfahrt- und Transportversicherung und zu 2,5 % (2024: 1,9 %) durch die nichtproportionale Unfallrückversicherung bestimmt.

Im Segment Kraftfahrt, welches sich in den Geschäftsbereichen Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung, Sonstige Kraftfahrtversicherung sowie in der nichtproportionalen Unfallrückversicherung widerspiegelt, verringerten sich die Geschäftsjahresschadenaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr. In Verbindung mit einem verbesserten Abwicklungsergebnis der aus dem Vorjahr übernommenen Schadenrückstellungen ergab sich eine ebenfalls verbesserte bilanzielle Brutto-Schadenquote.

Die Geschäftsjahresschadenaufwendungen in den Geschäftsbereichen Feuer- und andere Sachversicherungen sowie der nichtproportionalen Sachrückversicherung waren geprägt durch die Entwicklung in der Feuerversicherung. Hier ergab sich ein deutlicher Anstieg hervorgerufen insbesondere durch den Hurrikan Melissa sowie die Feuerereignisse in Los Angeles. Unter Berücksichtigung des positiven Abwicklungsergebnisses der aus dem Vorjahr übernommenen Schadenrückstellungen ergab sich eine bilanzielle Brutto-Schadenquote von 75,5 % (2024: 73,2 %). In der Sturmversicherung kam es ebenfalls zu einem Anstieg der Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle.

In der Kredit- und Kautionsversicherung führten gestiegene Schadenmeldungen zu im Vergleich zum Vorjahr höheren Geschäftsjahresschadenaufwendungen. In Verbindung mit dem Abwicklungsergebnis der aus dem Vorjahr übernommenen Rückstellungen ergab sich eine gestiegene bilanzielle Brutto-Schadenquote.

Im Geschäftsbereich See-, Luftfahrt- und Transportversicherung stiegen die Geschäftsjahresschadenaufwendungen überproportional zur Beitragsentwicklung. In Verbindung mit dem Abwicklungsergebnis der aus dem Vorjahr übernommenen Rückstellungen ergab sich eine erhöhte bilanzielle Brutto-Schadenquote.

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb betrafen die Feuer- und andere Sachversicherungen mit 26,5 % (2024: 26,3 %), die Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung mit 20,5 % (2024: 21,4 %), die nichtproportionale Sachrückversicherung mit 18,2 % (2024: 17,5 %), die Kredit- und Kautionsversicherung mit 14,9 % (2024: 14,4 %), die See-, Luftfahrt- und Transportversicherung mit 5,8 % (2024: 5,8 %), die Sonstige Kraftfahrtversicherung mit 4,8 % (2024: 4,3 %), die nichtproportionale Unfallrückversicherung mit 4,5 % (2024: 5,7 %), die Allgemeine Haftpflichtversicherung mit 1,4 % (2024: 1,3 %) und die Berufsunfähigkeitsversicherung mit 0,6 % (2024: 0,9 %). Auf den Geschäftsbereich Lebensrückversicherung entfielen 1,1 % (2024: 1,0 %).

Die RVV zeichnet das Rückversicherungsgeschäft vom Standort Wiesbaden aus weltweit. Zum Stichtag 31. Dezember 2025 verteilten sich die gebuchten Bruttobeiträge aus dem von Zedenten außerhalb der R+V Gruppe gezeichneten Geschäft wie folgt nach Ländern:

Länderverteilung (gebuchte Bruttobeiträge)

	2025	2024
	TEuro	TEuro
Deutschland	328.662	318.601
Europa (ohne Deutschland)	1.520.834	1.547.179
USA	626.638	630.090
Nord-/Südamerika (ohne USA)	296.191	264.964
Südafrika	148.179	164.844
Afrika (Rest)	3.371	2.886
Asien	457.180	459.162
Übrige	13.782	18.908
Gesamt	3.394.837	3.406.636

A.3 Anlageergebnis

Anlageergebnis im Geschäftsjahr

Das Kapitalanlageergebnis (HGB) setzt sich aus dem ordentlichen und dem außerordentlichen Ergebnis zusammen. Das ordentliche Ergebnis umfasst auf der Ertragsseite Zins- und Dividendeneinnahmen und wird auf der Aufwandsseite insbesondere um die Verwaltungskosten vermindert. Im außerordentlichen Ergebnis werden Gewinne und Verluste aus Abgängen von Kapitalanlagen sowie Abschreibungen aufgrund von Wertminderungen sowie Zuschreibungen aufgrund von Wertaufholungen saldiert. Die nachstehende Tabelle zeigt die verschiedenen Quellen des Anlageergebnisses:

Anlageergebnis im Geschäftsjahr

	2025	2024
	TEuro	TEuro
Ordentliche Erträge	441.946	455.902
Ordentliche Aufwendungen	24.218	27.314
Abgangsgewinne	185	153
Abgangsverluste	2.991	931
Zuschreibungen	1.001	2.349
Abschreibungen	12.952	977
Summe	402.972	429.181

Die RVV erzielte aus ihren Kapitalanlagen ordentliche Erträge von 441.946 TEuro. Abzüglich ordentlicher Aufwendungen von 24.218 TEuro ergab sich ein ordentliches Ergebnis von 417.728 TEuro (2024: 428.587 TEuro).

Bei den Kapitalanlagen der RVV lagen Abschreibungen von 12.952 TEuro vor. Aufgrund von Wertaufholungen wurden 1.001 TEuro zugeschrieben. Durch Veräußerungen von Vermögenswerten erzielte die RVV Abgangsgewinne von 185 TEuro sowie Abgangsverluste von 2.991 TEuro. Aus dem Saldo der Zu- und Abschreibungen sowie den Abgangsgewinnen und -verlusten resultierte ein außerordentliches Ergebnis von -14.756 TEuro (2024: 594 TEuro).

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen, als Summe des ordentlichen sowie des außerordentlichen Ergebnisses, belief sich damit für das Geschäftsjahr 2025 auf 402.972 TEuro (2024: 429.181 TEuro). Die Nettoverzinsung lag bei 3,8 % (2024: 4,2 %).

Die stillen Lasten unter Anwendung der Bewertungsvorschrift nach § 341b Abs. 2 Satz 1 HGB beliefen sich bei Wertpapieren des Anlagevermögens auf 388.850 TEuro (2024: 490.599 TEuro). Hierbei wurde auf eine Abschreibung verzichtet, da es sich um eine vorübergehende Wertminderung handelt.

In der folgenden Tabelle ist die Aufschlüsselung der verschiedenen Ertrags- und Aufwandsquellen nach Vermögenswertklassen dargestellt:

Ertrags- und Aufwandsquellen nach Vermögenswertklassen

	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Abgangsgewinne	Abgangsverluste	Zuschreibungen	Abschreibungen	Summe
	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro
Derivate	0	0	0	0	0	0	0
Staatsanleihen	57.290	5.627	0	30	0	1.860	49.774
Unternehmensanleihen	47.822	5.216	2	0	0	0	42.608
Aktien	269.632	8.117	135	28	0	7.053	254.570
Investmentfonds	26.720	2.533	48	2.933	1.001	4.039	18.264
Strukturierte Schuldtitel	7.033	753	0	0	0	0	6.279
Besicherte Wertpapiere	1.781	159	0	0	0	0	1.622
Einlagen	19.538	1.170	0	0	0	0	18.368
Darlehen und Hypotheken	814	215	0	0	0	0	599
Immobilien	807	429	0	0	0	0	377
Sonstige Anlagen	10.510	0	0	0	0	0	10.510
Summe	441.946	24.218	185	2.991	1.001	12.952	402.972

Die Vermögenswertklasse Aktien, der alle Beteiligungen der RVV zugeordnet sind, wies ordentliche Erträge in Höhe von 269.632 TEuro auf. Für die Unternehmens- und Staatsanleihen belief sich im Jahr 2025 der gesamte ordentliche Ertrag auf 105.112 TEuro. Die restlichen ordentlichen Erträge verteilen sich auf die übrigen Vermögenswertklassen.

Die ordentlichen Aufwendungen aus Kapitalanlagen wurden insbesondere durch Kosten der Vermögensverwaltung geprägt. Mit 8.117 TEuro wiesen die Aktien den höchsten Anteil auf. Die Staats- und Unternehmensanleihen trugen mit 10.842 TEuro zu den Aufwendungen bei.

Abgangsgewinne und Abgangsverluste entstehen durch Handelsaktivitäten im Zuge der Portfoliosteuerung und -optimierung. Die Abgangsgewinne entstanden hauptsächlich durch Veräußerungen von Aktien (135 TEuro). Abgangsverluste entstanden insbesondere aus der Veräußerung von Investmentfonds (2.933 TEuro).

Die Zuschreibungen resultierten aus Wertaufholungen für die Position Investmentfonds (1.001 TEuro).

Abschreibungen entfielen im Jahr 2025 auf die Position Aktien (7.053 TEuro), Investmentfonds (4.039 TEuro) und Staatsanleihen (1.860 TEuro).

Die Gesellschaft erstellt den Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB). Daher werden Gewinne und Verluste aus Kapitalanlagen nicht direkt im Eigenkapital erfasst.

Das Verbriefungsportfolio der RVV bestand zum Berichtsstichtag vollständig aus Collateralized Debt Obligations. Der beizulegende Zeitwert belief sich auf 76.131 TEuro. Die zugrundeliegenden Forderungen stammten überwiegend aus Europa (95 %). Der Rest stammte aus den Vereinigten Staaten. Zum 31. Dezember 2025 entfiel das gesamte Exposure

auf die höchste Ratingklasse (AAA). In der Risikomessung werden Verbriefungen im Spreadrisiko berücksichtigt. Die Kapitalanforderung hierfür ergibt sich mithilfe eines Faktoransatzes auf Grundlage des relevanten Kreditvolumens. Die Höhe des Stressfaktors wird durch das Titel-Rating und die modifizierte Duration der Anlage bestimmt.

A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

Sonstiges Ergebnis

Im sonstigen Ergebnis werden bei der RVV neben Erträgen und Aufwendungen aus erbrachten Dienstleistungen innerhalb der R+V Gruppe das Zins- und das Währungskursergebnis sowie Aufwendungen für das Unternehmen als Ganzes ausgewiesen.

Sonstiges Ergebnis

	2025	2024
	TEuro	TEuro
Sonstige nichtversicherungstechnische Erträge	95.909	74.449
Erträge aus Dienstleistungen	37.173	28.100
Übrige	58.736	46.350
Sonstige nichtversicherungstechnische Aufwendungen	146.360	119.601
Aufwendungen aus Dienstleistungen	34.986	26.325
Aufwendungen für das VU als Ganzes	47.058	53.495
Übrige	64.316	39.782
Sonstiges Ergebnis	-50.451	-45.152

Geschäftsergebnis

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit vor Steuern betrug 195.268 TEuro (2024: 115.256 TEuro). Die RVV führte auf der Grundlage des Ergebnisabführungsvertrags den Gewinn nach Steuern in Höhe von 127.524 TEuro (2024: 9.972 TEuro) an die DZ BANK AG ab.

Operating-Leasing-Verträge

Die RVV ist Leasingnehmer bei Verträgen für eine Dienstwagenflotte. Sie ist in der Regel kein Leasingnehmer bei Verträgen für Büro- und Geschäftsräume.

Im Immobilienbereich ist die RVV bei standardisierten gewerblichen Mietverträgen grundsätzlich Leasinggeber.

Finanzierungs-Leasing-Verträge

Finanzierungs-Leasing-Verträge lagen zum Stichtag 31. Dezember 2025 nicht vor.

A.5 Sonstige Angaben

Im Berichtszeitraum sind keine weiteren Vorgänge zu verzeichnen, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der RVV von Bedeutung sind.

B Governance-System

B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System

Vorstand

Vorstand

Dr. Norbert Rollinger Vorsitzender des Vorstands		Vorstandsvorsitz
Claudia Andersch		Personenversicherung
Volker Buchem	seit 01.07.2025	Personal und Konzerndienstleistungen
Dr. Klaus Endres		seit 01.04.2025 Operations und IT bis 14.09.2025 Kompositversicherung
Jens Hasselbacher		Kunden und Vertrieb
Dr. Christoph Lamby	bis 11.04.2025	Aktive Rückversicherung
Tillmann Lukosch	bis 31.03.2025	Zentrale IT, Digitalisierung, Prozesse und Gesamtrisikomanagement
Julia Merkel	bis 30.06.2025	Personal und Konzerndienstleistungen
Marc René Michallet		Investmentmanagement und Ausland
Dragica Mischler	seit 01.04.2025	Finanzen und Risikomanagement
Dr. Holger Nieswandt	seit 12.04.2025	Aktive Rückversicherung
Dr. Nils Reich	seit 15.09.2025	Kompositversicherung

Die RVV ist Teil der R+V Gruppe und daher in das gesamte Governance- und Steuerungssystem der R+V Gruppe integriert. Die Geschäftsorganisation der R+V wird von vier ineinandergreifenden Grundsätzen geprägt:

- › Einheitliche Leitung bei der R+V
- › Horizontale und vertikale Delegation
- › Steuerung nach Ressorts
- › Organisation nach dem Gedanken des Gemeinschaftsbetriebs.

Die R+V-Gesellschaften werden grundsätzlich wie ein einheitliches Unternehmen geführt. Die R+V Versicherung AG ist die leitende Konzern- bzw. Gruppenobergesellschaft. Sie koordiniert die Zusammenarbeit bei der R+V. Alle wesentlichen strategischen und operativen Entscheidungen werden – im Rahmen der gesellschaftsrechtlichen Zulässigkeit – durch den Vorstand der R+V Versicherung AG getroffen und durch die Tochtergesellschaften umgesetzt. Die einheitliche Leitung wird auch durch die personelle Besetzung der Vorstände und Aufsichtsräte der R+V-Gesellschaften sichergestellt. Die Vorstände der größeren R+V-Gesellschaften setzen sich ganz oder teilweise aus Vorstandsmitgliedern der R+V Versicherung AG zusammen. Der Vorstandsvorsitzende der R+V Versicherung AG ist zudem regelmäßig Aufsichtsratsvorsitzender ihrer größeren Tochtergesellschaften. Die einheitliche Leitung wird darüber hinaus durch bestehende Beherrschungs- und/oder Ergebnisabführungsverträge gewährleistet. Die R+V Versicherung AG hat jeweils einen Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag mit der R+V KOMPOSIT Holding GmbH und der R+V Service Holding GmbH abgeschlossen. Die R+V KOMPOSIT Holding GmbH verfügt ihrerseits über einen Ergebnisabführungsvertrag mit der R+V Allgemeine Versicherung AG. Die R+V Personen Holding GmbH hat einen Ergebnisabführungsvertrag mit der R+V Lebensversicherung AG sowie mit der Condor Lebensversicherungs-AG abgeschlossen. Die R+V Service Holding GmbH verfügt über einen Ergebnisabführungsvertrag mit der R+V Service Center GmbH. Der Organisationsgrundsatz der einheitlichen Leitung ist zudem auch in die Geschäftsordnungen der Vorstände der R+V-Gesellschaften eingeflossen.

Die Verteilung der Verantwortlichkeiten erfolgt nach dem Prinzip der horizontalen und vertikalen Delegation. Auf Ebene des Vorstands der R+V Versicherung AG erfolgt eine horizontale Zuordnung von Verantwortlichkeiten durch die Zuweisung von Ressortzuständigkeiten. Die Ressortzuweisung erfolgt durch den Geschäftsverteilungsplan, den sich der Vorstand der R+V Versicherung AG auf Grundlage seiner Geschäftsordnung und mit Zustimmung des Aufsichtsrats gegeben hat. Die nach Ressortzuständigkeit horizontal zugeordneten Kompetenzen werden innerhalb des Ressorts vertikal an Organisationseinheiten bzw. Mitarbeitende zugewiesen, die unmittelbar an das jeweilige Vorstandsmitglied berichten. Wesentliche strategische Neuausrichtungen werden organisatorisch jenseits der Linienorganisation in zeitlich begrenzten Projekten, Programmen oder Initiativen erledigt.

R+V stellt hierbei sicher, dass die Aufgaben und Zuständigkeiten in Einklang mit der Geschäftsstrategie des Unternehmens zugewiesen, abgegrenzt und koordiniert sowie in den Beschreibungen der Aufgaben und Zuständigkeiten konkret dokumentiert werden. Im Zuge der Zuweisung wird eine Vermeidung von potentiellen Interessenkonflikten gewährleistet. Insbesondere wird dafür Sorge getragen, dass Personen, die für den Aufbau von Risikopositionen zuständig sind, nicht auch mit der Kontrolle dieser Risikopositionen betraut werden. R+V trägt diesen Anforderungen sowohl im Rahmen der horizontalen als auch im Rahmen der vertikalen Delegation der Verantwortlichkeiten Rechnung. Bereits im Rahmen der horizontalen Delegation wird sichergestellt, dass die risikoinitiiierenden Bereiche grundsätzlich organisatorisch getrennt von den Mitarbeitenden sind, die risikokontrollierende Aufgaben wahrnehmen. Diese organisatorische Funktionstrennung wird unter dem Aspekt der Sachgerechtigkeit aber teilweise durch ressortübergreifend organisierte Aufgabenwahrnehmung mit zentralen und dezentralen Komponenten überlagert, insbesondere bei der zentral / dezentral aufgebauten Schlüsselfunktion „Compliance“. Soweit risikoinitiiierende und risikokontrollierende Mitarbeitende innerhalb eines Bereichs tätig sind, wird der Grundsatz der Funktionstrennung durch die Schaffung sonstiger angemessener organisatorischer Rahmenbedingungen sichergestellt, die Interessenkonflikte ausschließen (bspw. Funktionstrennung auf Abteilungebene oder Ausschluss von Vorbefassung).

Diese horizontale und vertikale Delegationskette wird (unter dem Organisationsgedanken des Gemeinschaftsbetriebes) ergänzt durch die Ausgliederung und Zentralisierung der Geschäftstätigkeit auf die mitarbeiterführenden Gesellschaften. Die Aufgaben aller Unternehmen sind R+V-intern bei einzelnen Gesellschaften zentralisiert, die diese Tätigkeiten dann als Dienstleister für die anderen R+V-Gesellschaften erbringen. Die Aufgaben werden primär bei der R+V Versicherung AG, der R+V Lebensversicherung AG und der R+V Allgemeine Versicherung AG konzentriert sowie bei verschiedenen Dienstleistungsgesellschaften, die der R+V Service Holding GmbH untergeordnet sind. Die übrigen R+V-Gesellschaften sind überwiegend mitarbeiterlos. Vertragliche Grundlage dieser Zentralisierung sind 4 übergreifende Ausgliederungsverträge, die durch zahlreiche Neben- bzw. Sub-Vertragswerke und Service Level Agreements ergänzt und konkretisiert werden. Die Organisation nach dem Gemeinschaftsbetrieb gewährleistet eine klare, transparente Organisationsstruktur und ermöglicht zum Nutzen der Versicherten eine effiziente und kostengünstige Wahrnehmung aller Aufgaben.

Die Vorstände und Aufsichtsräte stehen in angemessener Interaktion mit den eingesetzten Ausschüssen, den Schlüsselfunktionen und den anderen Führungskräften des Unternehmens. Diese angemessene Interaktion umfasst vor allem einen Informationsfluss aus allen Bereichen des Unternehmens an den Vorstand. Die regelmäßigen und anlassbezogenen Informationen an den Vorstand werden durch entsprechende Informations- und Beratungspflichten der anderen Stellen sichergestellt. Neben den geforderten Prozessen zur Übermittlung von Informationen und Berichten aus allen Unternehmensbereichen an die Geschäftsleitung umfasst die angemessene Interaktion auch Prozesse, die sicherstellen, dass die bearbeitenden Stellen über die getroffenen Entscheidungen der Geschäftsleitung informiert werden.

Einen Teilaspekt der Aufbau- und Ablauforganisation stellt das Vorhandensein eines übergreifenden Verhaltenskodex für das gesamte Personal, einschließlich der Geschäftsleitung und der Führungskräfte, dar. R+V hat bereits im Jahr 2004 die Richtlinie „Verhaltensgrundsätze für den Geschäftsverkehr“ verabschiedet. Sie gilt für die gesamte Mitarbeiterschaft und sämtliche Führungskräfte unterhalb des Vorstandes und enthält bspw. Regelungen zum Umgang mit Interessenkonflikten, Insiderwissen oder zur Annahme von Zuwendungen. Die Mitglieder der Vorstände haben sich im Wege von Selbstverpflichtungserklärungen Verhaltensgrundsätze auferlegt, die den Inhalten dieser Richtlinie entsprechen.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat und seine etwaigen Ausschüsse überwachen die Geschäftsführung des Vorstands nach den gesetzlichen und satzungsgemäßen Vorschriften fortlaufend, begleiten diese beratend und entscheiden über die vorgelegten zustimmungspflichtigen Geschäfte. Die Überwachungsaufgabe des Aufsichtsrats bezieht sich insbesondere auch auf die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, des internen Kontrollsystems sowie des internen Revisionsystems. Der Aufsichtsrat setzt sich zum Stichtag aus den folgenden Personen zusammen:

Aufsichtsrat

Dr. Cornelius Riese Vorsitzender		Vorsitzender des Vorstands der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank
Ulrich Birkenstock Stellvertretender Vorsitzender		Mitglied des Betriebsrats, R+V Allgemeine Versicherung AG, Kunden- und Filialdirektion Koblenz
Uwe Abel		Sprecher des Vorstands der Volksbank Darmstadt Mainz eG
Thomas Bertels		Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der R+V Service Center GmbH
Joachim Blank		(Syndikus-)Rechtsanwalt, Abteilungsdirektor Konzern-Recht der R+V Versicherung AG
Henning Deneke-Jöhrens		Vorsitzender des Vorstands der Volksbank eG Hildesheim-Lehrte-Pattensen
Josef Frauenlob		Vorsitzender des Vorstands der Volksbank Raiffeisenbank Oberbayern Südost eG
Marion Fricker		Vorsitzende des Betriebsrats Innendienst Stuttgart, R+V Allgemeine Versicherung AG, Direktionsbetrieb Stuttgart
Heiko Frohnwieser	seit 06.06.2025	Mitglied des Vorstands der Oldenburger Volksbank eG
Matthias Hümpfner		Vorsitzender des Vorstands der Volksbank pur eG
Marija Kolak		Präsidentin des Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR)
Sonja Lilienthal	seit 01.01.2025	Stellvertretende Vorsitzende des R+V Gesamtbetriebsrats, R+V Allgemeine Versicherung AG, Innendienstbetrieb Hamburg
Klaus Krömer	bis 06.06.2025	Mitglied des Vorstands der Emsländischen Volksbank eG
Dirk Schiweck		Vorsitzender des Betriebsrats Innendienst Direktion Wiesbaden, Mitglied des R+V Gesamtbetriebsrats, R+V Versicherung AG
Armin Schmidt		Fachsekretär Finanzdienstleistungen der ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Bezirk Wiesbaden, i.R.
Michael Speth		Mitglied des Vorstands der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank
Martina Trümner		Rechtsanwältin

Der Aufsichtsrat wird grundsätzlich durch den Vorstand informiert.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat einen Prüfungsausschuss, einen Personalausschuss und einen Vermittlungsausschuss gebildet.

Die Berichterstattung der Bereichsleiter der internen Revision, des Rechnungswesens, des Risikomanagements, der Compliance-Funktion sowie der versicherungsmathematischen Funktion erfolgt (als ausschließliche oder zusätzliche Berichterstattung) direkt an den Prüfungsausschuss.

Ausschüsse und Kommissionen des Vorstands

Wesentliches Element der R+V Governance-Struktur sind auch die Konzernausschüsse und -kommissionen. Der Vorstand der R+V Versicherung AG als Konzernobergesellschaft hat verschiedene Ausschüsse und Kommissionen eingesetzt. Diese sind jeweils mit mindestens einem Mitglied des Vorstands besetzt. Ausschüsse entscheiden für den Vorstand und sind daher mehrheitlich mit Vorstandsmitgliedern besetzt; die übrigen Mitglieder haben kein Stimmrecht. Kommissionen dienen vorwiegend der Koordination einer Ressortverantwortlichkeit, die auch andere Ressorts betrifft. Die Leitung der Kommission liegt daher beim jeweils federführenden Ressort. Die Ausschüsse und Kommissionen bereiten Beschlussfassungen des Vorstandes vor. Darüber hinaus berichten sie mindestens jährlich an den Vorstand und stellen somit eine wichtige Informationsquelle des Vorstands im Rahmen der angemessenen Interaktion dar. Die Berichterstattung über die Arbeit der Ausschüsse und Kommissionen obliegt dabei dem bzw. der jeweiligen Vorsitzenden. Die in den Ausschüssen und Kommissionen vertretenen Vorstandsmitglieder unterrichten ihrerseits die übrigen Ausschuss- bzw. Kommissionsmitglieder. Zuständigkeiten, Zusammensetzung und Verfahrensabläufe der Ausschüsse und Kommissionen sind in ihren Geschäftsordnungen geregelt.

Nachfolgend sind die wesentlichen Ausschüsse und Kommissionen beschrieben:

Rückversicherungsausschuss

Der Rückversicherungsausschuss entscheidet über die Rückversicherungspolitik und den Abschluss bestimmter Rückversicherungsgeschäfte, die ihm durch die Zeichnungsrichtlinie der aktiven Rückversicherung zugewiesen sind. Er steht zwischen der Entscheidungskompetenz des Ressortvorstands Rückversicherung und der Entscheidungskompetenz des Gesamtvorstands. Der Rückversicherungsausschuss bereitet ferner die Beschlussfassung des Vorstands über die Grundsätze der Rückversicherungspolitik und ihrer Änderung vor. Des Weiteren obliegt ihm die regelmäßige Überprüfung der Auswirkungen von Rückversicherungsentscheidungen und der Ableitung von Rückversicherungsstrukturen und Haftungstrecken auf die Risikotragfähigkeit der R+V Gruppe sowie der Einzelgesellschaften. Weitere Zuständigkeiten hat der Rückversicherungsausschuss im Kontext der Empfehlung zum Einkauf von Rückversicherungsprodukten, der Auswahl der Risikominderungspartner, der Kündigung von Rückversicherungsschutz, der Überwachung der Risiken, die aus dem Risikotransfer mittels Rückversicherung entstehen und der Entgegennahme bestimmter rückversicherungsbezogener Berichterstattungen. Der Rückversicherungsausschuss tagt halbjährlich.

Investitionskommission

Die Investitionskommission tritt regelmäßig (mindestens vierteljährlich) zusammen und entscheidet über die Investitionen im Unternehmen. Sie empfiehlt dem Vorstand der R+V Versicherung AG die Zusammensetzung eines Themenportfolios. Unterjährige Änderungen des Portfolios liegen in der Entscheidungsbefugnis der Investitionskommission. Darüber hinaus bereitet die Investitionskommission auch Beschlussfassungen des Vorstands der R+V Versicherung AG über die Grundsätze der Investitionspolitik vor. Ferner obliegt ihr die Festlegung, fortlaufende Kontrolle und Anpassung des Projektportfolios und des Investitionscontrollingverfahrens sowie die Überprüfung und Kommunikation von wesentlichen Nutzen- oder Kostenänderungen an den Vorstand der R+V Versicherung AG.

Omnikanal- und Produktkommission

Die Omnikanal- und Produktkommission (OPK) tagt mindestens vierteljährlich und bereitet die Ausrichtung der Produktentwicklung bzw. der omnikanischen Produktstrategie für die Entscheidung im Vorstand der R+V Versicherung AG vor. Neue Produkte und wesentliche Änderungen an bestehenden Produkten bedürfen der Zustimmung der OPK. Ferner prüft sie, ob eine Entscheidung der Investitionskommission, des Ausschusses Kunde und Prozesse oder des Vorstands der R+V Versicherung AG erforderlich ist. Des Weiteren bereitet sie die Beschlussfassung über neue Produkte, Anpassungen bestehender Produkte, Tarife und Bedingungen, Produkteinstellungen sowie die omnikanale Angebotsgestaltung vor, soweit sie nach der Geschäftsordnung der OPK einer Beschlussfassung der Investitionskommission oder des Holding-Vorstandes bedürfen.

Die OPK legt ferner den Produkt-Management-Prozess (PMP) fest und verantwortet seine Anwendung auf die PMP-relevanten Geschäftsvorfälle. Des Weiteren bereitet sie die Beschlussfassung des Vorstands über die Festlegung von Zielgruppen vor und leitet aus denen von ihr entgegengenommenen Nutzenberichten (ein und zwei Jahre nach Produkteinführung) und ABC-Analysen etwaigen Handlungsbedarf für die betroffenen Organisationseinheiten ab.

Darüber hinaus stimmt die OPK die Anforderungen an das omnikanale Produktportfolio sowie an die Produktentwicklung spartenübergreifend aufeinander ab, prüft, ob die Produkte den Anforderungen der omnikanischen Marktstrategie entsprechen und hält nach, ob die definierten Ziele und strategischen Leitplanken der omnikanischen Marktbearbeitung eingehalten werden.

Risikokommission

Die Risikokommission (RK) bearbeitet Fragestellungen und Themen im Zusammenhang mit dem Risikomanagementsystem. In diesem Kontext wurden ihr zahlreiche Aufgaben zugewiesen. Beispielsweise unterstützt sie den Vorstand im Risikomanagementprozess (ORSA-Prozess) und befasst sich mit den in die RK berichteten Risikoeinschätzungen. Neben weiteren Aufgaben unterstützt die Risikokommission auch die Risikomanagement-Funktion bei der übergeordneten Einschätzung der jederzeitigen Risikotragfähigkeit (regulatorisch, ökonomisch) sowie der indikatorbasierten Risikoeinschätzung pro Gesellschaft und für die Gruppe.

Kapitalkommission

Die Kapitalkommission stellt Transparenz über die Rentabilität des eingesetzten Kapitals her. In diesem Zusammenhang wird die operative Planung im Hinblick auf die daraus resultierende Kapitalausstattung beurteilt und Auswirkungen der Planung auf den Unternehmenswert aufgezeigt. Zur Erfüllung der gesetzlichen Kapitalanforderungen erstellt und überwacht die Kapitalkommission die Kapitalmanagementpläne, bringt Beschlussempfehlungen in den Vorstand ein und leitet Kapitalmaßnahmen ein. Die Kapitalkommission informiert die Risikokommission über risikorelevante Sachverhalte, insbesondere hinsichtlich Kapitalmaßnahmen.

Weitere Governance-Gremien

Neben den genannten Ausschüssen und Kommissionen existieren weitere Gremien, die wichtige Governance-Aufgaben wahrnehmen. Besondere Bedeutung haben dabei die Führungskreise, die Nachhaltigkeitskommission, das Komitee der versicherungsmathematischen Funktionen (VMF-Komitee), die Compliance-Konferenz sowie die Sicherheits- und BCM-Konferenz (SBK).

Schlüsselfunktionen

Die Solvency II-Governance-Vorgaben enthalten spezifische Organisationsanforderungen für vier aus aufsichtsrechtlicher Sicht besonders wichtige Bereiche des Versicherungsunternehmens. Die Organisationseinheiten, denen die Aufgaben dieser vier Themengebiete zugewiesen sind, werden als Schlüsselfunktionen bezeichnet: Risikomanagementfunktion, Compliance-Funktion, interne Revision sowie versicherungsmathematische Funktion.

Unter einer Funktion ist dabei primär der Mitarbeitendenkreis zu verstehen, der die jeweiligen Aufgaben wahrnimmt. Funktionen bestehen aus einer Organisationseinheit, einem Teil dieser Organisationseinheit oder sind aus mehreren Organisationseinheiten oder mehreren Teilen von Organisationseinheiten zusammengesetzt. Für jede Schlüsselfunktion ist eine verantwortliche Person festgelegt, der die Letztverantwortung für die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben ihrer Schlüsselfunktion zukommt.

Die R+V hat die vier Schlüsselfunktionen eingerichtet und in die Aufbau- und Ablauforganisation integriert.

In der R+V Gruppe sind alle Schlüsselfunktionen der deutschen Gesellschaften bei der R+V Versicherung AG angesiedelt, die diese vier Schlüsselfunktionen zum einen für sich selbst wahrnimmt, zum anderen als Dienstleister für die anderen R+V-Gesellschaften erbringt.¹ Alle Schlüsselfunktionen sind organisatorisch direkt unterhalb der Geschäftsleitung angesiedelt.

Für die Governance-Struktur der R+V nehmen die Schlüsselfunktionen eine wichtige Stellung im Konzept der drei Verteidigungslinien (3 lines of defence-concept) ein. Das Konzept dient der Sicherstellung eines funktionsfähigen Überwachungs- und Kontrollsystems im Unternehmen. Die erste Verteidigungslinie umfasst die Risikokontrolle und -steuerung der operativen Einheiten selbst. Die zweite Verteidigungslinie bilden die Risikomanagementfunktion, die Compliance-Funktion und die versicherungsmathematische Funktion. Eine prozessunabhängige Letztprüfung erfolgt durch die interne Revision, die als dritte Verteidigungslinie für die nachgelagerte Prüfung der operativen Tätigkeiten, aber auch der Tätigkeit der anderen drei Schlüsselfunktionen zuständig ist.

In aufbauorganisatorischer Hinsicht stellt die R+V sicher, dass jede Schlüsselfunktion eine angemessene Stellung innerhalb der Aufbauorganisation sowie klar festgelegte Zuständigkeiten und Befugnisse besitzt. Dies wird in den internen R+V-Leitlinien der vier Schlüsselfunktionen festgelegt, in denen die Stellung der jeweiligen Schlüsselfunktion im Unternehmen, ihre Kompetenzen sowie ihre organisatorische Einbindung festgelegt ist. Wesentlicher Aspekt ist hierbei die direkte Berichterstattung gegenüber dem Vorstand, die turnusmäßig mindestens einmal jährlich in gesonderten schriftlichen Berichten sowie darüber hinaus ad hoc bei besonderem Anlass erfolgt.

Auch die Ablauforganisation der Schlüsselfunktionen sowie die Sachverhalte, die an die jeweilige Schlüsselfunktion zu melden sind, werden in der jeweiligen internen Leitlinie festgelegt.

¹ Hinweis: Die versicherungsmathematische Funktion (VMF) wurde zum 01.01.2026 vollumfänglich bei der R+V Versicherung AG zentralisiert. Zuvor war die VMF für die Komposit-Gesellschaften bei der R+V Allgemeine Versicherung AG angesiedelt und die VMF für die Lebensversicherungsgesellschaften, Pensionskassen, Pensionsfonds sowie für die R+V Krankenversicherung AG bei der R+V Lebensversicherung AG.

Die Risikomanagementfunktion ist zentral organisiert, organisatorisch bei der RVV angesiedelt und wird dort vom Bereich „Risikomanagement“ wahrgenommen. Zentrales Koordinations-, Abtimungs- und Informationsgremium ist die Risikokommission. Die übrigen deutschen R+V Versicherungsunternehmen haben die Risikomanagement-Funktion an die RVV ausgegliedert. Die Risikomanagementfunktion unterstützt den Vorstand bei einer effektiven Handhabung des Risikomanagementsystems und überwacht sowohl dieses als auch das Risikoprofil. Sie ist für die Identifikation, Analyse und Bewertung der Risiken und somit die Durchführung des ORSA-Prozesses verantwortlich. Dies schließt die Früherkennung, vollständige Erfassung und interne Überwachung aller wesentlichen Risiken ein. Dabei macht die Risikomanagementfunktion grundlegende Vorgaben über die für alle Gesellschaften der R+V Versicherungsgruppe anzuwendenden Risikomessmethoden. Damit soll ein konsistentes Risikomanagement sichergestellt werden. Darüber hinaus berichtet das Risikomanagement die Risiken an die Risikokommission, den Vorstand und den Aufsichtsrat. Die Inhaberin der Risikomanagementfunktion berichtet unmittelbar an den Vorstand.

Die Compliance-Funktion ist zentral/dezentral organisiert. Die zentrale Compliance-Stelle ist organisatorisch bei der R+V Versicherung AG eingerichtet und wird dort vom Bereich Konzern-Recht wahrgenommen, bei dem auch die zentrale Rechtsabteilung angesiedelt ist. Die Compliance-Tätigkeit wird von der zentralen Stelle in Kooperation mit den dezentralen Compliance-Stellen der Vorstandsressorts durchgeführt. Zentrales Koordinations-, Informations- und Entscheidungsgremium der Compliance-Funktion ist die Compliance-Konferenz. Die übrigen deutschen R+V Versicherungsunternehmen haben die Compliance-Funktion an die R+V Versicherung AG ausgegliedert. Die Aufgabe der Compliance-Funktion liegt vorrangig in der Überwachung der Einhaltung der externen Anforderungen sowie in der Sicherstellung der Rechtmäßigkeit interner Verfahren und Vorgaben. Darüber hinaus berät sie den Vorstand in Bezug auf die Einhaltung der für den Betrieb des Versicherungsgeschäfts geltenden Gesetze und Verwaltungsvorschriften, beurteilt die möglichen Auswirkungen von Änderungen des Rechtsumfeldes für das Unternehmen und identifiziert und beurteilt das mit der Verletzung der rechtlichen Vorgaben verbundene Risiko (Compliance-Risiko). Der Inhabende der Compliance-Funktion berichtet unmittelbar an den Vorstand und ist organisatorisch direkt dem Vorstandsvorsitzenden der R+V Versicherung AG zugeordnet.

Die Schlüsselfunktion Interne Revision ist bei der RVV angesiedelt und wird dort vom Bereich Konzern-Revision ausgeübt. Die übrigen deutschen R+V Versicherungsunternehmen haben die Interne Revision an die RVV ausgegliedert. Die Interne Revision prüft die Einhaltung der internen Regelungen, insbesondere auch des Risikomanagementsystems, und deren Wirksamkeit. Die Konzern-Revision ist eine von den operativen Geschäftsbereichen losgelöste, unabhängige und organisatorisch selbständige Funktion. Sie ist der Geschäftsleitung unterstellt und organisatorisch direkt dem Vorstandsvorsitzenden der RVV zugeordnet. Zur Behebung festgestellter Defizite werden Maßnahmen vereinbart und von der Konzern-Revision nachgehalten.

Die versicherungsmathematische Funktion der RVV wird durch eine Abteilung im Ressort Finanzen und Risikomanagement wahrgenommen. Die versicherungsmathematische Funktion ist in erster Linie mit Kontrollaufgaben im Hinblick auf die ordnungsgemäße Bildung der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Solvabilitätsübersicht betraut. Im Einzelnen koordiniert sie die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen, gewährleistet die Angemessenheit der bei der Berechnung zugrundeliegenden Annahmen, Methoden und Modelle. Darüber hinaus bewertet sie die Qualität der bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen verwendeten Daten und Informationstechnologiesysteme. Mindestens einmal jährlich berichtet die versicherungsmathematische Funktion schriftlich an den Vorstand. Darüber hinaus gibt die versicherungsmathematische Funktion eine Stellungnahme zur allgemeinen Zeichnungs- und Annahmepolitik, zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen und zum Thema Nachhaltigkeit ab.

Wesentliche Änderungen am Governance-System

Im Geschäftsjahr wurde die bisher dezentral organisierte Risikomanagementfunktion im Ressort Finanzen und Risikomanagement der R+V zentralisiert.

Vergütungspolitik und -system

Die europäischen und nationalen Solvency II-Vorgaben legen allgemeine Grundsätze und konkrete Anforderungen an die Vergütungssysteme von Versicherungsunternehmen fest.

Für die Vergütung aller Mitarbeitenden werden allgemeine Grundprinzipien vorgegeben, die folgende Kernelemente der Vergütungspolitik der R+V definieren:

- › Einklang mit der Geschäfts- und Risikostrategie des Unternehmens, seinem Risikoprofil, seinen Zielen, seinen Risikomanagementpraktiken sowie den langfristigen Interessen und der langfristigen Leistung des Unternehmens als Ganzes
- › Maßnahmen zur Vermeidung von Interessenkonflikten
- › Förderung eines soliden und wirksamen Risikomanagements und keine Ermutigung zur Übernahme von Risiken, die die Risikotoleranzschwellen des Unternehmens übersteigen
- › Keine Gefährdung der Fähigkeit des Unternehmens, eine angemessene Kapitalausstattung aufrechtzuerhalten.

Aufsichtsrat

Die Vergütung des Aufsichtsrates wurde durch Beschluss der Hauptversammlung als Fixvergütung festgelegt. Da der Aufsichtsrat die Leitung des Unternehmens durch den Vorstand überwachen soll, wird keine an die Erreichung von Zielen gekoppelte variable Vergütung für den Aufsichtsrat vorgesehen. Soweit vorhanden ist für die Tätigkeit in einem Ausschuss ein zusätzlicher Vergütungsanspruch festgelegt. Daneben besteht ein Anspruch auf konkret verauslagte Reisekosten. Aktien oder Aktienoptionen werden als Teil der Vergütung nicht gewährt. Zusatzrenten- oder Vorruhestandsregelungen existieren nicht.

Vorstand

Das Vergütungssystem für den Vorstand fördert eine angemessene, transparente und auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtete Vergütungsentscheidung durch den Aufsichtsrat. Es ist mit dem Steuerungssystem der R+V verknüpft. Die Ableitung der Ziele für die variable Vorstandsvergütung erfolgt aus der Geschäfts- und Risikostrategie. Nachhaltigkeitsrisiken wird durch Einbeziehung in das Risikomanagementsystem Rechnung getragen, das mit der Verzielung des Vergütungssystems verknüpft ist. Die Ziele werden aus der operativen Planung in einem rollierenden mehrjährigen Planungsprozess abgeleitet. Bei der Vergütung des Vorstands achtet der Aufsichtsrat auf ein angemessenes Verhältnis der Vergütung zu den Aufgaben und Leistungen des Vorstandes sowie zur Lage des Unternehmens. Außerordentlichen Entwicklungen wird durch eine feste Obergrenze der variablen Vergütung Rechnung getragen. Unter Berücksichtigung bestehender vertraglicher Ansprüche überprüft der Aufsichtsrat das Vergütungssystem und die Vergütungshöhe regelmäßig auf ihre Angemessenheit.

Die Vergütung des Vorstandes besteht aus mehreren Komponenten. Variable und feste Vergütungsbestandteile stehen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander.

Der Vorstand erhält eine Fixvergütung. Die Höhe der Fixvergütung ist so bemessen, dass der Vorstand nicht zu sehr auf die variable Vergütung angewiesen ist. Weiterhin werden übliche Nebenleistungen (Dienstwagen, Telefon, usw.) gewährt.

Neben Grundgehalt (für vor dem 01.01.2023 eingetretene Vorstandsmitglieder ist die Hälfte der Fixvergütung ruhegehaltstfähig) und Nebenleistungen erhält der Vorstand einen Bonus als variable Vergütung. Der Bonus ist als Jahresbonus ausgestaltet. Die Höhe des Bonus beträgt ca. 22% der Gesamtvergütung. Die variable Vergütung basiert auf der Jahresperformance. Sie kann bei deutlicher Zielverfehlung entfallen.

Die variable Jahresvergütung orientiert sich an den Zielvorgaben durch den Aufsichtsrat. Ca. 60 % der Ziele sind als Unternehmensentwicklungsziele (Konzernziele) für alle Vorstandsmitglieder gleich ausgestaltet. Die übrigen Ziele sind als persönliche Jahresziele ausgestaltet. Es wird dabei darauf geachtet, dass sowohl finanzielle als auch nicht-finanzielle Ziele vorgegeben werden. Jedes Ziel ist mit einem Zielgewicht ausgestattet.

Die aufgeschobene Auszahlung eines wesentlichen Teils der variablen Jahresvergütung in Höhe von 60% der variablen Vergütung ermöglicht eine nachträgliche Abwärtskorrektur (Malus/Auszahlungsvorbehalt). Nur ein Teil des erzielten Jahresbonus wird nach Ablauf des einjährigen Beurteilungszeitraumes (Geschäftsjahr) und Festsetzung durch den Aufsichtsrat auf Beschlussvorschlag des Personalausschusses sofort ausgezahlt. Ein wesentlicher Anteil steht dagegen unter Auszahlungsvorbehalt und wird erst nach Ablauf von drei weiteren Jahren ausgezahlt. Personalausschuss und Aufsichtsrat beurteilen die Voraussetzung der Auszahlung auf der Grundlage der Entwicklung des Aktienwerts nach Ablauf von drei Jahren. Die Entscheidung erfolgt durch Beschluss des Aufsichtsrates.

Für Vorstandsmitglieder mit einem Dienstantritt zwischen dem 01.01.2015 und dem 01.01.2023 besteht eine betriebliche Altersversorgung durch Pensionszusage. Für Vorstandsmitglieder, die ab dem 01.01.2023 neu eingetreten sind, besteht

eine beitragsorientierte Versorgungszusage. Die Versorgungsfälle sind Altersrente, dauerhafte Dienstunfähigkeit, Tod. Die Versorgungszusage ist sofort unverfallbar. Eine regelmäßige Altersrente wird ab Beendigung des 65. Lebensjahres gewährt. Nach Vollendung des 62. Lebensjahres besteht die Möglichkeit, vorgezogen in den Ruhestand zu treten. Darüberhinausgehende Zusatzrenten- oder Vorruhestandsregelungen bestehen nicht.

Aktioptionen oder Aktien werden als Teil der Vergütung nicht gewährt. In den vertraglichen Vereinbarungen verpflichten sich die Vorstandsmitglieder während des gesamten Zeitraums, keine persönlichen Hedging Strategien zu verfolgen und nicht auf vergütungs- oder haftungsbezogene Versicherungen zurückzugreifen, die die in den Vergütungsregelungen verankerten Risikoanpassungseffekte unterlaufen würden.

Vergütung nichtleitender und leitender Mitarbeitender

Die Vergütung der nichtleitenden Mitarbeitenden im Innendienst richtet sich grundsätzlich nach der aktuellen Fassung des Manteltarifvertrages und des Gehaltstarifvertrages der Versicherungswirtschaft. Die R+V-internen Vergütungsvorgaben für leitende und nichtleitende Mitarbeitende sind in separaten internen Leitlinien für den Innendienst und für den Außendienst festgelegt. Die Vergütungsleitlinien stellen insbesondere sicher, dass die Vergütungsvorgaben im Einklang mit der Geschäfts- und Risikostrategie des Unternehmens sowie mit seinem Risikoprofil stehen und dass die Erfolgskriterien, nach denen sich die variable Vergütung bemisst, keine Interessenkonflikte schaffen und nicht zur Übernahme von Risiken ermutigen, die die Risikotoleranzschwellen des Unternehmens übersteigen.

Das Jahreszielgehalt der nichtleitenden Mitarbeitenden im Innendienst setzt sich für Tarifmitarbeitende aus dem Jahresgrundgehalt und den Sonderzahlungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld) zusammen. Bei nichtleitenden Mitarbeitenden mit variabler Vergütung und leitenden Angestellten im Innendienst besteht das Jahreszielgehalt aus dem Jahresgrundgehalt und dem Anteil der variablen Vergütung bei 100 %iger Zielerreichung.

Den überwiegenden Anteil der Vergütung des Innendienstes bildet generell das fixe Grundgehalt. Die variable Vergütung setzt sich aus einer Tantieme sowie einer Bonifikation zusammen. Die Höhe der Tantieme hängt von der Erreichung bestimmter Unternehmensziele ab, wobei 75 % der Zieltantieme fix sind. Die Höhe der Bonifikation richtet sich nach dem Grad der Erreichung individueller und gegebenenfalls auch auf die Organisationseinheit bezogener Ziele.

Auch im Außendienst setzt sich die variable Vergütung aus einer Tantieme sowie einer Bonifikation zusammen. Die Höhe der Tantieme hängt von der Erreichung bestimmter Unternehmensziele ab, wobei 75 % der Zieltantieme fix sind. Die Höhe der Bonifikation richtet sich nach dem Grad der Erreichung individueller und gegebenenfalls auch auf die Organisationseinheit bezogener Ziele.

Ansprüche auf Aktioptionen oder Aktien, die mit der Erreichung individueller oder kollektiver Erfolgskriterien verbunden wären, werden als Teil der Vergütung nicht gewährt. Lediglich die Höhe bzw. der Zielerreichungsgrad der variablen Vergütungsbestandteile ist an die Erreichung individueller und kollektiver Erfolgskriterien gekoppelt. Die Ableitung der Ziele für die variable Vergütung der nichtleitenden und leitenden Mitarbeitenden erfolgt aus der Geschäfts- und Risikostrategie. Die Ziele werden aus der operativen Planung in einem rollierenden, mehrjährigen Planungsprozess abgeleitet. Das Vergütungssystem der nichtleitenden und leitenden Mitarbeitenden ist mit dem Vergütungssystem des Vorstands verknüpft. Soweit möglich und sachgerecht werden identische oder vergleichbare Konzernziele ausgewählt. Insbesondere bei der Vergütung der leitenden Mitarbeitenden achtet der Vorstand auf ein angemessenes Verhältnis der Vergütung zu den Aufgaben und Leistungen sowie zur Lage des Unternehmens. Außerordentlichen Entwicklungen wird unter anderem auch durch eine feste Obergrenze der variablen Vergütung Rechnung getragen.

Risk-Taker, Inhaber der Schlüsselfunktionen und Hauptbevollmächtigte

Die Risk-Taker, Inhaber der Schlüsselfunktionen sowie die Hauptbevollmächtigten erhalten ein Jahreszielgehalt, das neben fixen Gehaltsbestandteilen auch variable Gehaltsbestandteile – Tantieme und Bonifikation - enthält. Diese variable Vergütung hängt von der Erreichung quantitativer und qualitativer Ziele ab. Um im Sinne einer nachhaltigen Unternehmensentwicklung der Art und dem Zeithorizont der Geschäftstätigkeit des Unternehmens Rechnung zu tragen, wird im April des Folgejahres nicht die komplette Summe aus tatsächlicher Tantieme und individueller Bonifikation ausbezahlt. Die Auszahlung eines wesentlichen Teils der variablen Vergütung in Höhe von 40 % (bei Verträgen vor dem 01.01.2017 30 %) wird um drei Jahre aufgeschoben und erfolgt im April des dem dritten Jahr folgenden Jahres. Die Höhe der Auszahlung des aufgeschobenen variablen Teils richtet sich nach der Entwicklung des Unternehmenswertes

nach drei Jahren. Falls dieser Wert nicht erreicht wird, kann der Auszahlungsbetrag gekürzt werden oder entfallen. Aktien oder Aktienoptionen werden als Teil der Vergütung nicht gewährt. Zusatzrenten- oder Vorruhestandsregelungen bestehen nicht.

Wesentliche Transaktionen

Natürliche Personen halten keine Anteile an der RVV. Sämtliche Anteile werden von juristischen Personen gehalten. Anteilseigner der RVV sind die DZ BANK AG, die NGB AG & Co. KG, die Bayerische Raiffeisen-Beteiligungs-Aktiengesellschaft, die Beteiligungs-Aktiengesellschaft der bayerischen Volksbanken, die GBK Holding GmbH & Co. KG, der KRAVAG SACH VVaG sowie ca. 460 Volks- und Raiffeisenbanken.

Zwischen der RVV und der DZ BANK AG besteht ein Gewinnabführungsvertrag. Darüber hinaus unterhält die RVV Bankkonten bei der DZ BANK AG, die auch Kontokorrentkreditabreden beinhalten. Die RVV hat Namensschuldverschreibungen der DZ BANK AG zu marktüblichen Konditionen gezeichnet.

Da die mitarbeiterlose KRAVAG SACH VVaG ihre Geschäftstätigkeiten unterhalb der Vorstandsebene auf andere R+V-Gesellschaften ausgegliedert hat, bestehen zwischen RVV und der KRAVAG SACH verschiedene Dienstleistungsverträge über ausgegliederte Tätigkeiten (Versicherungstätigkeiten, wichtige Versicherungstätigkeiten, die Schlüsselfunktionen Risikomanagement, Compliance und interne Revision sowie sonstige Dienstleistungen) zu marktüblichen Konditionen. Die leistungsempfangende Gesellschaft wird mit den Aufwendungen nach Inanspruchnahme (Vollkostenverfahren) zuzüglich eines Gewinnaufschlags belastet. Ferner besteht zwischen der RVV und KRAVAG SACH VVaG ein Rückversicherungsvertrag zu marktüblichen Konditionen.

Im Berichtszeitraum bestanden keine wesentlichen Transaktionen mit Mitgliedern des Vorstands oder Aufsichtsrats.

B.2 Anforderungen an fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit

Personen, die ein Versicherungsunternehmen tatsächlich leiten und Personen, die andere Schlüsselaufgaben wahrnehmen, müssen gewisse Anforderungen an die fachliche Eignung und die persönliche Zuverlässigkeit erfüllen – die sogenannten Fit & Proper-Anforderungen (§ 24 Abs. 1 VAG).

Insbesondere folgende Personen unterliegen den Fit & Proper-Anforderungen:

- › Mitglieder des Vorstands
- › Mitglieder des Aufsichtsrats
- › die für Schlüsselfunktionen verantwortlichen Personen
- › die in Schlüsselfunktionen tätigen Personen

Über die vier Schlüsselfunktionen hinaus wurden unternehmensintern keine weiteren sonstigen Schlüsselaufgaben oder Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten, identifiziert.

Anforderungen an Fähigkeiten, Kenntnisse und Fachkunde

Vorstand

Die individuelle fachliche Eignung jedes Vorstandsmitglieds muss dieses in die Lage versetzen, eine solide und umsichtige Leitung des Unternehmens zu gewährleisten. Hierzu muss das Mitglied über vertiefte theoretische und praktische Kenntnisse in den wesentlichen Themenbereichen seiner Ressortzuständigkeit, angemessene theoretische und praktische Kenntnisse im Versicherungsgeschäft, versicherungsspezifische Kenntnisse im Risikomanagement und der Informationstechnologie, ausreichende Kenntnisse aller Geschäftsbereiche, um eine gegenseitige Kontrolle zu gewährleisten sowie über Leitungserfahrung verfügen, die über einen angemessenen Zeitraum auf einer höheren Verantwortungsebene erworben wurde. Erforderlich sind ferner Erfahrungen und Kenntnisse in den Themenkomplexen Versicherungs- und Finanzmärkte, Geschäftsstrategie und -modell, Governance-System, Finanzanalyse und versicherungsmathematische Analyse sowie regulatorischer Rahmen und regulatorische Anforderungen. Einschlägige Erfahrungen in anderen

Finanzsektoren und anderen Unternehmen sowie Qualifikationen auf den Gebieten Versicherung, Finanzen, Rechnungslegung, Versicherungsmathematik und Management werden berücksichtigt. Darüber hinaus wird sichergestellt, dass auch der Gesamtvorstand eine angemessene Vielfalt an Qualifikationen, Kenntnissen und einschlägigen Erfahrungen aufweist.

Aufsichtsrat

Die Prüfung der fachlichen Eignung eines zu bestellenden Aufsichtsratsmitglieds umfasst die Prüfung der individuellen fachlichen Eignung der Person. Die fachliche Eignung von Aufsichtsratsmitgliedern muss diese befähigen, ihre Kontrollfunktion wahrzunehmen, die Geschäftstätigkeit des Unternehmens zu überwachen und die Entwicklung des Unternehmens aktiv begleiten zu können. Hierzu müssen Aufsichtsratsmitglieder die von dem Unternehmen getätigten Geschäfte verstehen und deren Risiken für das Unternehmen beurteilen können, mit den für das Unternehmen wesentlichen gesetzlichen Regelungen vertraut sein und über ausreichende theoretische und praktische Kenntnisse aller Geschäftsbereiche verfügen. Ferner sollen versicherungsspezifische Grundkenntnisse im Risikomanagement vorhanden sein bzw. erworben werden. Berufliche und formale Qualifikationen, Kenntnisse und einschlägige Erfahrungen im Versicherungssektor, anderen Finanzsektoren und anderen Unternehmen werden berücksichtigt.

Darüber hinaus ist im Wege einer Gesamtschau zu prüfen, ob durch die Bestellung der Person auch die kollektive Eignung des Aufsichtsrats als Gesamtgremium sichergestellt ist. Eine Kollektivqualifikation muss (in Übereinstimmung mit den Vorgaben des BaFin-Rundschreibens „Fachliche Eignung und Zuverlässigkeit von Mitgliedern von Verwaltungs- oder Aufsichtsratsorganen gemäß VAG“) mindestens in den Themenfeldern Kapitalanlage, Versicherungstechnik, Rechnungslegung und Abschlussprüfung sowie bei Solvabilitäts-II-Versicherungsunternehmen des Bereichs (Partielles) Internes Modell, wenn ein solches verwendet wird, gegeben sein. Zudem muss mindestens ein Mitglied des Aufsichtsrates über Sachverstand auf dem Gebiet Rechnungslegung und mindestens ein weiteres Mitglied des Aufsichtsrates über Sachverstand auf dem Gebiet Abschlussprüfung verfügen. Ferner müssen die Mitglieder in ihrer Gesamtheit mit dem Versicherungssektor vertraut sein.

Schlüsselfunktions-Inhabende und Mitarbeitende in der Schlüsselfunktion

Obgleich lediglich die beabsichtigte Bestellung von Schlüsselfunktions-Inhabenden einer Anzeigepflicht unterliegt, gelten die versicherungsaufsichtsrechtlichen Anforderungen an Eignung und Zuverlässigkeit für Schlüsselfunktions-Inhabende und Mitarbeitende in den Schlüsselfunktionen grundsätzlich gleichermaßen.

Bei der R+V werden die Anforderungen an die fachliche Eignung von Schlüsselfunktions-Inhabenden und Schlüsselfunktions-Mitarbeitenden im Profil der jeweiligen Stelle niedergelegt, das von der zuständigen Führungskraft festzulegen ist.

Schlüsselfunktions-Inhabende

Die R+V stellt an die Schlüsselfunktions-Inhabende folgende spezifischen Anforderungen hinsichtlich der fachlichen Qualifikationen:

Risikomanagementfunktion:

- › Abgeschlossenes Studium der Wirtschaftswissenschaften, Volkswirtschaft, Mathematik, Physik oder vergleichbaren Abschluss in einem mathematisch/naturwissenschaftlich orientierten Studiengang
- › Regelmäßige geeignete Weiterbildung in den relevanten Themen der Schlüsselfunktion
- › Erfahrung in fachlicher und disziplinarischer Führung
- › Mehrjährige Erfahrung in einer Risikomanagement-Funktion eines Finanzdienstleistungsunternehmens oder als Berater in diesem Themengebiet in einer Unternehmensberatung
- › Fundierte Kenntnisse über die relevanten gesetzlichen Anforderungen für Versicherungen
- › Erfahrung in der Durchführung von Risikoanalysen
- › Beherrschung der Zusammenhänge der Geschäfts-/ Risikomodellierung von Versicherungen

Compliance-Funktion:

- › Abgeschlossenes 2. Juristisches Staatsexamen
- › Regelmäßige geeignete Weiterbildung in den relevanten Themen der Schlüsselfunktion

- › Erfahrung in fachlicher und disziplinarischer Führung
- › Mehrjährige Erfahrung in der Compliance- oder Revisions-Funktion einer deutschen Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmung
- › Fundierte Kenntnisse über die relevanten gesetzlichen Anforderungen für Versicherungen und Kapitalanlagen
- › Vertrautheit mit den compliance-relevanten Rechtsvorschriften für Versicherungsunternehmen
- › Vertrautheit mit den compliance-relevanten Rechtsvorschriften für Finanzkonglomerate
- › Vertrautheit mit den geltenden internen Anforderungen und Regelungen der R+V-Gruppe
- › Erfahrung in der Durchführung von Risikoanalysen

Versicherungsmathematische Funktion:

- › Abgeschlossenes Studium der Mathematik oder vergleichbare akademische Ausbildung
- › Regelmäßige geeignete Weiterbildung in den relevanten Themen der Schlüsselfunktion
- › Erfahrung in fachlicher und disziplinarischer Führung
- › Mehrjährige Erfahrung im Aktuariat oder in einer finanzmathematischen Funktion einer Versicherungsunternehmung
- › Fundierte Kenntnisse über die relevanten gesetzlichen Anforderungen für Versicherungen
- › Erfahrung in der Durchführung von Risikoanalysen

Interne Revision:

- › Jurist, Wirtschaftswissenschaftler oder vergleichbare Qualifikation
- › Regelmäßige geeignete Weiterbildung in den relevanten Themen der Schlüsselfunktion
- › Erfahrung in fachlicher und disziplinarischer Führung
- › Fundierte Kenntnisse über die relevanten gesetzlichen Anforderungen für Versicherungen
- › Mehrjährige Berufserfahrung in einer deutschen Versicherungsunternehmung
- › Vertrautheit mit geltenden internen Anforderungen und Regelungen der R+V-Gruppe
- › Erfahrung in der Durchführung von Risikoanalysen

Mitarbeitende in Schlüsselfunktionen

Die Eignungsanforderungen an die Schlüsselfunktions-Mitarbeitenden setzen sich aus grundlegenden, auf die jeweilige Schlüsselfunktion bezogenen Anforderungen sowie aus den individuellen Anforderungen für die individuelle Stelle (festgelegt in der jeweiligen Stellenbeschreibung) zusammen.

Risikomanagementfunktion:

- › Ausbildung oder Studium mit Bezug zu den Aufgaben der Risikomanagementfunktion
- › Erfüllung der individuellen Vorgaben des jeweiligen Stellen-Funktionsprofils
- › Tiefere praktische Erfahrungen im Risikomanagement (nur für leitende Mitarbeitende der Risikomanagementfunktion)

Compliance-Funktion:

- › Vertrautheit mit dem Versicherungsgeschäft
- › Vertrautheit mit den für den Zuständigkeitsbereich relevanten externen und internen Vorschriften
- › Erfahrung in der Durchführung von Risikoanalysen
- › Führungserfahrung (nur für die Leitungspersonen der dezentralen Compliance-Stellen)
- › Abgeschlossenes 1. und 2. juristisches Staatsexamen (nur für die Mitarbeitenden der zentralen Compliance-Stelle)

Versicherungsmathematische Funktion:

- › Ausbildung oder Studium mit Bezug zu den Aufgaben der versicherungsmathematischen Funktion
- › Erfüllung der individuellen Vorgaben des jeweiligen Stellen-Funktionsprofils
- › Tiefere praktische Erfahrungen in versicherungsmathematischen Themengebieten

Interne Revision:

- › Ausbildung oder Studium mit Bezug zu den Aufgaben der internen Revision, der Betriebsorganisation oder wesentlicher Tätigkeiten und Aufgaben in einem Versicherungsunternehmen
- › Erfüllung der individuellen Vorgaben des jeweiligen Stellen-Funktionsprofils
- › Führungserfahrung (nur für leitende Mitarbeitende der internen Revision)

Bewertung der fachlichen Qualifikation und der persönlichen Zuverlässigkeit**Vorstand**

Die Mitglieder des Vorstands werden vom Aufsichtsrat bestellt. Letzterer ist daher für die Prüfung und Sicherstellung von fachlicher Eignung und Zuverlässigkeit der zu bestellenden Person verantwortlich. Bei der Prüfung der Zuverlässigkeit und der fachlichen Eignung wird der Aufsichtsrat durch den Bereich Konzern-Recht unterstützt, der eine Vorprüfung auf Grundlage des Anforderungsprofils der zu besetzenden Vorstandsposition durchführt und den Aufsichtsrat – über den Aufsichtsratsvorsitzenden – vor seiner Entscheidung über etwaige Auffälligkeiten informiert.

Der Aufsichtsrat trifft die Entscheidung, ob die Person das Anforderungsprofil erfüllt und damit fachlich geeignet und zuverlässig ist in zinsident mit der Entscheidung zur Bestellung des Vorstandsmitglieds.

Wird ein Umstand bekannt, der eine Neubeurteilung der fachlichen Eignung oder der Zuverlässigkeit eines amtierenden Vorstandsmitglieds gebietet, ist der Vorsitzende des Aufsichtsrates zu informieren. Von diesem ist unverzüglich eine Neuprüfung der Eignung oder der Zuverlässigkeit durch den Aufsichtsrat einzuleiten.

Aufsichtsrat

Bei der Prüfung der fachlichen Eignung und Zuverlässigkeit eines zu bestellenden Aufsichtsratsmitglieds wird der Aufsichtsrat durch den Bereich Konzern-Recht unterstützt, der eine Vorprüfung durchführt und den Aufsichtsrat – über den Aufsichtsratsvorsitzenden – vor seiner Entscheidung über etwaige Auffälligkeiten informiert.

Die Entscheidung über die fachliche Eignung und die Zuverlässigkeit der zu bestellenden Person sowie über das Fortbestehen der Kollektivqualifikation des Gesamtremiums erfolgt in zinsident im Empfehlungsbeschluss an die Hauptversammlung.

Sofern eine Gesellschaft den Vorgaben des MitbestG oder des DrittelbG unterliegt, erfolgt die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer durch Wahl. In diesem Fall findet die Überprüfung der Eignung und der Zuverlässigkeit nach Amtsantritt durch den Bereich Konzern-Recht statt.

Wird dem Aufsichtsrat ein Umstand bekannt, der eine Neubeurteilung der Eignung und/oder der Zuverlässigkeit eines amtierenden Aufsichtsratsmitglieds gebietet, ist vom Aufsichtsratsvorsitzenden bzw. (sofern der Aufsichtsratsvorsitzende betroffen ist) seinem Stellvertreter unverzüglich eine Neuprüfung der Eignung und/oder der Zuverlässigkeit durch den Aufsichtsrat einzuleiten.

Schlüsselfunktions-Inhabende und Mitarbeitende in der Schlüsselfunktion

Obgleich lediglich die beabsichtigte Bestellung von Schlüsselfunktions-Inhabern einer Anzeigepflicht unterliegt, gelten die versicherungsaufsichtsrechtlichen Anforderungen an Eignung und Zuverlässigkeit für Schlüsselfunktions-Inhabende und Mitarbeitende in den Schlüsselfunktionen grundsätzlich gleichermaßen.

Eignung

Bei der R+V werden die Anforderungen an die fachliche Eignung von Schlüsselfunktions-Inhabenden und Schlüsselfunktions-Mitarbeitenden im Profil der jeweiligen Stelle niedergelegt, das von der zuständigen Führungskraft in Abstimmung mit dem Bereich Personal zu erstellen ist. Im Rahmen der Prüfung der fachlichen Eignung wird daher untersucht, ob die jeweilige Person die Anforderungen der konkreten Stellenbeschreibung erfüllt. Dabei legt die Führungskraft insbesondere den Lebenslauf, Qualifikationsnachweise und etwaige Arbeitszeugnisse der Person zugrunde.

Im laufenden Beschäftigungsverhältnis wird die Eignung der Schlüsselfunktions-Inhabenden und der Schlüsselfunktions-Mitarbeitenden durch eine jährliche Beurteilung der Person und ihre fortlaufende, aufgabenbezogene Qualifizierung gewährleistet.

Der Bedarf zur fachlichen Weiterbildung wird jährlich anhand der fachlichen Anforderungen gemäß der jeweiligen Stellenbeschreibung geprüft. Etwaigen Qualifizierungserfordernisse wird durch die Festlegung von Fortbildungs- bzw. Schulungsmaßnahmen Rechnung getragen. Die Qualifizierungsmaßnahmen werden von der Führungskraft in Abstimmung mit dem Schlüsselfunktions-Inhabenden bzw. mit dem Schlüsselfunktions-Mitarbeitenden im Online-Entwicklungsplan dokumentiert.

Zuverlässigkeit

Die Zuverlässigkeit muss nicht positiv nachgewiesen werden, sondern wird vermutet, sofern keine Anhaltspunkte vorliegen, die gegen eine Zuverlässigkeit sprechen. Im Rahmen der Zuverlässigkeitsprüfung von Schlüsselfunktions-Inhabenden und Schlüsselfunktions-Mitarbeitenden werden bei der R+V die Person und ihr Werdegang daher auf solche, die Zuverlässigkeit kontraindizierende Aspekte untersucht. Hierzu dienen insbesondere der Lebenslauf der Person sowie ein von der Person auszufüllender Selbstauskunftsbogen, der inhaltlich im Wesentlichen der Selbstauskunft entspricht, die von der BaFin bei der Anzeige eines Schlüsselfunktionsinhabenden verlangt wird. Die Zuverlässigkeitsprüfung wird von der Personalabteilung durchgeführt.

Die Zuverlässigkeit der Schlüsselfunktions-Inhabenden und der Schlüsselfunktions-Mitarbeitenden wird von der zuständigen Führungskraft und dem Bereich Personal dauerhaft sichergestellt, indem bei Auffälligkeiten, die Indikatoren gegen eine Zuverlässigkeit sein könnten, unverzüglich eine Neuprüfung der Zuverlässigkeit durchgeführt wird.

Des Weiteren fordert der Bereich Personal in einem Turnus von fünf Jahren vom jeweiligen Schlüsselfunktions-Inhabenden bzw. der in der Schlüsselfunktion mitarbeitenden Person eine Prüfung der im Selbstauskunftsbogen vorgenommenen Angaben.

B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

Ziel des Risikomanagements

Unter einem Risikomanagementsystem ist die Gesamtheit der Regelungen, die einen strukturierten Umgang mit Chancen und Risiken im Unternehmen sicherstellt, zu verstehen.

Aus der Risikokultur, der Geschäftsstrategie und den Unternehmenszielen werden die Ziele des Risikomanagementsystems abgeleitet und in der Risikostrategie formuliert.

Ziel des Risikomanagements ist es, für die gesamte Geschäftstätigkeit die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungen und hierbei insbesondere die Solvabilität sowie die langfristige Risikotragfähigkeit, die Bildung ausreichender versicherungstechnischer Rückstellungen, die Anlage in geeignete Vermögenswerte, die Einhaltung der kaufmännischen Grundsätze einschließlich einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation und die Einhaltung der übrigen finanziellen Grundlagen des Geschäftsbetriebs zu gewährleisten.

Risiken ergeben sich aus nachteiligen Entwicklungen für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage und bestehen in der Gefahr von zukünftigen Verlusten.

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation und damit auch für ein angemessenes und wirksames Risikomanagement. Das Risikomanagement ist gemäß Geschäftsverteilungsplan einem Vorstandsmitglied zugeordnet. Der Vorstand benennt die Inhaberin bzw. den Inhaber der Risikomanagementfunktion und muss sie bzw. ihn eigeninitiativ, angemessen und zeitnah über alle Tatsachen informieren, die für ihre bzw. seine Aufgabenerfüllung erforderlich sein können.

Die Risikomanagementfunktion ist so strukturiert, dass die Umsetzung des Risikomanagementsystems maßgeblich befördert wird. Bei den R+V-Gesellschaften ist diese im Bereich „Risikomanagement“ der R+V angesiedelt. Die Leitungsperson des Bereichs „Risikomanagement“ ist verantwortliche Inhaberin bzw. verantwortlicher Inhaber der Schlüsselfunktion Risikomanagement auf Einzelgesellschaftsebene und auf Ebene der R+V Gruppe.

Der Risikomanagementfunktion obliegen folgende Aufgaben:

- › die Unterstützung des Vorstands und anderer Funktionen bei der effektiven Handhabung des Risikomanagementsystems, in diesem Zusammenhang insbesondere
 - die regelmäßige Bewertung, ob die Risikostrategie konsistent zur Geschäftsstrategie ist,
 - die regelmäßige Bewertung, ob die schriftlichen Leitlinien zum Risikomanagementsystem geeignet sind,
 - die Förderung des Risikobewusstseins,
 - die regelmäßige Bewertung und gegebenenfalls Weiterentwicklung der Methoden und Prozesse zur Risikobewertung und -überwachung,
 - das Vorschlagen von Limiten,
 - die Beurteilung von geplanten Strategien unter Risikoaspekten,
- › die Überwachung des Risikomanagementsystems, in diesem Zusammenhang insbesondere
 - die Entwicklung von Prozessen und Verfahren zur Überwachung des Risikomanagementsystems und
 - die fortlaufende Überwachung der Eignung des Risikomanagementsystems,
- › die Überwachung des Risikoprofils des Unternehmens, in diesem Zusammenhang insbesondere
 - die Identifikation, Bewertung und Analyse der Risiken mindestens auf aggregierter Ebene,
 - die Überwachung der Maßnahmen zur Risikobegrenzung,
 - die Überwachung der Limite sowie der Risiken auf aggregierter Ebene und
 - die Durchführung und Dokumentation der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung,
- › die Berichterstattung über wesentliche Risikoexponierungen, das Risikoprofil sowie die Eignung des Risikomanagementsystems, darüber hinaus gibt sie Hinweise zumindest auf wesentliche Mängel bzw. Verbesserungspotentiale des Risikomanagementsystems,
- › die Beratung des Vorstands in Fragen des Risikomanagements und die Weiterentwicklung dessen.

Die Risikomanagementfunktion arbeitet bei der Erstellung der Solvabilitätsübersicht sowie bei der Bewertung von Risiken eng mit der versicherungsmathematischen Funktion zusammen.

Risikostrategie

Die vom Vorstand festgelegte Risikostrategie wird aus der Geschäftsstrategie abgeleitet und umfasst Aussagen zu Art, Umfang und Komplexität der Risiken sowie zur Risikotragfähigkeit. Die Risikomanagementfunktion bereitet die Beschlussfassung des Vorstands zur Risikostrategie inkl. der Limite für die Risikotragfähigkeit vor. Eine Beschlussfassung über die Risikostrategie erfolgt jährlich.

Bei der Entscheidung über die Geschäftsstrategie wird das Ergebnis der vorausschauenden Beurteilung der unternehmenseigenen Risiken berücksichtigt. In der Risikostrategie sind Strategien zur Steuerung der wesentlichen Risiken entsprechend dem Risikoprofil sowie Maßnahmen enthalten.

Die Steuerung basiert auf der vorausschauenden Beurteilung von Erfolgsfaktoren sowie auf der Ableitung von Zielgrößen für die RVV und deren Unternehmensbereiche. Im Rahmen des jährlichen strategischen Planungsprozesses wird die Strategische Planung für die kommenden vier Jahre unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit sowie der Rahmendaten der DZ BANK vorgenommen.

Risikomanagementprozess

Im Folgenden wird der Ablauf der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (Own Risk and Solvency Assessment, ORSA) dargestellt. Die Begriffe Risikomanagementprozess und ORSA-Prozess sind synonym zu verwenden.

Der ORSA-Prozess ist integraler Bestandteil des Risikomanagements. Die Rahmenbedingungen des Risikomanagementprozesses, das heißt die Risikogrundsätze, die Festlegung der methodischen Grundlagen, die organisatorische Struktur, die Abgrenzung der zu betrachtenden Unternehmensbereiche und die Zuordnung von Verantwortlichkeiten und Aufgaben, werden vom Vorstand beschlossen.

Bezugspunkt der ORSA-Durchführung ist der 31. Dezember eines Geschäftsjahres. Der Vorstand betrachtet den ORSA als wichtiges Instrument, um ein umfassendes Bild über die Risiken vermittelt zu bekommen, denen die RVV ausgesetzt ist oder in Zukunft ausgesetzt sein könnte.

Der ORSA wird einmal pro Jahr vollständig durchgeführt. Unterjährig wird mindestens zu den Quartalsstichtagen die Risikosituation im Rahmen der Risikokommission analysiert. Die Durchführung des ORSA ist im ersten Halbjahr des darauffolgenden Geschäftsjahres vorgesehen.

Aufgrund der ablauforganisatorischen Regelungen mit einer mindestens vierteljährlich stattfindenden Risikokommission ist eine dauerhafte Auseinandersetzung mit der Risikosituation – einschließlich der Sicherstellung einer ausreichenden Solvenz – gewährleistet. Darüber hinaus ist der nicht-reguläre ORSA etabliert. Der nicht-reguläre ORSA ist gemäß aufsichtsrechtlicher Anforderung anlassbezogen immer dann durchzuführen, wenn sich das Risikoprofil des Unternehmens wesentlich verändert hat. Hierfür wurden Auslöser definiert. Somit ist die Überwachung der jederzeitigen Risikotragfähigkeit gewährleistet.

Die Vorgaben zur Einhaltung der Datenqualität werden durch das Grundsatzdokument „Grundsatzdokument zum Risikodatenqualitätsmanagement und Umsetzung von BCBS 239“ beschrieben. Das Ziel dieses Grundsatzdokuments ist es, einen einheitlich gültigen Standard für die Sicherstellung der Datenqualität zu definieren.

Risikoidentifikation

Die Identifikation der Risiken ist aufgrund der sich ständig ändernden Verhältnisse und Anforderungen eine kontinuierliche Aufgabe. Sie ist bei der R+V in die alltäglichen Arbeitsabläufe integriert. Die Integration fördert das Risikobewusstsein bei den Mitarbeitern und reduziert zugleich den Umsetzungsaufwand. Alle Risiken im Unternehmen sind strukturiert und systematisch unternehmensweit zu definieren und zu erfassen. Die Risikoidentifikation wird einmal jährlich vollumfänglich im Rahmen der Risikoinventur durchgeführt.

Ziel der Risikoidentifikation ist es, eine vollständige Übersicht über die wesentlichen Risiken im Unternehmen zu erhalten. In einem ersten Schritt erfolgt bei der Risikoinventur eine Identifikation und Dokumentation aller Risiken inklusive Beschreibung der Risikomerkmale und Risikotreiber. Sämtliche Risiken werden anhand des Wesentlichkeitskonzepts eingeteilt. Die Auflistung, Beschreibung und Einteilung stellt im Ergebnis das Risikoprofil dar.

Risikobewertung und -analyse

Aufbauend auf den Ergebnissen der Risikoidentifikation erfolgt eine Analyse und Bewertung der wesentlichen Risiken anhand quantitativer und qualitativer Methoden. Wesentliche Risiken, die bereits in anderen Risikokategorien berücksichtigt werden, sind nicht zwingend einer separaten Analyse und Bewertung zu unterziehen. Die Risikomessung erfolgt mittels der Standardformel gemäß den Vorgaben von Solvency II. Die Ermittlung der Risikokapitalanforderung beruht auf dem Risikomaß Value-at-Risk (VaR) zum Konfidenzniveau 99,5 % über einen Zeithorizont von einem Jahr. Die Ergebnisse der Risikobewertungen sind zum einen das SCR gemäß der Säule 1 von Solvency II und zum anderen der OSN gemäß den Anforderungen der Säule 2. Diesen Kapitalanforderungen stehen die anrechenbaren ökonomischen Eigenmittel gegenüber.

Die generelle Grundlage zur Bestimmung der Kapitalanforderungen ist eine ökonomische Betrachtung der Finanz- und Risikosituation des Versicherungsunternehmens, die in einem Gesamtbilanzansatz erfolgt.

Im ersten Schritt müssen Versicherungsunternehmen eine Solvabilitätsübersicht aufstellen, welche ökonomische Werte aller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten enthält. Aus der Differenz dieser Werte ergeben sich die vorhandenen ökonomischen Eigenmittel. Im zweiten Schritt ist auf Basis der Risiken in allen Aktiv- und Passivpositionen (risikobasierter Ansatz) der Kapitalbedarf zu bestimmen, das SCR. Ausreichende Solvabilität ist gegeben, wenn die ökonomischen Eigenmittel das SCR übersteigen.

Die im Rahmen der Standardformel vorgeschlagene Modellierung und Parametrisierung soll grundsätzlich ein „durchschnittliches“ europäisches Versicherungsunternehmen abbilden. Daher kann es sein, dass die unternehmensspezifische Risikosituation nicht bzw. nicht angemessen abgebildet wird. Explizites Ziel im Rahmen der Umsetzung der Solvency II-Anforderungen ist die angemessene Abbildung und Bewertung des spezifischen Risikoprofils. Die in diesem Zusammenhang eingesetzte Angemessenheitsprüfung verfolgt das Ziel, die aus der Standardformel abgeleitete Modellierung und Parametrisierung zu überprüfen.

Sofern die aus den Anforderungen an die Standardformel abgeleiteten Bewertungsansätze die spezifische Risikosituation der RVV nicht abbilden, sind für diese Bewertungsansätze interne Weiterentwicklungen erforderlich, um die korrekte interne Sicht auf die Solvabilitätsanforderung zu gewährleisten.

Eine Überprüfung der zur Risikoberechnung angewendeten Modelle und Methoden findet im Rahmen der operativen Prozesse statt. Ziel der Validierung ist die Erfüllung aufsichtsrechtlicher, konzern- und unternehmensinterner Vorgaben und damit ein Verständnis über die Qualität und die Stärken und Schwächen der zur Risikoberechnung eingesetzten Modelle. Es wird untersucht, ob die zur Risikoberechnung eingesetzten Modelle geeignet sind, die Risiken von der R+V angemessen zu quantifizieren. Ergebnis der Validierungshandlungen ist damit eine Aussage darüber, ob die Modelle für den Einsatzzweck geeignet sind und ob sie die gestellten Anforderungen erfüllen.

Die von der R+V regelmäßig durchgeführten Stresstests setzen sich aus makroökonomischen und hypothetischen Stresstests zusammen.

Zusätzlich wird neben dem Basisszenario ein definiertes Risikoszenarien über den Planungshorizont projiziert und analysiert.

Risikosteuerung

Unter Risikosteuerung ist die operative Umsetzung der Risikostrategie in den risikotragenden Geschäftseinheiten zu verstehen. Die Risikosteuerung erfolgt gemäß den in der Risikostrategie beschriebenen Verfahren. Die verantwortlichen Geschäftseinheiten treffen Entscheidungen zur bewussten Übernahme oder Vermeidung von Risiken. Dies geschieht unter Berücksichtigung vorgegebener Rahmenbedingungen und Risikolimitierungen bzw. der vereinbarten Schwellenwerte. Die operative Umsetzung erfolgt auch durch die jeweiligen Zeichnungs- und Anlagerichtlinien.

Die Anwendung von Risikominderungstechniken ist Teil der Risikostrategie. Die Leitlinie „Rückversicherung und andere Risikominderungstechniken“ beinhaltet die zentralen Vorgaben, die Aufbauorganisation sowie die wesentliche Ablauforganisation für den Einsatz von Rückversicherung zu Zwecken der Risikominderung und den Einsatz weiterer Risikominderungstechniken.

Die Ergebnisse des ORSA und die während der ORSA-Durchführung gewonnenen Einblicke werden im Kapitalmanagement (siehe auch Kapitel E.1), in der geschäftlichen Planung und bei der Entwicklung und Konzeption neuer Produkte berücksichtigt.

Der Produktmanagement-Prozess der R+V beschreibt den Prozess, der bei der Entwicklung, Konzeption und Einführung neuer Versicherungsprodukte einzuhalten ist. Dabei ist ein Bestandteil des Produktmanagement-Prozesses der R+V die Risikoeinschätzung neuer Produkte. Für die Einführung neuer Finanzprodukte ist ebenfalls ein expliziter Prozess ("Anlageprüfprozess") festgelegt, bei dem die mit dem neuen Finanzprodukt verbundenen Risiken beurteilt werden.

Risikoüberwachung

Zur Risikoauslastung wird die SCR- bzw. OSN-Bedeckungsquote der RVV im IST/Basisszenario anhand von Schwellenwerten (< 150 % Steuerungsmaßnahmen sind zu ergreifen, < 125 % aufsichtsrechtliche Schritte sind einzuleiten) bewert-

tet und quartalsweise bzw. jährlich in der Risikokommission der R+V berichtet. Die Auswirkungen von Rückversicherungsentscheidungen, Rückversicherungsstrukturen und Haftungsstrecken auf die Risikotragfähigkeit wird regelmäßig überprüft.

Für Stressszenarien, die Teil des ORSA sind, wird ein vom IST/Basisszenario abweichendes Schwellenwertsystem für die Solvency II-Gesellschaften festgelegt. Dieses Schwellenwertsystem gilt auch für das Risikoszenario der Mehrjahreprojektion. Zur Risikoauslastung wird die SCR- und OSN-Bedeckungsquote anhand von Schwellenwerten (<125% Abwägen des Managements, ob weitere Maßnahmen zu diskutieren oder zu ergreifen sind, <100% Steuerungsmaßnahmen sind zu formulieren und ggf. zu ergreifen, möglich ist auch eine bewusste Risikoakzeptanz) bewertet und quartalsweise bzw. jährlich in der Risikokommission der R+V berichtet.

Durch Projektion des OSN bzw. SCR und der Eigenmittel der RVV wird vorausschauend betrachtet, ob die gesetzten Limits im Planungszeitraum eingehalten werden.

Risikoberichtswesen

Bei wesentlichen Veränderungen von Risiken sind Meldungen an den Vorstand vorgesehen. Die risikorelevanten Unternehmensinformationen werden den zuständigen Aufsichtsgremien vierteljährlich sowie bedarfsweise ad hoc zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen der Durchführung des ORSA-Prozesses wird ein ORSA-Bericht verfasst. Die R+V übermittelt den internen ORSA-Bericht nach Freigabe durch den Vorstand als externen ORSA-Bericht an die BaFin.

Inhaltliche Verknüpfung der Unternehmenssteuerung mit den Ergebnissen des ORSA

Der Vorstand betrachtet ORSA als wichtiges Instrument, um ein umfassendes Bild über die Risiken vermittelt zu bekommen, denen die R+V ausgesetzt ist oder in Zukunft ausgesetzt sein könnte. Die Ergebnisse des ORSA und die während der ORSA-Durchführung gewonnenen Einblicke werden im Kapitalmanagement, in der geschäftlichen Planung und bei der Entwicklung und Konzeption neuer Produkte berücksichtigt. Bei der R+V findet daher eine inhaltliche Verknüpfung der Unternehmenssteuerung mit den Ergebnissen des ORSA statt.

Bestehende Gremien werden genutzt, um die ORSA-Ergebnisse zu hinterfragen. Dies erfolgt u.a. zu einem Großteil im Rahmen der Vorstandsklausuren. Im Rahmen dieser Klausuren und regulärer Vorstandssitzungen werden die Ergebnisse des ORSA diskutiert.

Durch den ORSA wird der Vorstand der R+V in die Lage versetzt, zu beurteilen, wie sich die Risiken im Kapitalbedarf widerspiegeln. Die Mitglieder des Vorstandes sorgen für eine angemessene Ausgestaltung des ORSA und steuern dessen Durchführung.

Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus dem ORSA genehmigt der Vorstand die lang- und kurzfristige Kapitalplanung unter Beachtung der von ihm festgelegten Geschäfts- und Risikostrategie im Rahmen der Vorstandsklausurtagungen der R+V Versicherung AG im Frühjahr und Herbst. Dieser Plan umfasst Alternativen, um sicherzustellen, dass die Kapitalanforderungen selbst unter unerwartet ungünstigen Umständen erfüllt werden können.

B.4 Internes Kontrollsystem

Beschreibung des internen Kontrollsystems

Das interne Kontrollsystem (IKS) der R+V ist die Gesamtheit aller organisatorischen und technischen Maßnahmen, Kontrollen und Funktionen, die dazu dienen, die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit zu unterstützen und sicherzustellen, dass alle zu beachtenden Gesetze und Verordnungen sowie alle aufsichtsbehördlichen Anforderungen und internen Vorgaben eingehalten werden. Das IKS soll ebenfalls sicherstellen, dass die im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit stehenden Informationen an interne oder externe Adressaten vollständig und zutreffend sind. Das IKS umfasst alle Unternehmensebenen und auch ausgliederte Bereiche und Prozesse.

Das IKS stellt konzeptionell ein Element des gesamten integrierten Kontroll- und Steuerungssystems im Sinne des Modells der drei Verteidigungslinien dar, in dem die Zuständigkeiten und Kontrollaktivitäten aller Organisationseinheiten und der Schlüsselfunktionen ineinandergreifen.

Zur Einrichtung und Durchführung interner Kontrollen sind durch die R+V-interne Leitlinie „Interne Kontrollsysteme (IKS)“ alle Unternehmensbereiche verpflichtet. Die IKS-Leitlinie richtet sich an Mitarbeitende und Führungskräfte. Sie legt die Vorgaben an die risikoorientierte Prüfung der Ablauforganisation, die daran anknüpfende Einrichtung und Dokumentation angemessener Kontrollmaßnahmen fest sowie die regelmäßige und anlassbezogene Überprüfung dieser Risikoeinschätzungen und der Angemessenheit der Kontrollmaßnahmen. Darüber hinaus regelt die IKS-Leitlinie die Durchführung und Dokumentation der vorgesehenen Kontrollmaßnahmen, den Umgang mit etwaig festgestellten Defiziten sowie die diesbezüglichen Melde- und Berichtswege, insbesondere auch an die Schlüsselfunktionen. Die Kontrollprozesse sind integraler Bestandteil der Aufbau- und Ablauforganisation bei der R+V.

Die interne Revision der R+V überprüft die Angemessenheit und Wirksamkeit des gesamten IKS. Dies geschieht durch unabhängige und objektive Prüfung der vorgelagerten Verteidigungslinien.

Compliance-Funktion

Die Aufgabe der Compliance-Funktion liegt vorrangig in der Überwachung der Einhaltung der externen Anforderungen und in der Sicherstellung der Rechtmäßigkeit interner Vorgaben und Verfahren. Darüber hinaus berät sie den Vorstand in Bezug auf die Einhaltung der für den Betrieb des Versicherungsgeschäfts geltenden Gesetze und Verwaltungsvorschriften, beurteilt die möglichen Auswirkungen von Änderungen des Rechtsumfeldes für das Unternehmen und identifiziert und beurteilt das mit der Verletzung der rechtlichen Vorgaben verbundene Risiko (Compliance-Risiko).

Die Compliance-Funktion wird wegen der übergreifenden Organisation der Geschäftsprozesse unternehmensübergreifend durch eine zentrale Compliance-Stelle in Kooperation mit dezentralen Compliance-Stellen der Vorstandsressorts der R+V Versicherung AG wahrgenommen. Die zentrale Compliance-Stelle ist bei der R+V Versicherung AG und dort beim Bereich Konzern-Recht angesiedelt. Die übrigen deutschen R+V Versicherungsunternehmen haben die Compliance-Funktion an die R+V Versicherung AG ausgegliedert. Die Mitarbeitenden der zentralen Compliance-Stelle nehmen auch Aufgaben im Rahmen der allgemeinen Rechtsberatung wahr, wobei die Vermeidung von potenziellen Interessenkonflikten sichergestellt wird. Die Mitarbeitenden in den dezentralen Compliance-Stellen sind teilweise auch mit Aufgaben allgemeiner Rechtsberatung betraut, wobei auch insoweit potenzielle Interessenkonflikte vermieden werden.

Zentrales Koordinations-, Entscheidungs- und Berichtsgremium der Compliance-Funktion ist die vierteljährlich stattfindende Compliance-Konferenz. Dort werden die Aktivitäten der zentralen Compliance-Stelle und der dezentralen Compliance-Stellen berichtet und koordiniert sowie relevante Vorfälle behandelt. In der Compliance-Konferenz finden zudem Informationsaustausch und Interaktion mit den anderen Schlüsselfunktionen statt, deren Inhabende als Gäste mit Rede-recht zu jeder Sitzung geladen werden. Bei besonders gravierenden Verstößen sind Ad-hoc-Meldungen auch jenseits der Compliance-Konferenz an die zentrale Compliance-Stelle vorgesehen.

Inhabende Person der Compliance-Funktion ist die Leitungsperson des Bereichs Konzern-Recht. Sie berichtet unmittelbar an den Vorstand und ist organisatorisch direkt dem Vorstandsvorsitzenden der R+V Versicherung AG zugeordnet.

B.5 Funktion der Internen Revision

§ 30 VAG verpflichtet Versicherungsunternehmen eine Interne Revision einzurichten. Im Rahmen des sogenannten „Three-lines-of-defence-Modells“ nimmt die Interne Revision ihre Aufgaben auf der dritten Verteidigungslinie wahr. Die übrigen drei Schlüsselfunktionen – die Compliance-Funktion, die Risikomanagement-Funktion sowie die versicherungsmathematische Funktion – gehören der zweiten Verteidigungslinie an.

Die Revisionsfunktion wird durch die Konzern-Revision der R+V Versicherung AG wahrgenommen. Sie ist eine von den operativen Geschäftsprozessen losgelöste, unabhängige und organisatorisch selbstständige Funktion zur Überwachung aller Unternehmensbereiche. Sie ist der Geschäftsleitung unmittelbar unterstellt und organisatorisch direkt dem Vorstandsvorsitzenden zugeordnet. Die Konzern-Revision hat zur Wahrung ihrer Aufgaben ein uneingeschränktes Informationsrecht. Der Leiter der Konzern-Revision ist verantwortlicher Inhaber der Schlüsselfunktion Interne Revision.

Die Interne Revision stärkt die Fähigkeit der Organisation, Werte zu schaffen, zu schützen und zu erhalten, indem sie dem Vorstand und den Führungskräften unabhängige, risikobasierte und objektive Prüfungssicherheit, Beratung, Erkenntnisse und Voraussicht liefert.

Das Hauptziel der Revisionsfunktion ist, das Unternehmen vor Vermögensverlusten zu schützen. Die Aufgaben sowie die Aufbau- und Ablauforganisation der Internen Revision werden durch verschiedene deutsche und europäische Normen sowie verschiedene Prüfungs- und Revisionsstandards vorgegeben. Die Handlungsweisen der Revisionsfunktion orientieren sich zudem an den berufsständischen deutschen (Deutsches Institut für Interne Revision - DIIR) und internationalen Standards (Institute of Internal Auditors - IIA), insbesondere an den Global Internal Audit Standards (GIAS), soweit es nicht speziellere Regeln des Versicherungsaufsichtsrechts gibt.

Die Revisionsplanung erfolgt risikoorientiert und wird jährlich, so auch 2025, im Revisionsystem aktualisiert. Sie beinhaltet die Prüfungsgebiete, die eine Kombination der Prüfungsthemen mit allen zu prüfenden Bereichen und Prozessen darstellen. Im Zuge der Planung werden auch Kapazitäten für außerplanmäßige Revisionsprüfungen vorgehalten.

Anti-Fraud-Management, die Abwehr strafbarer und arglistiger Angriffe auf das Gesellschaftsvermögen, hat auch in der R+V Gruppe Bedeutung. Seitens der Konzern-Revision wird das Thema Anti-Fraud-Management seit mehreren Jahren koordiniert und im Unternehmen vorangetrieben.

B.6 Versicherungsmathematische Funktion

Die versicherungsmathematische Funktion (VMF) ist in erster Linie mit Kontrollaufgaben im Hinblick auf die ordnungsgemäße Bildung der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Solvabilitätsübersicht betraut. Neben dieser Kontrolltätigkeit nimmt die VMF weitere Aufgaben wahr. Dies umfasst unter anderem eine Stellungnahme zur allgemeinen Zeichnungs- und Annahmepolitik sowie zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen und die Unterstützung der Risikomanagementfunktion im Rahmen der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung.

Die VMF erstellt einmal pro Jahr einen schriftlichen Bericht über die wesentlichen Erkenntnisse ihrer Aufgaben, der dem Vorstand vorgelegt wird. Zusätzlich berichtet die VMF bei Bedarf anlassbezogen an den Vorstand.

Die VMF ist so eingerichtet, dass sie frei von Einflüssen ist, die eine objektive, faire und unabhängige Aufgabenerfüllung beeinträchtigen können. Sie verfügt über eigene Mitarbeiter und leitende Angestellte, die nur der verantwortlichen Person für die VMF unterstellt sind.

Um die geforderte Trennung von Berechnung und Validierung der versicherungstechnischen Rückstellungen sicherzustellen, ist die Durchführung der Validierung der versicherungstechnischen Rückstellungen durch die VMF jeweils organisatorisch von der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen getrennt.

B.7 Outsourcing

Das Solvency II-Recht enthält aufsichtsrechtliche Anforderungen für bestimmte Dienstleistungsverträge, mit denen das Unternehmen Tätigkeiten an andere Unternehmen auslagert. Welche Pflichten für den jeweiligen Ausgliederungsvorgang zu erfüllen sind, hängt davon ab, in welche Kategorie der Vertrag einzuordnen ist. Aufsichtsrechtlich relevant sind nur ein Teil der Ausgliederungsvorgänge, also nur Verträge über die Ausgliederung einer „Funktion“ oder „wichtigen Funktion“, einer „Versicherungstätigkeit“ oder „wichtigen Versicherungstätigkeit“ oder einer „Schlüsselfunktion“. Für Verträge, die eine Funktion bzw. Versicherungstätigkeit ausgliedern, werden bestimmte Pflichtinhalte in die Ausgliederungsverträge aufgenommen (u.a. Weisungs- und Kontrollrechte des ausgliedernden Unternehmens und der Aufsicht) und die Verträge ins Risikomanagement mit einbezogen. Bei Ausgliederung einer Schlüsselfunktion wird zusätzlich ein Ausgliederungsbeauftragter bestimmt, der den Dienstleister überwacht sowie Eignung und Zuverlässigkeit der betroffenen Mitarbeiter des Dienstleisters sicherstellt.

Die interne und externe Ausgliederung von Tätigkeiten bietet Qualitäts- und Kostenvorteile. Dabei zieht die Ausgliederung aber auch verschiedene, ausgliederungsspezifische Risiken nach sich, die identifiziert, analysiert und von einem angemessenen Risikomanagement begleitet werden.

Der Ausgliederungsprozess besteht – sowohl für externe als auch für interne Ausgliederungsvorgänge – aus vier Phasen:

- › Prüfungs- und Auswahlphase
- › Verhandlung und Vertragsabschluss
- › Laufender Vertrag
- › Beendigung und Abwicklung

In jeder dieser Phasen sind Vorgaben definiert, die zum großen Teil davon abhängen, wie der Ausgliederungsvertrag aufsichtsrechtlich zu klassifizieren ist.

Für die RVV wurden keine wichtigen Funktionen bzw. Versicherungstätigkeiten extern ausgegliedert.

Folgende wichtige Funktionen bzw. Versicherungstätigkeiten der RVV wurden intern an Gesellschaften der R+V-Gruppe ausgegliedert:

- › Vermögensanlage inklusive zentraler Gelddisposition/Finanzclearing, Vermögensverwaltung, Finanzplanung
- › EDV (Systembetrieb, Systementwicklung, Konzeption, Steuerung und IT-Sicherheitsmanagement)
- › Vertriebsunterstützung und strategische Vertriebskoordination (inkl. Aufgaben des Produktmanagementprozesses)
- › Rechnungswesen

Die Dienstleister sind in der Bundesrepublik Deutschland ansässig.

B.8 Bewertung des Governance-Systems

In der Governance-Leitlinie „Interne Revision“ hat der Vorstand die Konzern-Revision beauftragt, eine Überprüfung der Geschäftsorganisation (Governance) durchzuführen. Der Umfang der Überprüfung richtet sich insbesondere nach den Anforderungen der §§ 23 – 32 VAG (auf Gruppenebene jeweils in Verbindung mit § 275 VAG). Die Überprüfung der Geschäftsorganisation (Governance) nach § 23 Abs. 2 VAG wurde im Jahr 2025 durch die Konzern-Revision vorgenommen. Der Revisionsbericht wurde an alle Vorstände der deutschen Versicherungsgesellschaften der R+V-Gruppe verteilt.

Die Ergebnisse aus der revisionsseitigen Überprüfung der Geschäftsorganisation (Governance) ließen auf ein angemessenes und wirksames Governance-System schließen. Aus der zusammenfassenden Bewertung aller Erkenntnisquellen ergab sich für die Revision, dass im geprüften Zeitraum die Geschäftsorganisation und die Unternehmenssteuerung im Einklang mit der Geschäftsstrategie und der Risikostrategie des Unternehmens standen.

Die im Rahmen von § 23 Abs. 2 VAG geforderte zukunftsgerichtete Gesamtbewertung des Governance-Systems (inkl. der Konzern-Revision als dessen Bestandteil) erfolgte durch den Vorstand. Der Vorstand kam bei dieser zukunftsgerichteten Gesamtbewertung des Governance-Systems, auch gestützt auf die Prüfungsergebnisse der Revision, zu dem Ergebnis, dass die Geschäftsorganisation und die Unternehmenssteuerung im Einklang mit der Geschäftsstrategie und der Risikostrategie des Unternehmens waren.

B.9 Sonstige Angaben

Im Berichtszeitraum lagen keine berichtspflichtigen sonstigen Informationen vor.

C Risikoprofil

Im Risikoprofil der RVV werden die Risiken erfasst, denen die Gesellschaft ausgesetzt ist.

Ausgangspunkt ist die Identifikation und Dokumentation sämtlicher für das Unternehmen vorhandener Risiken. Alle identifizierten Risiken werden im Rahmen der Wesentlichkeitsprüfung anhand quantitativer und qualitativer Kriterien eingeschätzt und als wesentlich oder nicht wesentlich eingestuft.

Die Ergebnisse der Risikoidentifikation und der Wesentlichkeitseinstufung werden im Risikoprofil dargestellt. Das Risikoprofil enthält somit alle wesentlichen und unwesentlichen Risiken.

Die RVV bewertet ihre Risiken zur Messung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen mittels der Standardformel (siehe Kapitel E.2). Das Modell folgt einem Value-at-Risk Ansatz über einen einjährigen Horizont zu einem Sicherheitsniveau von 99,5 %.

Die regelmäßig durchgeführten Stresstests setzen sich aus zwei verschiedenen Stresstestarten zusammen. Es werden makroökonomische Stresstests und hypothetische Stresstests berechnet. Bei den makroökonomischen Stresstests handelt es sich um risikoartenübergreifende Stresstests, in denen mehrere Risikofaktoren und Bewertungsparameter in verschiedenen Risikoarten simultan verändert werden. Die hypothetischen Stresstests hingegen sind sogenannte risikoartenspezifische Stresstests, in denen jeweils nur ein Risikoparameter verändert wird.

Nachfolgend ist die Risikoexponierung der RVV zum Stichtag gemäß den aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen dargestellt:

SCR / MCR

	IST 2025
	TEuro
Marktrisiko	3.483.633
Gegenparteiausfallrisiko	144.070
Lebensversicherungstechnisches Risiko	16.922
Krankenversicherungstechnisches Risiko	66.590
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	2.880.128
Diversifikation	-1.463.879
Basissolvenzkapitalanforderung	5.127.465
Operationelles Risiko	130.363
Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern	-903.752
Solvenzkapitalanforderung	4.354.076
Mindestkapitalanforderung	1.088.519

C.1 Versicherungstechnisches Risiko

Risikoexponierung

Die RVV ist die Obergesellschaft der R+V. Sie ist mehrheitlich direkt beziehungsweise indirekt an den Erstversicherungsgesellschaften der R+V beteiligt. Die RVV ist der zentrale Rückversicherer dieser Erstversicherungsgesellschaften (Gruppengeschäft). Daneben tritt sie eigenständig am internationalen Rückversicherungsmarkt auf (Fremdgeschäft). Sie betreibt die Rückversicherung weltweit in allen Nicht-Leben-Sparten. Der Rückversicherungsbetrieb erfolgt von der Direktion Wiesbaden aus.

Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko

Das Produktportfolio der RVV beinhaltet verschiedene Versicherungszweige der Schadenversicherung. Aufgrund dieses Geschäftsmodells wurde für die Gesellschaft das Nichtlebensversicherungstechnische Risiko identifiziert. Da die Submodule Prämien- und Reserverisiko sowie Katastrophenrisiko Nichtleben als wesentlich eingestuft werden, ist das Nichtlebensversicherungstechnische Risiko der RVV auch gesamthaft als wesentlich einzustufen.

Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko

Risiken	Beschreibung	Einstufung
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	Das Nichtlebensversicherungstechnische Risiko bezeichnet das Risiko, das sich aus der Übernahme von Nicht-Lebensversicherungsverpflichtungen ergibt, und zwar in Bezug auf die abgedeckten Risiken und die verwendeten Prozesse bei der Ausübung des Geschäfts.	Wesentlich
Prämien- und Reserverisiko	Das Prämien- und Reserverisiko bezeichnet das Risiko eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Verbindlichkeiten, das sich aus Schwankungen in Bezug auf das Eintreten, die Häufigkeit und die Schwere der versicherten Ereignisse und in Bezug auf das Eintreten und den Betrag der Schadenabwicklung ergibt.	Wesentlich
Katastrophenrisiko Nichtleben	Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Verbindlichkeiten, das sich aus einer signifikanten Ungewissheit in Bezug auf die Preisfestlegung und die Annahmen bei der Rückstellungsbildung für extreme oder außergewöhnliche Ereignisse ergibt.	Wesentlich
Stornorisiko	Das Stornorisiko beschreibt die Unsicherheit eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung der Eigenmittel, die sich aus Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Kündigungs- und Stornoraten von profitablen Versicherungspolicen ergibt.	Nicht wesentlich

Prämien- und Reserverisiko

Für die Schadenversicherungen im Produktportfolio der RVV werden Prämien- und Schadenrückstellungen gebildet. Zufällige Schwankungen innerhalb des für die Berechnung der Prämien- wie auch der Schadenrückstellungen zu Grunde liegenden Portfolios sind ein inhärentes Risiko für einen Rückversicherer, der Risiken aus dem Bereich Schaden-/Unfall übernimmt. Das Prämien- und Reserverisiko liegt zum Stichtag oberhalb der quantitativen Wesentlichkeitsschwellen. Aus der qualitativen Wesentlichkeitsüberprüfung ergibt sich kein Grund für eine Anpassung der Klassifikation. Das Prämien- und Reserverisiko wird daher als wesentlich eingestuft.

Katastrophenrisiko Nichtleben

Ein Katastrophenereignis resultiert aus einer gleichzeitigen Geltendmachung vieler Versicherungsansprüche oder einem außergewöhnlich hohen Versicherungsanspruch aus einem oder mehreren Verträgen. Das Katastrophenrisiko im Bereich der Schadenversicherung stellt für die RVV als Rückversicherer ein inhärentes Risiko dar. Das Katastrophenrisiko liegt zum Stichtag oberhalb der quantitativen Wesentlichkeitsschwellen. Aus der qualitativen Wesentlichkeitsüberprüfung ergibt sich kein Grund für eine Anpassung der Klassifikation. Das Katastrophenrisiko wird daher als wesentlich eingestuft.

Krankenversicherungstechnisches Risiko

Das Produktportfolio der RVV beinhaltet unter anderem den Versicherungszweig Unfallversicherung. Für die RVV wurde somit das Krankenversicherungstechnische Risiko identifiziert. Es werden die Subrisiken Krankenversicherungstechnisches Risiko nAd Nichtleben und Katastrophenrisiko Krankenversicherung identifiziert. Das Krankenversicherungstechnische Risiko wird gesamthaft als nicht wesentlich eingeschätzt, da alle identifizierten Subrisiken als nicht wesentlich klassifiziert sind.

Lebensversicherungstechnisches Risiko

Die RVV betreibt im aktiven Rückversicherungsgeschäft unter anderem die Versicherungszweige Haftpflicht und Kraftfahrt-Haftpflicht. Die anerkannten Rentenfälle aus den genannten Versicherungszweigen ähneln in ihren Eigenschaften

Lebensversicherungsverpflichtungen und sind gleichartigen Risiken ausgesetzt. Weiterhin beinhaltet das Produktportfolio der RVV abwickelnde Rückversicherungsbestände aus Lebensversicherungen.

Das Lebensversicherungstechnische Risiko wird für die RVV identifiziert und als nicht wesentlich eingestuft. Es wurden das Sterblichkeits-, das Langlebigkeits-, das Invaliditäts-, das Lebensversicherungskatastrophen-, das Revisions- und das Lebensversicherungskostenrisiko für die RVV identifiziert. Da alle Submodule des Lebensversicherungstechnischen Risikos als nicht wesentlich eingestuft werden, ist das Lebensversicherungstechnische Risiko der RVV auch gesamthaft als nicht wesentlich einzustufen.

Risikominderungstechniken / Risikosteuerung

Dem Prämien- und Reserverisiko begegnet die RVV durch eine kontinuierliche Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Situation und eine Risikosteuerung gemäß der strategischen Ausrichtung unter Berücksichtigung einer risikogerechten Tarifierung. Die Risikosteuerung erfolgt durch eine ertragsorientierte Zeichnungspolitik. Die Übernahme von Risiken erfolgt innerhalb verbindlicher Zeichnungsrichtlinien und -limite, die die Haftungen sowohl im Einzelschaden- als auch im Kumulschadenbereich begrenzen. Bei der Zeichnung von Risiken berücksichtigt die RVV die ökonomischen Kapitalkosten. Die Einhaltung dieser Vorgaben wird überwacht.

Die Zielsetzung bei der Risikosteuerung ist die Sicherstellung eines breiten Risikoausgleichs über alle Sparten und eine weltweite territoriale Diversifikation sowie eine Portfoliooptimierung nach Ertrags- und Risikogesichtspunkten. Für die zentrale Steuerung und die Begrenzung von Kumulrisiken werden Limite eingesetzt. Ein Instrument zur Risikosteuerung ist die systematische Kumulkontrolle der genehmigten Limite. Es erfolgt eine kontinuierliche Überwachung wesentlicher Risikokonzentrationen im Portfolio.

Maßnahmen zur Risikominderung beinhalten unter anderem die Steuerung des Brutto Risikos sowie die Retrozession von Portfoliobestandteilen unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit und der Retrozessionskosten. Dabei gelten Mindestanforderungen bezüglich der Bonität der Retrozessionäre. Zur Absicherung von Kumulrisiken bei Naturkatastrophen in Europa, Vereinigten Staaten sowie in weiteren exponierten Regionen der Welt bestehen für das übernommene Rückversicherungsgeschäft mehrere Retrozessionsverträge.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen entstehen durch das Eingehen von einzelnen Risiken oder stark korrelierten Risiken, welche durch ein hohes Schaden- und Ausfallpotenzial gekennzeichnet sind.

Risikokonzentrationen im Bereich der Naturkatastrophen bestehen im betriebenen übernommenen Rückversicherungsgeschäft insbesondere durch das Sturmrisiko in den Regionen Amerika und Europa. Zwischen den verschiedenen Gefahren- / Region-Kombinationen der Rückversicherung ist allerdings keine ausgeprägte Korrelation sichtbar, sodass Diversifikationseffekte auftreten. Auch ist das Rückversicherungsportfolio insgesamt ausgewogen mit weltweiter territorialer Diversifikation von Sparten und Kundengruppen. Es erfolgt eine kontinuierliche Überwachung der möglichen Risikokonzentrationen aus Naturkatastrophenrisiken im Portfolio.

Risikosensitivitäten/-stresse

Für das Nichtlebensversicherungstechnische Risiko erfolgt eine Stressbetrachtung der erwarteten Inflation in der Schadenabwicklung. Im Prämien- und Reserverisiko sind die Rückstellungen der treibende Input zur Berechnung des Risikos. Aus diesem Grund wird für den hypothetischen Stresstest der Versicherungstechnik bei der Schadenerwartung eine zusätzliche Schadeninflation angenommen. Aufgrund der Beteiligung an Lebensversicherungsgesellschaften wird in beiden Szenarien zudem eine Veränderung bei Storno und der Sterblichkeit untersucht. Im Szenario wird das Stornoniveau erhöht, bzw. reduziert und die Sterblichkeit gesenkt.

Im versicherungstechnischen Stresstest (Inflation und Rückgang Storno) steigt das Nichtlebensversicherungstechnische Risiko um 50.017 TEuro aufgrund eines Anstiegs des Prämien- und Reserverisikos um 57.249 TEuro. Das Aktienrisiko sinkt um 51.115 TEuro. Insgesamt steigt das SCR um 72.422 TEuro, hauptsächlich aufgrund des Anstiegs im Nichtlebensversicherungstechnischen Risiko in Verbindung mit einem starken Rückgang der entlastenden Wirkung der Risikoabsorption durch latente Steuern. Die versicherungstechnischen Rückstellungen steigen um 230.429 TEuro. Die Eigenmittel gehen um 387.846 TEuro zurück.

Im versicherungstechnischen Stresstest (Inflation und Erhöhung Storno) steigt das Nichtlebensversicherungstechnische Risiko ebenfalls um 50.017 TEuro, hauptsächlich aufgrund eines Anstiegs des Prämien- und Reserverisikos um 57.249 TEuro. Insgesamt steigt das SCR um 66.242 TEuro, hauptsächlich aufgrund des Anstiegs im Nichtlebensversicherungstechnischen Risiko in Verbindung mit einem starken Rückgang der entlastenden Wirkung der Risikoabsorption durch latente Steuern. Die versicherungstechnischen Rückstellungen steigen ebenfalls um 230.429 TEuro. Die Eigenmittel gehen um 422.128 TEuro zurück.

Außerdem wird ein Naturkatastrophenstress simuliert. Dabei werden drei sehr schwere Sturmereignisse angenommen. Sie verursachen Schäden, die zu einer Eigenmittelreduktion in einer Höhe, die der Sturm Bernd aus dem Jahr 2021, die Hurricane-Serie HIM aus dem Jahr 2017 sowie der Wintersturm Kyrill aus dem Jahr 2007 heute anrichten würden, führen.

Im versicherungstechnischen Stresstest (Naturkatastrophen) sinkt das Marktrisiko insgesamt um 66.812 TEuro, da aufgrund der gesunkenen Werte der Unternehmensbeteiligungen das Aktienrisiko um 67.121 TEuro sinkt. Das SCR steigt trotz des Rückgangs im Marktrisiko insgesamt um 138.001 TEuro aufgrund eines starken Rückgangs der entlastenden Wirkung der Risikoabsorption durch latente Steuern. Die Eigenmittel sinken um 737.224 TEuro.

Im Ergebnis sinkt die Risikotragfähigkeit um 14 %-Punkte, 15 %-Punkte bzw. 27 %-Punkte. Für die Stresstests ergeben sich keine wesentlichen Änderungen in der Bedeckung, sodass die Risikotragfähigkeit der RVV auch unter diesen Szenarien ausreichend sichergestellt ist. Die Abweichung der Stresstestergebnisse resultiert aus der unterschiedlichen Bewertung der Beteiligung an den Lebensversicherungsgesellschaften.

Bedeckungsquote im Stresstest

	Vor Stress	Rückgang Storno	Erhöhung Storno	Naturkatastrophen
31.12.2025				
Bedeckungsquote	349,4%	335,0%	334,7%	322,3%

Im Rahmen der Stresstestberechnungen wurden keine weitergehenden risikoreduzierenden oder eigenmittelerhöhenden Maßnahmen berücksichtigt, welche die Gesellschaft bei Eintritt solcher Szenarien ergreifen würde. Grundsätzlich ist aktuell keine Gefährdung der Risikotragfähigkeit zu erkennen, sodass keine Maßnahmen erforderlich sind.

C.2 Marktrisiko

Risikoexponierung

Marktrisiko

Risiken	Beschreibung	Mapping zu den Solvency II- Modulen	Einstufung
Marktrisiko	Das Marktrisiko bezeichnet das Risiko, das sich aus Schwankungen in der Höhe oder der Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergibt. Es spiegelt zudem die strukturelle Inkongruenz zwischen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten insbesondere im Hinblick auf deren Laufzeit wider.		Wesentlich
Zinsrisiko	Das Zinsrisiko beschreibt die Sensitivität der Werte von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Zinskurve oder in Bezug auf die Volatilität der Zinssätze.	Zinsrisiko	Wesentlich
Aktienrisiko	Das Aktienrisiko beschreibt die Sensitivität von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise von Aktien.	Aktienrisiko	Wesentlich
Immobilienrisiko	Das Immobilienrisiko beschreibt die Sensitivität der Werte von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise von Immobilien.	Immobilienrisiko	wesentlich
Spreadrisiko	Das Spreadrisiko beschreibt die Sensitivität der Werte von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder in der Volatilität der Credit-Spreads oberhalb der risikofreien Zinskurve.	Spreadrisiko	Wesentlich
Währungsrisiko	Das Währungsrisiko beschreibt die Sensitivität der Werte von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Wechselkurse.	Währungsrisiko	Wesentlich
Beteiligungsrisiko	Beteiligungsrisiko bezeichnet das Risiko, das sich aus Wertveränderungen des Beteiligungsportfolios ergibt.	Aktienrisiko	Wesentlich
Konzentrationsrisiko	Das Konzentrationsrisiko beschreibt zusätzliche Risiken für ein Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen, die entweder durch eine mangelnde Diversifikation des Asset-Portfolios oder durch eine hohe Exposition gegenüber dem Ausfallrisiko eines einzelnen Wertpapieremittenten oder einer Gruppe verbundener Emittenten bedingt sind.	Spreadrisiko Aktienrisiko Gegenparteiausfallrisiko	Wesentlich

Als Konzernmuttergesellschaft hält die RVV einen hohen Anteil an strategischen Beteiligungen des Konzerns. Auf diese Assetklasse entfällt der weit überwiegende Teil der Kapitalanlagen der RVV.

Die Anlagepolitik der Gesellschaft trägt durch Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung der Kapitalanlagen dem Ziel der Risikoverminderung in besonderem Maße Rechnung. Dies führt in der Folge dazu, dass bei der RVV alle im Marktrisiko auftretenden Subrisiken vorhanden sind und alle in signifikantem Umfang. Einen besonderen Anlageschwerpunkt bilden Kapitalanlagen in festverzinsliche Wertpapiere.

Aufgrund dieses Schwerpunktes in festverzinsliche Wertpapiere können ein erneutes Zinstief und enge Credit-Spreads die RVV vor zusätzliche Herausforderungen stellen. Daher und aufgrund der absoluten sowie relativen Höhe dieser Investments wird das Zins- und Spreadrisiko als wesentlich eingestuft.

Bei der RVV werden Aktien im Rahmen einer langfristigen Anlagestrategie zur Sicherstellung der Erfüllbarkeit der Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern genutzt. Es besteht nicht der Anspruch, aus den kurzfristigen Schwankungen durch Realisierungen Gewinne zu erzielen. Aufgrund der relativen und absoluten Höhe dieser Investments ist das Aktienrisiko als wesentlich einzustufen.

Immobilienrisiken sind für die RVV aufgrund der absoluten Höhe des Risikobeitrags dieser Investments als wesentlich einzustufen.

Bei der RVV bestehen neben Kapitalanlagen in Fremdwährungen auch Verbindlichkeiten in Fremdwährungen. Die Bestände der Rückversicherung werden nahezu vollständig währungskongruent bedeckt. Das Währungsrisiko wird aufgrund der relativen und absoluten Höhe als wesentlich eingestuft.

Das Beteiligungsrisiko der RVV ist aufgrund der relativen und absoluten Höhe der von der Gesellschaft gehaltenen Beteiligungen als wesentlich einzustufen.

Für die RVV wurde das Konzentrationsrisiko aufgrund der absoluten Höhe des Risikobeitrags als wesentliches Risiko identifiziert.

Risikominderungstechniken / Risikosteuerung

Die Steuerung der Risiken aus der Kapitalanlage erfolgt innerhalb der von EIOPA vorgegebenen Leitlinien, der Vorschriften des VAG, der aufsichtsrechtlichen Rundschreiben und der internen Anlagerichtlinien. Die Einhaltung der internen Regelungen in der Risikomanagement-Leitlinie für das Anlagerisiko sowie der weiteren aufsichtsrechtlichen Anlagegrundsätze und Regelungen wird bei der RVV durch ein qualifiziertes Anlagemanagement, geeignete interne Kontrollverfahren, eine perspektivische Anlagepolitik sowie sonstige organisatorische Maßnahmen sichergestellt. Dabei umfasst die Steuerung der Risiken sowohl ökonomische als auch bilanzielle Aspekte. Auf organisatorischer Ebene begegnet die RVV Anlagerisiken durch eine strikte funktionale Trennung von Anlage, Abwicklung und Controlling.

Die RVV nimmt fortlaufend Erweiterungen und Verfeinerungen des Instrumentariums zur Risikoidentifikation, -bewertung und -analyse bei der Neuanlage und der Beobachtung des Anlagebestands vor, um den Veränderungen an den Kapitalmärkten zu begegnen und Risiken frühzeitig zu erkennen, zu begrenzen oder zu vermeiden.

Kapitalanlagerisiken begegnet die RVV grundsätzlich durch Beachtung des Prinzips einer möglichst großen Sicherheit und Rentabilität bei Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität, um die Qualität des Portfolios zu gewährleisten. Durch Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung der Kapitalanlagen trägt die Anlagepolitik der RVV dem Ziel der Risikoverminderung in besonderem Maße Rechnung.

Bei der R+V werden regelmäßige Untersuchungen im Rahmen des Asset-Liability-Management durchgeführt. Dabei werden Auswirkungen gegenwärtiger und möglicher Veränderungen des wirtschaftlichen Umfelds auf die Einhaltung der Geschäfts- und Risikostrategie bewertet, um frühzeitig Handlungsoptionen zu identifizieren, Maßnahmenvorschläge zu entwickeln und notwendige Steuerungsmaßnahmen zu ergreifen. Die Zielsetzung der Gewährleistung der Profitabilität und finanziellen Stabilität des Unternehmens sowie die jederzeitige Erfüllbarkeit der eingegangenen Versicherungspflichten wird durch turnusmäßige Festlegung der Risikotoleranzgrenzen in Form von bilanziellen und ökonomischen Ziel- und Mindestergebnisvorgaben für den Betrachtungszeitraum operationalisiert. Mithilfe von Stresstests und Szenarioanalysen wird der notwendige Umfang von Sicherungsmitteln zur Wahrung der Solvabilität laufend überprüft. Insbesondere werden Auswirkungen der aktuellen Zinsentwicklung und volatiler Kapitalmärkte systematisch geprüft.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen sind Ansammlungen von Einzelrisiken, die aufgrund hoher Abhängigkeiten bzw. verwandter Wirkungszusammenhänge mit deutlich erhöhter Wahrscheinlichkeit gemeinsam schlagend werden.

Nach § 124 VAG müssen Versicherungsunternehmen ihre gesamten Vermögenswerte nach dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht anlegen. Zu den gesetzlichen Anforderungen dieses Grundsatzes gehört auch:

- › Anlagen sind in angemessener Weise so zu mischen und zu streuen, dass eine übermäßige Abhängigkeit von einem bestimmten Vermögenswert oder Emittenten oder von einer bestimmten Unternehmensgruppe oder einem geografischen Raum und eine übermäßige Risikokonzentration im Portfolio als Ganzem vermieden werden und
- › Vermögensanlagen bei demselben Emittenten oder bei Emittenten, die derselben Unternehmensgruppe angehören, dürfen nicht zu einer übermäßigen Risikokonzentration führen.

Die R+V hat diese Anforderungen aus dem VAG weiter konkretisiert in ihrer Risikomanagementleitlinie für das Anlagerisiko. Dort sind insbesondere die quantitativen Beschränkungen zur Mischung sowie die schuldnerbezogenen Beschränkungen zur Streuung festgelegt.

Im Sinne einer weiteren Detaillierung werden die Grundsätze aus der Risikomanagementleitlinie für das Anlagerisiko durch spezielle Richtlinien ergänzt, die Vorgaben und Bestimmungen zu einzelnen Anlageklassen beinhalten. Im Rahmen dieser speziellen Richtlinien sind weitere spezifische quantitative und schuldnerbezogene Beschränkungen für die jeweilige Anlageform definiert.

Die Umsetzung dieser Normen bei Kapitalanlagen führt dazu, dass das Versicherungsunternehmen eine weitgehende Diversifizierung der Anlagerisiken beachtet und somit Risikokonzentrationen überwiegend vermieden werden.

Risikosensitivitäten/-stresse

Für das Marktrisiko werden seitens der RVV diverse hypothetische Stresstests durchgeführt, um die Auswirkungen der Veränderung eines Risikoparameters auf die Risikotragfähigkeit der RVV zu analysieren. Diese hypothetischen Stresstests für das Marktrisiko umfassen dabei die Subrisikokategorien Zinsrisiko, Spreadrisiko sowie Aktienrisiko. Die Veränderungen in der Höhe des Risikokapitals werden netto ausgewiesen.

Im Hinblick auf das Zinsrisiko wird eine Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve +/- 100 Basispunkte simuliert. Bei diesen Zinsszenarien wird ein Auf- bzw. Abschlag auf die momentane Swapzinskurve vorgenommen.

Durch die Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 100 Basispunkte nach oben sinkt das Marktrisiko um 127.058 TEuro. Der Rückgang des Risikokapitals für das Marktrisiko resultiert hauptsächlich aus einem Rückgang des Aktienrisikos um 110.552 TEuro. Außerdem sinkt das Nichtlebensversicherungstechnische Risiko um 43.019 TEuro aufgrund eines Rückgangs des Prämien- und Reserverisikos um 49.491 TEuro. Das SCR sinkt damit um 141.146 TEuro, die versicherungstechnischen Rückstellungen um 265.794 TEuro. Die Eigenmittel verändern sich insgesamt um -559.967 TEuro. Im Ergebnis sinkt die Risikotragfähigkeit um 2 %-Punkte.

Im entgegengesetzten Szenario, einer Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 100 Basispunkte nach unten, steigt das Marktrisiko um 139.380 TEuro. Der Anstieg des Risikokapitals für das Marktrisiko folgt im Wesentlichen einem Anstieg des Aktienrisikos um 117.053 TEuro. Außerdem steigt das Nichtlebensversicherungstechnische Risiko um 49.887 TEuro aufgrund eines Anstiegs des Prämien- und Reserverisikos um 57.100 TEuro. Das SCR steigt insgesamt um 159.709 TEuro. Die versicherungstechnischen Rückstellungen steigen um 312.131 TEuro, die Eigenmittel steigen um 594.521 TEuro. Die Bedeckungsquote steigt im Stress um 1 %-Punkte.

Das Aktienrisiko wird durch einen weltweiten Aktienkursrückgang gestresst.

Durch den simulierten Schock am Aktienmarkt sinkt das Marktrisiko um 288.666 TEuro. Dies resultiert im Wesentlichen aus einem Rückgang des Aktienrisikos um 286.355 TEuro. Insgesamt sinkt das SCR um 172.983 TEuro. Die versicherungstechnischen Rückstellungen verändern sich nur marginal. Die Eigenmittel sinken um 713.147 TEuro, im Wesentlichen aufgrund eines Rückgangs der Marktwerte der Kapitalanlagen. Im Ergebnis sinkt die Risikotragfähigkeit um 3 %-Punkte.

Für das Spreadrisiko erfolgt die Simulation eines Anstiegs der Creditspreads in den Segmenten Bank und Corporate. Der Creditspread-Stresstest ist dabei als rein aktivseitiger Stresstest konzipiert.

Im Ergebnis führen die gestiegenen Creditspreads hauptsächlich zu einem Rückgang des Aktienrisikos um 121.388 TEuro sowie des Spreadrisikos um 21.902 TEuro. Dies führt insgesamt zu einem Rückgang des Marktrisikos um 139.692 TEuro. Das SCR sinkt insgesamt weniger um 68.344 TEuro, auch aufgrund eines Rückgangs der Risikoabsorption durch latente Steuern. Die versicherungstechnischen Rückstellungen verändern sich nur marginal. Die Eigenmittel sinken um 683.671 TEuro, im Wesentlichen aufgrund eines Rückgangs der Marktwerte der Kapitalanlagen. Die Bedeckungsquote im Stress sinkt um 10 %-Punkte.

Bei den gezeigten Stresstests des Marktrisikos zeigt die Gesellschaft eine ausreichende Risikotragfähigkeit.

Bedeckungsquote im Stresstest

	Vor Stress	Zinsanstieg, 100BP	Zinsrückgang, 100 BP	Kursrückgang Eigenkapital- instrumente	Spreadanstieg Bank, Corporate
31.12.2025					
Bedeckungsquote	349,4%	347,9%	350,3%	346,8%	339,1%

Im Rahmen der Stresstestberechnungen wurden keine weitergehenden risikoreduzierenden oder eigenmittelerhöhenden Maßnahmen berücksichtigt, welche die Gesellschaft bei Eintritt solcher Szenarien ergreifen würde. Grundsätzlich ist aktuell keine Gefährdung der Risikotragfähigkeit zu erkennen, sodass keine Maßnahmen erforderlich sind.

C.3 Kreditrisiko

Risikoexponierung

Kreditrisiko

Risiken	Beschreibung	Mapping zu den Solvency II-Modulen	Einstufung
Kreditrisiko	Kreditrisiko bezeichnet das Risiko eines Verlustes oder nachteiliger Veränderungen der Finanzlage, das sich aus Fluktuationen bei der Bonität von Wertpapieremittenten, Gegenparteien und anderen Schuldnern ergibt, gegenüber denen Forderungen bestehen, und das in Form von Gegenparteausfallrisiken, Spread-Risiken oder Aktienrisiken auftritt.		Wesentlich
Ausfallrisiko	Beim Ausfallrisiko handelt es sich um das Risiko, dass Verluste aus dem Ausfall von Gegenparteien entstehen. Darunter fallen:		Wesentlich
Kreditnehmer	- Kreditnehmer (Zinszahlungen und Forderungen),	Gegenparteausfallrisiko	Wesentlich
Emittenten	- Emittenten handelbarer Schuld-/Beteiligungstitel (Schuldverschreibungen, Aktien, Genussscheine o.ä.),	Spreadrisiko	Wesentlich
Aktien	- Kontrahenten (ggf. positive Marktwerte von Derivaten) oder	Aktienrisiko	Wesentlich
Kontrahenten	- Rückversicherungsunternehmen (Absicherung von Verbindlichkeiten)	Gegenparteausfallrisiko	Wesentlich
Rückversicherungsunternehmen		Gegenparteausfallrisiko	Wesentlich
Migrationsrisiko	Das Migrationsrisiko bildet die Gefahr von Wertverlusten ab, die durch eine Verschlechterung der Bonitätseinstufung (Ratingmigration) eines		Wesentlich
Emittenten	- Emittenten handelbarer Schuld-/Beteiligungstitel (Schuldverschreibungen, Genussscheine o.ä.), oder	Spreadrisiko	Wesentlich
Kontrahenten	- Kontrahenten (CVA-Risiko) entstehen. CVA (Credit Valuation Adjustment) stellt hierbei die Wertanpassung von außerbörslich gehandelten Derivaten für erwartete Verluste aus dem Ausfall einer Gegenpartei dar.	Gegenparteausfallrisiko	Wesentlich
Verwertungsrisiko	Das Verwertungsrisiko resultiert sowohl aus der Unsicherheit über die Verwertungsquote vorhandener Sicherheiten als auch aus der Unsicherheit über die Einbringungsquote (Recovery Rate) nach dem Ausfall von Gegenparteien.		Wesentlich
Kreditnehmer		Gegenparteausfallrisiko	Wesentlich
Emittenten		Spreadrisiko	Wesentlich

Die Kapitalanlage der Gesellschaft weist grundsätzlich eine hohe Bonität und eine solide Besicherungsstruktur auf. Neben den strategischen Beteiligungen ist die Gesellschaft vor allem in Staats-, Unternehmens- und Finanzanleihen sowie gesetzlich besicherte Pfandbriefe in den Branchen Finanzsektor und öffentliche Hand investiert.

Trotzdem sind aufgrund des hohen Anteils der festverzinslichen Wertpapiere am Gesamtbestand und der absoluten Höhe dieser Investments die damit verbundenen Risiken als wesentlich einzustufen.

Die RVV sichert das Portfolio in verschiedenen Sparten aus dem Bereich Schaden/Unfall durch Retrozessionsverträge ab. Trotz spartenspezifischer Anforderungen an die Ratings der Gegenparteien sowie einer breiten Diversifikation des Risikos kann der Ausfall einer Gegenpartei nachhaltig negative Auswirkungen auf die finanzielle Lage der Gesellschaft nach sich ziehen, weshalb das Risiko aus Sicht der Gesellschaft qualitativ als wesentlich eingeschätzt wird.

Risikominderungstechniken / Risikosteuerung

Das Ausfallrisiko für die Abrechnungsforderungen aus dem übernommenen und abgegebenen Rückversicherungsgeschäft wird durch die ständige Überwachung der Ratings und die sonstigen am Markt verfügbaren Informationsquellen begrenzt.

Um Kontrahenten- und Emittentenrisiken zu beurteilen, zieht die RVV zur Unterstützung die Einschätzungen internationaler Ratingagenturen heran, die durch eigene Bonitätsanalysen ergänzt werden. Für die wesentlichen Gegenparteien wird die Einhaltung der Limite fortlaufend überprüft. Die Auslastung der Limite und Einhaltung der Anlagerichtlinien wird regelmäßig überwacht.

Risikokonzentrationen

Zum Umgang mit Risikokonzentrationen wird auf die Ausführungen zu Risikokonzentrationen innerhalb des Marktrisikos verwiesen.

Risikosensitivitäten/-stresse

Für das Gegenparteiausfallrisiko der RVV ist lediglich die Ausfallwahrscheinlichkeit der Gegenpartei ein Risikofaktor. Aufgrund der geringen Materialität erfolgen keine Stresstests für das Gegenparteiausfallrisiko der RVV.

Stresstests für das Spreadrisiko, welches gemäß der internen Risikokategorisierung der RVV und der Standardformel unter dem Marktrisiko geführt wird, sind entsprechend unter dem Marktrisiko in Kapitel C.2 beschrieben.

C.4 Liquiditätsrisiko

Für ein Versicherungsunternehmen bedeutet Liquiditätsrisiko nicht in der Lage zu sein, Anlagen und andere Vermögenswerte zu realisieren bzw. diese nur mit Verlust veräußern zu können, um seinen finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen. Das grundsätzliche Risiko von Marktwertverlusten wird jedoch bereits in den Modulen Zins-, Spread- und Aktienrisiken berücksichtigt und quantifiziert. Eine darüber hinausgehende Kapitalisierung ist nicht erforderlich. Auf Grund der hohen Bedeutung des Liquiditätsrisikos werden für dieses Risiko weitere Bewertungen durchgeführt.

Liquiditätsrisiken sind als wesentlich einzustufen, weil sie die Fähigkeit der Gesellschaft betreffen, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, ohne zusätzliche Kosten zu verursachen oder finanziellen Stress auszulösen. Eine unzureichende Liquidität kann zu Zahlungsausfällen, Verlust von Vertrauen bei Investoren und Kunden sowie einer potenziellen Unternehmenspleite führen. Daher ist es entscheidend, das Liquiditätsrisiko zu überwachen und effektiv zu managen, um die finanzielle Stabilität sicherzustellen.

Um dem Liquiditätsrisiko zu begegnen, wird die Liquidität der R+V zentral gesteuert. Im Rahmen der Mehrjahresplanung wird eine integrierte Simulation zur Bestands- und Erfolgsentwicklung im Kapitalanlagebereich sowie zur Entwicklung der Cashflows durchgeführt. Basis der Steuerung ist der prognostizierte Verlauf aller wesentlichen Zahlungsströme aus dem versicherungstechnischen Geschäft, den Kapitalanlagen und der allgemeinen Verwaltung. Durch eine breite Diversifikation der Kapitalanlagen werden Risikokonzentrationen in Bezug auf Liquiditätsrisiken bereits bei der Anlage reduziert.

Das Liquiditätsrisiko wird laufend überwacht und die Angemessenheit der Liquidität durch regelmäßige Stresstests unter widrigen Bedingungen sichergestellt. Dabei wird der Kapitalanlagebestand entsprechend seiner Liquidierbarkeit in vier Liquiditätsklassen eingeteilt. Anhand einer Gegenüberstellung der Volumina dieser Liquiditätsklassen und der Liquiditätsbedarfe aus einem passivischen Stress-Szenario werden Bedeckungsquoten ermittelt und das Liquiditätsrisiko der Gesellschaft beurteilt. Zusätzlich werden eventuelle Auswirkungen einer aus dem passivischen Stress-Szenario bedingten notwendigen Liquidierung von Assets auf das GuV-Ergebnis in unterschiedlichen Kapitalmarktsszenarien untersucht. Im Rahmen der Strategischen Asset Allokation wird diese Betrachtung ebenfalls bei Entwicklung und Beschluss eines

neuen Zielportfolios berücksichtigt. Darüber hinaus findet im Rahmen der mehrjährigen Liquiditätsbetrachtung eine Gegenüberstellung der versicherungstechnischen Cash Flows und der Liquiditätsströme aus Kapitalanlagen statt.

Der „bei künftigen Prämien einkalkulierte erwartete Gewinn (EPIFP)“ zum Stichtag 31. Dezember 2025 beträgt 467.612 TEuro.

C.5 Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko (OpRisk) bezeichnet das Verlustrisiko, das sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Mitarbeitern oder Systemen oder durch externe Ereignisse ergibt.

Das operationelle Risiko der R+V wird in die folgenden Unterarten untergliedert:

- › Rechts- und Compliance-Risiko
- › Informationsrisiko einschließlich IKT-Risiko
- › Drittbezugsrisiko
- › BCM-Risiko
- › Projektrisiko
- › andere OpRisk

Das **Rechtsrisiko** ist als Querschnittsrisiko in Folge der allgemeinen OpRisk-Ursachen (System, Mensch, Prozess, externes Ereignis) definiert als die Gefahr von Verlusten aufgrund der Verletzung oder der fehlerhafteren Anwendung geltender rechtlicher Bestimmungen.² Ferner fallen hierunter Risiken, durch geänderte Rechtslage (geänderte Rechtsprechung oder Gesetzesänderungen) für in der Vergangenheit abgeschlossene Geschäfte Verluste zu erleiden. Das Risiko, aufgrund einer geänderten Rechtslage die künftige Geschäftstätigkeit umstellen zu müssen, ist nicht als Rechtsrisiko zu verstehen.

Das **Compliance-Risiko** bezeichnet die Gefahr von Verlusten infolge von Verletzungen oder der Nichteinhaltung von Gesetzen, Vorschriften, Rechtsvorschriften, Vereinbarungen, vorgeschriebenen Praktiken oder ethischen Standards.

Das **Informationsrisiko** entsteht aufgrund eines Verlusts der Vertraulichkeit, Integrität, Verfügbarkeit oder Authentizität von Informationen oder Daten. Besteht das Risiko im Zusammenhang mit der Verwendung von informations- oder kommunikationstechnischen Mitteln (Informationsträgern), wird es als **IKT-Risiko** bezeichnet. Dies beinhaltet auch Cyber-Risiken.

Das **Drittbezugsrisiko** bezeichnet die Gefahr von Verlusten bei ausgelagerten Leistungen durch eine Verletzung der strategischen Grundsätze oder operativen Vorgaben.

Das **BCM-Risiko** kann aufgrund des unzureichenden Schutzes von Personen, Liegenschaften, Sachwerten oder zeitkritischen Prozessen sowie fehlender Verfügbarkeit und Kontinuität von zeitkritischen IT-Assets entstehen.

Das **Projektrisiko** ist durch eine nicht erfolgreiche Umsetzung von priorisierten Investitionen (Programme, Projekte, Themes und Epics) definiert.

Unter **anderen OpRisk** werden jene operationellen Risiken gefasst, die nicht den OpRisk-Unterarten Rechts- und Compliance-Risiko, Informationsrisiko einschließlich IKT-Risiko, Drittbezugsrisiko, BCM-Risiko oder Projektrisiko zuzuordnen sind. Unter die Kategorie der anderen OpRisk fällt auch das Modellrisiko, das jede Art von Risiko beschreibt, die durch die Auswahl und Spezifikation eines Modells induziert wird.

Die Risikoidentifikation erfolgt unter Berücksichtigung der sogenannten Risk Self Assessments, interner Schadenereignisse, dem Internen Kontrollsystem sowie anhand externer Daten.

² Hinweis zur Abgrenzung gegenüber versicherungstechnischen Risiken: Insbesondere werden externer Betrug durch Versicherungsnehmer, Rechtsstreitigkeiten aus der Schaden- bzw. Leistungsbearbeitung von Versicherungsfällen sowie weitere OpRisk, die im Zusammenhang mit Prozessrisiken bei der Ausübung des Geschäfts resultieren, im Rahmen der Risikokapitalbedarfermittlung dem versicherungstechnischen Risiko und nicht dem OpRisk zugeordnet, um eine doppelte Anrechnung zu vermeiden.

Das operationelle Risiko wird für die RVV identifiziert und als wesentlich eingestuft, da es sich um eine für das Geschäftsmodell der RVV relevante Risikokategorie handelt.

C.6 Andere wesentliche Risiken

Strategisches Risiko

Das strategische Risiko ergibt sich aus strategischen Geschäftsentscheidungen beziehungsweise daraus, dass diese nicht einem geänderten Unternehmensumfeld angepasst werden. Es resultiert aus Geschäftsentscheidungen, einer falschen Umsetzung von Geschäftsentscheidungen oder durch das Ausbleiben von notwendigen Geschäftsentscheidungen als Reaktion auf ein sich änderndes Unternehmensumfeld. Beim Unternehmensumfeld sind insbesondere die Dimensionen Markt, Wettbewerb, Regulatorik und Technologie hervorzuheben.

Insbesondere aus der Unternehmensstrategie können sich Strategische Risiken ergeben. Die Umsetzung der neuen Unternehmensstrategie „NextLevel“ hat folglich einen unmittelbaren Einfluss auf das strategische Risiko der Gesellschaft.

Das strategische Risiko wird für die Gesellschaft identifiziert und als wesentlich eingestuft, da die Dimensionen Markt, Wettbewerb, Regulatorik und Technologie für das Geschäftsmodell relevant sind.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko bezeichnet das Risiko eines Verlustes, der sich aus einer möglichen Beschädigung der Reputation des Unternehmens oder der gesamten Branche infolge einer negativen Wahrnehmung durch die relevanten Stakeholder ergibt.

Anspruchs- bzw. Interessensgruppen (Stakeholder) sind juristische oder natürliche Personen, die aktuell oder in Zukunft von Aktivitäten, Produkten und Dienstleistungen des Unternehmens betroffen sind. Die für die gesamte R+V Gruppe definierten Stakeholder lauten: Anteilseigner & Investoren, Aufsicht, Kunden, Mitarbeitende & Bewerbende, Öffentlichkeit & Medien sowie Verbundpartner & Vertrieb.

Ein Reputationsereignis ist ein Ereignis, welches zu einer von den Erwartungen abweichenden tatsächlichen Wahrnehmung des jeweiligen Stakeholders führt. Verursacht wird das Ereignis durch verschiedene Ursachen, wie z.B. unzureichende oder fehlgeschlagene Prozesse, Ressourcen oder IT-Systeme, Geschäftsabschlüsse in öffentlich negativ diskutierten Märkten, Branchen oder auch Produkten.

Als Spezifikation des Reputationsrisikos wird eine kritische Berichterstattung identifiziert. Eine kritische Berichterstattung wird u.a. durch hohe Beschwerdequoten, Verschlechterung der Ratingeinstufung oder schlechteres Preis-/Leistungsverhältnis gegenüber Wettbewerbern oder auch durch Verluste im Kapitalanlagebereich bzw. schlechtes Krisenmanagement verursacht. Zu berücksichtigen sind auch kritische Unternehmensnachrichten zur DZ BANK, zur genossenschaftlichen Finanzgruppe sowie zur Versicherungsbranche.

Des Weiteren kann das Risiko, in Folge eines Ereignisses oder einer Bedingung, die zu einer Verschlechterung des Ratings der Gesellschaft führt, entstehen. Insbesondere der Verlust von bestehenden Marktanteilen bzw. eine Beschränkung des Marktzugangs und Reputationsverluste sind potenzielle Folgen.

Für die RVV ist das Risiko einer möglichen Ratingabstufung gegeben. Durch einen Wegfall des A-Ratings kann es bei der RVV zu einem Wegfall von Neu- und Bestandsgeschäft und damit zu einem Beitragsrückgang kommen. Das Risiko ist daher wesentlich. Das Risiko einer Ratingherabstufung wird im Rahmen des Managements des Reputationsrisikos berücksichtigt.

Durch die direkte Kommunikation in den Sozialen Medien und die damit verbundene hohe Verbreitungsgeschwindigkeit von potenziell schlechten Unternehmensnachrichten ist dieses Risiko höher als noch vor einem Jahrzehnt.

Als Bestandteil der R+V Versicherung AG Versicherungsgruppe ist die RVV zudem dem Risiko ausgesetzt, dass ein negatives Reputationsereignis von einem anderen Gruppenunternehmen auf die RVV übergreift.

Das Reputationsrisiko existiert für die RVV. Es ist wesentlich, da es für die RVV von Bedeutung ist, sich einen guten Ruf gegenüber relevanten Stakeholdern zu bewahren und damit weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben.

Risikokonzentrationen

Inter-Risikokonzentrationen sind Ansammlungen von Risiken, die aus den kausalen Zusammenhängen der Risiken und der Korrelation zwischen verschiedenen Risikokategorien resultieren und aufgrund hoher Abhängigkeiten bzw. verwandter Wirkungszusammenhänge mit deutlich erhöhter Wahrscheinlichkeit gemeinsam schlagend werden. Diese können zu einer erhöhten Gesamtrisikoeexposition führen, indem sie sich gegenseitig verstärken, insbesondere in Stresssituationen. Inter-Risikokonzentrationen beinhalten also nur Konzentrationen über verschiedene Risikokategorien hinweg. Konzentrationen innerhalb einer Risikokategorie (Intra-Risikokonzentrationen) werden in der entsprechenden Risikokategorie behandelt.

Für die RVV werden Inter-Risikokonzentrationen zwischen dem Marktrisiko und dem vt. Risiko Nicht-Leben identifiziert und geschäftsmodellbedingt als wesentlich klassifiziert. Hierbei handelt es sich zum Beispiel um potenzielle Kreditausfälle, die sich gleichzeitig im Kapitalanlageportfolio sowie im Kredit- und Kautionsversicherungsgeschäft realisieren. Zudem können auch gesellschaftsübergreifende Risikokonzentrationen zwischen der RVV und den Beteiligungen auftreten.

C.7 Sonstige Angaben

Im Berichtszeitraum lagen keine berichtspflichtigen sonstigen Informationen vor.

D Bewertung für Solvabilitätszwecke

Ziel ist das Aufstellen einer Bilanz mit Marktwerten oder marktkonsistent bewerteten Aktiva und Passiva (nachfolgend „Solvabilitätsübersicht“) im Sinne der Vorgaben von Solvency II (vergleiche §§ 74-88 VAG). In der Solvabilitätsübersicht sind Vermögenswerte und Verbindlichkeiten grundsätzlich mit ihrem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) zu bewerten.

In Bezug auf die Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gilt nach § 74 VAG:

- › Der beizulegende Zeitwert entspricht für Vermögenswerte dem Betrag, zu dem die Vermögenswerte zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht werden könnten.
- › Der beizulegende Zeitwert entspricht für Verbindlichkeiten dem Betrag, zu dem die Verbindlichkeiten zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern übertragen oder beglichen werden könnten. Eine Berichtigung der Bewertung, um die Bonität des Versicherungsunternehmens zu berücksichtigen, findet nicht statt.

Grundsätzlich besteht die Anforderung, verlässliche und beobachtbare Marktpreise anzusetzen, das heißt eine „mark to market“ Bewertung vorzunehmen. Ist dies nicht möglich, so werden konstruierte „Marktpreise“ unter Berücksichtigung aller vorhandenen Marktinformationen verwendet („mark to model“).

Für Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die weder zu den versicherungstechnischen Rückstellungen noch zu den einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen gehören, gilt weiterhin:

- › Ansatz und Bewertung erfolgen nach International Financial Reporting Standards (IFRS), sofern Konformität zu § 74 VAG nachweisbar ist.
- › Ist die Bewertung nach IFRS temporär beziehungsweise permanent nicht konsistent, so ist eine alternative, zu § 74 VAG konsistente Bewertungsmethode anzuwenden.
- › Einzelne Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind separat zu bewerten.

Die Bewertung erfolgt unter der Annahme der Unternehmensfortführung, also jeweils mit dem Going-Concern-Ansatz.

Für die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der genannten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten ist seitens der Rechtsgrundlagen von Solvency II eine dreistufige Bewertungshierarchie vorgegeben. Level 1 sieht eine Bewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu Marktpreisen vor, die an aktiven Märkten für identische Vermögenswerte bzw. Verbindlichkeiten notiert sind. Sofern die Kriterien von Level 1 nicht erfüllt sind, erfolgt eine Bewertung anhand direkt oder indirekt beobachtbarer Inputfaktoren, z.B. Marktpreisen ähnlicher Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die an aktiven Märkten notiert sind (Level 2). Fehlt es an direkt oder indirekt beobachtbaren Inputfaktoren, so sind in Level 3 der Bewertungshierarchie alternative Bewertungsmethoden heranzuziehen, um die beizulegenden Zeitwerte der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zu bestimmen (z.B. Analystenschätzungen, Branchenstudien etc.).

Die versicherungstechnischen Rückstellungen werden ebenfalls gemäß Solvency II ökonomisch bewertet. Anstelle des Vorsichtsprinzips der deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung entspricht der angesetzte ökonomische Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen dem aktuellen Betrag, der bei einer Übertragung der Versicherungsverpflichtungen von einem auf das andere Unternehmen gezahlt würde.

Die Unterschiede zwischen der Bilanz gemäß Handelsgesetzbuch (HGB) und der ökonomischen Solvabilitätsübersicht begründen sich im Wesentlichen durch ausweistechnische Unterschiede sowie durch abweichende Bewertungsmethoden. Beispiele für wesentliche Unterschiede sind hierbei stille Reserven oder Lasten bei der handelsrechtlichen Bewertung der Kapitalanlagen und die nach HGB vorsichtige Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen, die Bewertung von Investmentfonds sowie der Ausweis von einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen.

Die nachfolgenden Abschnitte geben eine quantitative und qualitative Beschreibung der zugrundeliegenden Bewertungsmethoden sowie Ergebnisse der Solvabilitätsübersicht der RVV einschließlich der wesentlichen Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Bilanzierung zum Stichtag. Die HGB-Vergleichsspalte beinhaltet die HGB-Werte in der nach Solvency II-Vorgaben umgegliederten Bilanzstruktur.

D.1 Vermögenswerte

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die Position kann entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte, Lizenzen an solchen Rechten und Werten sowie geleistete Anzahlungen umfassen. Unter Solvency II können immaterielle Vermögensgegenstände gemäß IAS 38 aktiviert werden, sofern der Vermögensgegenstand einzeln veräußert werden kann und das Versicherungsunternehmen nachweisen kann, dass für identische oder ähnliche Vermögensgegenstände ein abgeleiteter Wert vorliegt. Andernfalls sind sie mit Null anzusetzen. Zum Stichtag werden in der Solvabilitätsübersicht keine immateriellen Vermögenswerte angesetzt, da diese nicht einzeln veräußert werden können.

Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände in der HGB-Bilanz erfolgt zu Anschaffungskosten, die linear innerhalb der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben werden. Von der Aktivierung selbst erstellter immaterieller Vermögensgegenstände des Anlagevermögens nach § 248 Abs. 2 HGB wird abgesehen. Im Ergebnis ergibt sich daraus der in der Tabelle dargestellte Unterschied im Wertansatz zwischen der Bilanz und der Solvabilitätsübersicht.

Latente Steueransprüche

Latente Steuern werden gemäß Solvency II für alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten berücksichtigt, bei denen der Wertansatz in der Steuerbilanz von dem in der Solvabilitätsübersicht abweicht. Aktive latente Steuern sind zu bilanzieren, wenn Aktivposten in der Solvabilitätsübersicht niedriger oder Passivposten höher anzusetzen sind als in der Steuerbilanz und sich diese Differenzen in der Zukunft mit steuerlicher Wirkung wieder ausgleichen (temporäre Differenzen). Entsprechend sind passive latente Steuern zu bilanzieren, wenn Aktivposten in der Solvabilitätsübersicht höher oder Passivposten niedriger anzusetzen sind als in der Steuerbilanz.

Das Konzept von Berechnung und bilanziellem Ausweis der latenten Steuern in der Solvabilitätsübersicht folgt dabei grundsätzlich den Regelungen der IFRS gemäß IAS 12.

Die RVV geht bei der Berechnung der latenten Steuern in der Solvabilitätsübersicht zweistufig vor: Die latenten Steuern gemäß IFRS werden in geeigneter Weise in die Solvabilitätsübersicht übernommen und die Bewertungsunterschiede zwischen IFRS und Solvency II mit zusätzlichen latenten Steuern belegt. Bei der Berechnung dieser zusätzlichen latenten Steuern werden die aktiven latenten Steuern auf die Höhe der passiven latenten Steuern begrenzt. Die Bewertungsunterschiede werden mit dem individuellen Unternehmenssteuersatz der RVV multipliziert, wobei steuerliche Spezialregelungen zur Anwendung kommen. Am Stichtag bereits beschlossene Steuersatzänderungen werden berücksichtigt.

Die Gesellschaft begründet die Werthaltigkeit der aktiven latenten Steuern mit einem Überhang der passiven latenten Steuern. Für die Sicherstellung der Werthaltigkeit der errechneten aktiven latenten Steuern ist daher der Zeitpunkt entscheidend, zu dem steuerliche Erträge und Aufwendungen anfallen: Um steuerliche Verlustvorträge nutzen zu können, müssen die Aufwendungen zeitlich grundsätzlich vor den Erträgen anfallen.

Die aktiven latenten Steuern der RVV stammen insbesondere aus den folgenden Sondereffekten:

- › Latente Steuern auf die Risikomarge
- › Zweistufige Berechnung der latenten Steuern

Für die Sondereffekte wurde das Vorliegen der benötigten zeitlichen Abfolge von Erträgen und Aufwendungen nachgewiesen. Im Rahmen der Prüfung der Solvabilitätsübersicht durch den Wirtschaftsprüfer wurde u.a. die Werthaltigkeitsanalyse aktiver latenter Steuern überprüft und als angemessen beurteilt.

Unter HGB wurden die latenten Steuern der Gesellschaft in Ausübung des Wahlrechts des §273 Abs. 1 S. 2 nicht bilanziert.

Die RVV ist ertragsteuerliche Organgesellschaft der DZ BANK AG. Unter Anwendung der wirtschaftlichen Betrachtungsweise werden die latenten Steuern gemäß Solvency II sowie die resultierende Verlustausgleichsfähigkeit auf Ebene der Organgesellschaft ausgewiesen.

Immobilien für den Eigenbedarf und Sachanlagen

In der Solvabilitätsübersicht wird unter diesem Posten bei der RVV die Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen. Entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz erfolgte die Bewertung zu Anschaffungskosten, die linear innerhalb der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben wurden. Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten zwischen 250 Euro und 1.000 Euro lagen, wurden in einen Sammelposten eingestellt, der über fünf Jahre – beginnend mit dem Jahr der Bildung – abgeschrieben wird.

Weiterhin werden in dieser Position auch eigengenutzte Immobilien geführt. Unter Solvency II erfolgt eine Bewertung zum Marktwert. Dieser ergibt sich u.a. aus der Bewertung der zugrundeliegenden Bodenrichtwerte. Eine Aktualisierung erfolgt alle fünf Jahre.

Gemäß HGB werden diese eigengenutzten Immobilien mit den um Abschreibungen geminderten fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips bei einer dauernden Wertminderung bilanziert. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgten linear über eine gewöhnliche Nutzungsdauer von 9 bis 80 Jahren. Außerplanmäßige Abschreibungen erfolgten gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB auf den niedrigeren beizulegenden Wert zum Abschlussstichtag. Zuschreibungen erfolgen gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB; jedoch maximal auf die um planmäßige Abschreibungen verminderten fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

	Solvency II-Wert	HGB-Wert
	TEuro	TEuro
Immaterielle Vermögenswerte	0	0
Latente Steueransprüche	439.278	0
Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf	2.605	2.213
Summe	441.883	2.213

Anlagen (außer Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge)

Alle Kapitalanlagen außer Grundstücke und Gebäude sowie Beteiligungen zählen zu den finanziellen Vermögenswerten, die gemäß Solvency II zum Marktwert bewertet werden. Die Zuordnung der Anlagen zu den Kategorien nach Solvency II weicht ggf. von den Eingruppierungen nach HGB ab. Prinzipiell ist eine Deckungsgleichheit der Anlagen nach Solvency II und HGB gewährleistet.

Grundlegend werden Anlagen, die auf einem aktiven Markt gehandelt werden, entsprechend der zum Bilanzstichtag an den Finanzmärkten notierten Preise bewertet. Außerbörslich gehandelte Wertpapiere werden anhand der an den Finanzmärkten allgemein anerkannten Bewertungsmethoden ermittelt. Die im Rahmen der Solvabilitätsübersicht offengelegten beizulegenden Zeitwerte entsprechen weitgehend den Zeitwerten, die im Anhang des Geschäftsberichtes gemäß den Vorschriften § 54 ff. der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) veröffentlicht werden.

Grundlegende Unterschiede in der Darstellung der Anlagen nach den deutschen Rechnungslegungsvorschriften und den regulatorischen Anforderungen gemäß Solvency II bestehen im Hinblick auf die Bewertungsmethode und die geforderte Gliederung.

Die Grundlage für die Zugangs- und Folgebewertung von Anlagen nach den deutschen Rechnungslegungsvorschriften bilden die gesetzlichen Vorschriften gemäß § 253 HGB.

Diesen Vorschriften folgend werden Anlagen in Folgeperioden entsprechend zu fortgeführten Anschaffungskosten oder Herstellungskosten bewertet, wobei die fortgeführten historischen Anschaffungskosten die jeweilige Obergrenze bei der Folgebewertung bilden. Die Erfassung von möglichen Wertminderungen entspricht den Vorschriften § 253 Abs. 3 und 4

HGB. Niedrigere Wertansätze aus der Vergangenheit werden auf die fortgeführten Anschaffungskosten beziehungsweise den niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 5 HGB zugeschrieben, sofern die Gründe für vorgenommene Wertminderungen nicht mehr existieren.

Weiterführende Angaben zu den Anlagearten, deren Bewertungsmethoden sowie zu weiteren quantitativen und qualitativen Unterschieden zwischen den deutschen Rechnungslegungsvorschriften und den Anforderungen gemäß Solvency II werden nachfolgend gegeben:

Immobilien (außer zur Eigennutzung)

Diese Position beinhaltet fremdgenutzte Grundstücke und Gebäude, welche unter Solvency II zum Zeitwert gemäß IAS 40 bewertet werden. Hiernach werden die beizulegenden Zeitwerte der Immobilien mittels Vergleichswert-, Ertragswert- oder Sachwertverfahren sowie den Vereinbarungen der abgeschlossenen Verträge ermittelt. Die Wertermittlung erfolgt unter anderem unter Berücksichtigung aktueller Marktberichte, veröffentlichter Indizes sowie regionaler beziehungsweise überregionaler Vergleichspreise.

Unter HGB werden Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken mit den um Abschreibungen geminderten fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips bei einer dauernden Wertminderung bilanziert. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen linear über eine gewöhnliche Nutzungsdauer von 9 bis 80 Jahren. Außerplanmäßige Abschreibungen erfolgen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB auf den niedrigeren beizulegenden Wert zum Abschlussstichtag. Zuschreibungen erfolgen gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB; jedoch maximal auf die um planmäßige Abschreibungen verminderten fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen

Die Bilanzposition „Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen“ umfasst alle Anteile an Unternehmen, die dazu bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauernden Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen.

Die Ermittlung des Zeitwerts der Anteile an verbundenen Unternehmen unter Solvency II erfolgt im Wesentlichen auf Basis des Net Asset Value.

Da keine Marktpreisnotierungen für Beteiligungen an Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen vorliegen, werden unter Solvency II die Beteiligungen nach der angepassten Equity-Methode bewertet. Es handelt sich dabei um ein in Art. 13 DVO definiertes Bewertungsverfahren, bei dem Versicherungsunternehmen mit ihrem anteiligen Solvency-II-Eigenkapital angesetzt werden. Der Wertansatz entspricht dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten in der Solvabilitätsübersicht des Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens. Ein dabei vorhandener Überschuss wird mit dem Anteil an der Beteiligung als Zeitwert angesetzt.

Die Tochterunternehmen der RVV, die R+V Komposit Holding GmbH und die R+V Personen Holding GmbH, bündeln die inländischen Beteiligungen an den Tochtergesellschaften der Geschäftsbereiche Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft und Lebens- und Krankenversicherungsgeschäft.

Die R+V Komposit Holding GmbH ist mittelbar beziehungsweise unmittelbar an folgenden inländischen Schaden- und Unfallversicherungsgesellschaften beteiligt:

- › R+V Allgemeine Versicherung AG
- › KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-Aktiengesellschaft
- › KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-Aktiengesellschaft

Die R+V Personen Holding GmbH hält mittelbar beziehungsweise unmittelbar Anteile an den inländischen Lebens- und Krankenversicherungsgesellschaften sowie Pensionsfonds und Pensionskassen des R+V Konzerns:

- › R+V Lebensversicherung AG
- › R+V Pensionskasse AG

- › R+V Pensionsfonds AG
- › R+V Krankenversicherung AG
- › CHEMIE Pensionsfonds AG
- › Condor Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft

Darüber hinaus hält die RVV unter anderem Anteile an folgenden verbundenen Unternehmen im Ausland:

- › Assimoco S. p. A.
- › Assimoco Vita S. p. A.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden nach HGB zu Anschaffungskosten, bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung vermindert um Abschreibungen, bilanziert. Wenn die Gründe für eine in der Vergangenheit getätigte Abschreibung nicht mehr bestehen, werden gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB Zuschreibungen auf den Zeitwert bis maximal zu Anschaffungskosten vorgenommen.

Aktien – notiert

Unter dieser Position werden an einer öffentlichen Börse notierte Anteile am Kapital eines Unternehmens, zum Beispiel anteilmäßiger Besitz eines Unternehmens, ausgewiesen. Beteiligungen sind hiervon ausgeschlossen. Ansatz und Bewertung der Bilanzposition nach Solvency II erfolgen mit dem jeweiligen Börsenwert.

Für den Buchwert der HGB-Bilanz werden Aktien zu Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip, bewertet, soweit sie nicht dem Anlagevermögen zugeordnet sind. Aktien, die gemäß § 341 b Abs. 2 Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, werden gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung mit dem am Abschlussstichtag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Andernfalls erfolgt der Ansatz mit fortgeführten Anschaffungskosten.

Aktien – nicht notiert

Diese Bilanzposition beinhaltet nicht an einer öffentlichen Börse notierte Anteile am Kapital eines Unternehmens, zum Beispiel anteilmäßiger Besitz eines Unternehmens. Beteiligungen werden hiervon ausgeschlossen. Ansatz und Bewertung der Bilanzposition nach Solvency II erfolgen grundsätzlich mit durch externe Kurslieferanten gemeldeten Rücknahmepreisen.

Für Beteiligungen des Genossenschaftssektors, die als nicht notierte Aktien geführt werden, dient der Anschaffungswert als Approximation für den Zeitwert.

Für den Buchwert der HGB-Bilanz werden Aktien zu Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip, bewertet, soweit sie nicht dem Anlagevermögen zugeordnet sind. Aktien, die gemäß § 341 b Abs. 2 Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, werden gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung mit dem am Abschlussstichtag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Andernfalls erfolgt der Ansatz mit fortgeführten Anschaffungskosten.

Staats- und Unternehmensanleihen

Hierunter fallen durch öffentliche Stellen (Zentralstaaten / Bundesstaaten, supranationale staatliche Institutionen, Regionalregierungen oder Kommunalverwaltungen) sowie von Unternehmen ausgegebene Anleihen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, Namensschuldverschreibungen sowie übrige Ausleihungen. Ansatz und Bewertung der Bilanzposition erfolgen nach Solvency II mit dem jeweiligen Marktwert. Dieser ergibt sich für börsennotierte Wertpapiere durch Börsenkurse oder Rücknahmepreise. Für Rententitel ohne regelmäßige Kursversorgung erfolgt die Ermittlung grundsätzlich anhand der Discounted Cashflow Methode.

Für den Buchwert der HGB-Bilanz werden Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere zu Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen, nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, soweit sie nicht dem Anlagevermögen zugeordnet sind.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die gemäß § 341 b Abs. 2 Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, werden mit fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB wird auf den beizulegenden Wert abgeschrieben. Die Amortisation einer Differenz zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag erfolgte unter Anwendung der Effektivzinsmethode. Wenn die Gründe für eine in der Vergangenheit getätigte Abschreibung im Anlage- und Umlaufvermögen nicht mehr bestehen, werden gem. § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB Zuschreibungen auf den beizulegenden Wert bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungskosten vorgenommen.

Schuldscheinforderungen, Darlehen und Namensschuldverschreibungen sowie die übrigen Ausleihungen werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt, soweit nicht Einzelwertberechtigungen vorzunehmen sind. Die Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag erfolgt unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

Strukturierte Schuldtitel

Bei einem strukturierten Produkt wird ein derivatives Finanzinstrument (zum Beispiel eine Option) mit einem nichtderivativen Instrument (zum Beispiel einer Anleihe) kombiniert.

Nach Solvency II wird unter der Position „Strukturierte Schuldtitel“ der jeweilige Marktwert ausgewiesen, wobei keine Zerlegung dieser Schuldtitel erfolgt.

Die Strukturierten Produkte werden mittels anerkannter finanzmathematischer Methoden bewertet. Hierzu wird ein Shifted Libor-Market Modell verwendet. Eingehende Bewertungsparameter sind hierbei Geldmarkt-/Swapzinskurven, emittenten- und risikoklassenspezifische Credit-Spreads, Volatilitäten und Korrelationen für CMS-Swapsätze, ggf. Devisenkassakurse.

Unter HGB werden bei der R+V Finanzderivate und Strukturierte Schuldtitel nicht in ihre einzelnen Bestandteile zerlegt.

Besicherte Wertpapiere

Unter dieser Bilanzposition werden alle Anleihen gegenüber Zweckgemeinschaften zusammengefasst, die Forderungen gegenüber Dritten bündeln, in verschiedene Qualitätsklassen tranchieren und als Zins und Tilgung an den Inhaber der Anleihe weiterleiten (sogenannte Asset Backed Securities, ABS).

Unter Solvency II werden die Marktwerte der ABS-Produkte nach der Discounted Cashflow Methode ermittelt, dabei werden überwiegend am Markt beobachtbare Werte herangezogen.

Da grundsätzlich alle Besicherten Wertpapiere der RVV dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wird gemäß HGB als Wert dieser Bilanzposition die fortgeführten Anschaffungskosten, bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung der beizulegende Wert zum Abschlussstichtag, herangezogen.

Investmentfonds

Unter der Position „Investmentfonds“ (laut offizieller EIOPA-Übersetzung: „Organismen für gemeinsame Anlagen“) werden alle Investitionen bei Unternehmen, deren alleiniger Zweck in gemeinsamen Anlagen in übertragbare Wertpapiere und / oder andere Kapitalanlagen liegt, ausgewiesen. Investmentfonds umfassen unter anderem Aktienfonds, Rentenfonds, Mischfonds, Geldmarktfonds, Immobilienfonds, Infrastrukturfonds sowie Sonstige Fonds. Die RVV hält Aktien-, Renten- sowie Mischfonds.

Als beizulegender Zeitwert für Anteile an Investmentfonds nach Solvency II werden Börsenkurse, Rücknahmepreise oder Nettoinventarwerte inkl. Fonds-Kasse zum Bilanzstichtag verwendet.

Investmentanteile, die gemäß § 341b Abs. 2 Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, werden gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung mit dem am Abschlussstichtag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Andernfalls erfolgt der Ansatz mit fortgeführten Anschaffungskosten. Bei Wertpapier-Spezialfonds wird basierend auf den darin enthaltenen Vermögenswerten der nachhaltige Wert ermittelt. Dabei werden

Inhaberschuldverschreibungen bei gegebener Bonität des Schuldners mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt, ansonsten mit dem Zeitwert. Aktien werden mit ihrem Zeitwert angesetzt. Sofern der ermittelte Ertragswert (Earnings-Per-Share-Wert) der einzelnen Aktien über dem Zeitwert liegt, werden die Aktien mit diesem Ertragswert, maximal jedoch mit 120 % des Zeitwertes zum Stichtag angesetzt. Liegt der EPS-Wert unter dem Zeitwert, wird der Zeitwert angesetzt. Abschreibungen erfolgen auf den nachhaltigen Wert oder den höheren Anteilswert der Kapitalverwaltungsgesellschaft.

Derivate

Nach Solvency II werden unter der Bilanzposition „Derivate“ auf der Aktivseite die aktuell positiven Marktpreise aller Derivate zusammengefasst. Insbesondere die Zahlungsströme von Swaps werden unter Solvency II getrennt nach Mittelzuflüssen und -abflüssen dargestellt. Die Derivate mit aktuell negativem Marktwert werden als Gegenposition auf der Passivseite dargestellt.

Derivative Finanzinstrumente werden am Bilanzstichtag mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet. Hierzu werden bei börsengehandelten Finanzinstrumenten die aktuellen Börsenschlusskurse herangezogen. Für nicht börsengehandelte Finanzinstrumente werden beizulegende Zeitwerte mittels anerkannter Bewertungsmodelle, insbesondere Discounted Cashflow Methoden sowie dem Shifted Libor-Market Modell ermittelt. Grundsätzlich erfolgt dies auf der Basis von am Markt verfügbaren Daten, wie zum Beispiel Zinsstrukturkurven („Swap-Sätze) unter Berücksichtigung von emittenten- und risikoklassenspezifischen Credit-Spreads (gedeckt, ungedeckt, nachrangig) und gegebenenfalls weiteren Marktparametern (insbesondere Volatilitäten). Anderenfalls werden sonstige anerkannte Bewertungsverfahren zugrunde gelegt.

Zins-Swaps werden anhand des Shifted Libor-Market Modells bewertet, Bewertungsparameter sind Geldmarkt-/ Swapzinsstrukturkurven sowie gegebenenfalls Devisenkassakurse.

Vorkäufe / Termingeschäfte werden auf Basis der Discounted Cashflow Methode bewertet, Bewertungsparameter hierbei sind die Zinskurve und der Kassakurs. Aktien-/indexbezogene Optionen werden mittels Monte Carlo Simulation in einem um Forward-Volatilitäten erweiterten Local-Volatility-Modell bewertet. Als Datengrundlage dienen u.a. Aktien- bzw. Indexkurse, implizite Volatilitäten und prognostizierte Dividendenzahlungen. Index Warrants mit einer enthaltenen plain vanilla Call Option werden mittels Black-Scholes Modell bewertet.

Im Unterschied zu den bilanziellen Richtlinien von Solvency II ist eine gesonderte Bilanzierung von Derivaten mit positiven Marktwerten im Rahmen der handelsrechtlichen Rechnungslegung nicht vorgesehen.

Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente

Diese Bilanzposition umfasst alle Einlagen außer übertragbaren Einlagen. Dies bedeutet, dass sie zu keinem Zeitpunkt für Zahlungsvorgänge genutzt werden können und dass es nicht ohne nennenswerte Beschränkung oder Gebühren möglich ist, ihre Umwandlung in Bargeld zu verlangen oder sie auf Dritte zu übertragen. Kassen- oder Geldbestände außerhalb der Kapitalanlage werden in der Bilanzposition „Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente“ ausgewiesen.

Der Ausweis in der Solvabilitätsübersicht erfolgt aufgrund des kurzfristigen Charakters mit dem HGB-Buchwert zuzüglich der Stückzinsen. Einlagen bei Kreditinstituten werden gemäß HGB mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Quantitative oder qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen nicht.

Kapitalanlagen

	Solvency II-Wert	HGB-Wert
	TEuro	TEuro
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	10.800	3.026
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	13.128.082	3.010.109
Aktien	941	942
davon Aktien - notiert	0	31
davon Aktien - nicht notiert	941	911
Anleihen	5.004.666	5.530.977
davon Staatsanleihen	2.825.689	3.122.850
davon Unternehmensanleihen	1.920.637	2.122.618
davon Strukturierte Schuldtitel	181.629	200.730
davon Besicherte Wertpapiere	76.712	84.779
Investmentfonds	1.644.809	1.544.830
Derivate	2.200	0
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	546.076	541.328
Sonstige Anlagen	0	0
Summe	20.337.575	10.631.213

Darlehen und Hypotheken

In der Kategorie Darlehen und Hypotheken werden nicht derivative Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind, ausgewiesen. Die RVV hat dieser Kategorie Hypothekendarlehen zugeordnet.

Ansatz und Bewertung der Hypothekendarlehen erfolgen unter Solvency II mit dem grundsätzlich auf Basis von Zinsstrukturkurven ermittelten Zeitwert. Unter HGB werden Hypothekendarlehen mit den fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt, soweit nicht Einzelwertberichtigungen vorzunehmen waren. Die Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag erfolgte unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen

Diese Position entspricht dem Anteil der Rückversicherer am Besten Schätzwert der versicherungstechnischen Rückstellungen und ist eng mit der Modellierung der versicherungstechnischen Rückstellungen verknüpft. Eine detaillierte Beschreibung dieser Bilanzposition folgt in der Solvabilitätsübersicht zusammen mit dem Vergleich der Bilanzierung gemäß HGB in Abschnitt D.2.

Depotforderungen

Entsprechend dem Ansatz in der HGB-Bilanz erfolgt die Bewertung mit dem Nennwert abzüglich erforderlicher Wertberichtigungen.

Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Entsprechend dem Ansatz in der HGB-Bilanz erfolgt die Bewertung mit dem Nennwert abzüglich erforderlicher Wertberichtigungen.

Forderungen gegenüber Rückversicherern

Entsprechend dem Ansatz in der HGB-Bilanz erfolgt die Bewertung mit dem Nennwert abzüglich erforderlicher Wertberichtigungen.

Forderungen (Handel, nicht Versicherung)

Ansatz und Bewertung erfolgen bei dieser Position grundsätzlich nach den Regelungen der IFRS.

Weiterhin resultiert der Unterschied zur HGB-Bilanz aus der Bilanzierung von Forderungen im Zusammenhang mit Rentenzahlungsverpflichtungen. Nach IFRS (IAS 19) wird unter Solvency II auf der Aktivseite der Erstattungsanspruch aus Rentenzahlungsverpflichtungen ausgewiesen. Dieser umfasst Rückdeckungsversicherungen, Forderungen gegenüber Pensionsfonds und Forderungen gegenüber der Unterstützungskasse GmbH.

Im Vergleich dazu werden unter HGB auf der Aktivseite lediglich Rückdeckungsversicherungen und Forderungen an Pensionsfonds (gezahlte Einmalbeiträge für Auslagerungen in früheren Geschäftsjahren) ausgewiesen.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Ansatz und Bewertung erfolgen bei dieser Position nach den Regelungen der IFRS, das heißt, es werden sogenannte Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente im Sinne der in IAS 7 für die Zahlungsstrom-Rechnung gegebenen Definition erfasst und die Bewertung erfolgt zum Nennwert. Grundsätzlich werden unter diesem Posten Bank- und Kassenguthaben ausgewiesen.

Quantitative oder qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen nicht.

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte

Unter dieser Position werden alle sonstigen, nicht an anderer Stelle ausgewiesenen Vermögenswerte bilanziert. Ansatz und Bewertung erfolgen entsprechend dem IFRS-/HGB-Wert.

Sonstige Vermögenswerte

	Solvency II-Wert	HGB-Wert
	TEuro	TEuro
Darlehen und Hypotheken	34.812	34.778
davon Sonstige Darlehen und Hypotheken	34.812	34.778
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	111.926	175.883
Nichtlebensversicherungen und n.A.d. Nichtlebensversicherung betriebenen KV	108.636	169.797
davon Nichtlebensversicherungen	108.620	169.797
davon n.A.d. Nichtlebensversicherungen betriebene KV	16	0
Lebensversicherungen und n.A.d. LV betriebenen KV	3.290	6.087
davon Lebensversicherungen	3.290	6.087
Depotforderungen	288.014	288.014
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	338.844	338.844
Forderungen gegenüber Rückversicherern	20.359	20.359
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	306.003	252.029
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	534.959	534.959
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	62.418	64.587
Summe	1.697.335	1.709.455

D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen

Die RVV ist ein zentraler Rückversicherer der Erstversicherungsgesellschaften der R+V. Daneben tritt sie eigenständig am internationalen Rückversicherungsmarkt auf. Sie betreibt die Rückversicherung weltweit in allen Sparten der Nichtlebensversicherung. Dabei übernimmt sie vorwiegend Geschäft von Erstversicherungsgesellschaften kleiner und mittlerer Größe.

Die aktive Zeichnung des Lebensrückversicherungsgeschäftes wurde im Jahr 2004 weitgehend eingestellt. Für das Versicherungsgeschäft der RVV ergeben sich in der Segmentierung nach Solvency II die folgenden Geschäftsbereiche:

Versicherungstechnische Rückstellungen - Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung):

- › Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung
- › Sonstige Kraftfahrtversicherung
- › See-, Luftfahrt- und Transportversicherung
- › Feuer- und andere Sachversicherungen
- › Allgemeine Haftpflichtversicherung
- › Kredit- und Kautionsversicherung
- › Rechtsschutzversicherung
- › Verschiedene finanzielle Verluste
- › Nichtproportionale Unfallrückversicherung
- › Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung
- › Nichtproportionale Sachrückversicherung

Versicherungstechnische Rückstellungen - Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung

- › Krankheitskostenversicherung
- › Berufsunfähigkeitsversicherung
- › Arbeitsunfallversicherung
- › Nichtproportionale Krankenrückversicherung

Versicherungstechnische Rückstellungen - Krankenversicherung nAd Lebensversicherung

- › Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Verpflichtungen der Krankenversicherung in Zusammenhang stehen
- › Krankenrückversicherung

Versicherungstechnische Rückstellungen - Lebensversicherung

- › Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Verpflichtungen außerhalb der Krankenversicherung in Zusammenhang stehen
- › Versicherung mit Überschussbeteiligung
- › Lebensrückversicherung

Der Versicherungsbestand der RVV besteht im Wesentlichen aus weltweit betriebenem aktivem Rückversicherungsgeschäft (Fremdgeschäft). Da der Anteil der versicherungstechnischen Rückstellungen des übernommenen Gruppengeschäfts mit weniger als 5 % vom Gesamtbestand im Vergleich zum übernommenen Fremdgeschäft relativ gering ist und aus Risikogesichtspunkten ein separater Ausweis aufgrund der Gleichartigkeit des Geschäfts nicht erforderlich ist, wird im Rahmen des Proportionalitätsprinzips das übernommene Gruppengeschäft nachfolgend zusammen mit dem aktiven Rückversicherungsgeschäft ausgewiesen.

Beim Fremdgeschäft werden die versicherungstechnischen Rückstellungen für Rentenansprüche aus der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung und der allgemeinen Haftpflichtversicherung (Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die

mit Verpflichtungen außerhalb der Krankenversicherung in Zusammenhang stehen) hierbei aus Proportionalitätsgründen teilweise unter dem Nichtlebensversicherungsgeschäft (außer Krankenversicherung) ausgewiesen.

Im Rahmen des Fremdgeschäfts werden die Geschäftsbereiche der Krankenversicherung nAd Lebensversicherung sowie die Versicherung mit Überschussbeteiligung aus Proportionalitätsgründen im Geschäftsbereich Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung ausgewiesen. Im Hinblick auf die Wesentlichkeit dieser Geschäftsbereiche (weniger als 1 % der HGB-Rückstellungen der RVV) wird diese Zuordnung als angemessen erachtet.

In der Solvabilitätsübersicht werden für sämtliche Versicherungsverpflichtungen gegenüber Anspruchsberechtigten versicherungstechnische Rückstellungen gebildet. Diese werden auf vorsichtige, verlässliche und objektive Art und Weise berechnet (§ 75 Abs. 1 VAG).

Der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen entspricht dem aktuellen Betrag, den Versicherungsunternehmen zahlen müssten, wenn sie ihre Versicherungsverpflichtungen unverzüglich auf ein anderes Versicherungsunternehmen übertragen würden (§ 75 Abs. 2 VAG). Die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen erfolgt unter Berücksichtigung der von den Finanzmärkten bereitgestellten Informationen sowie allgemein verfügbarer Daten über versicherungstechnische Risiken und ist mit diesen konsistent (Marktkonsistenz). Die versicherungstechnischen Rückstellungen ergeben sich aus der Summe des Besten Schätzwerts und der Risikomarge.

Bei der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen werden weder Übergangsmaßnahmen (nach §§ 351 bis 352 VAG), noch die Volatilitätsanpassung (nach § 82 VAG) angewendet.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß HGB enthalten ebenfalls die Schwankungsrückstellungen und ähnliche Rückstellungen sowie die sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen.

Die Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung) trägt mit 4.842.970 TEuro den größten Anteil an den Gesamtrückstellungen. Die restlichen 3,5 % der versicherungstechnischen Rückstellungen verteilen sich zu annähernd gleichen Teilen auf die Geschäftsbereiche Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung (49.563 TEuro, 1,0 %) und Lebensversicherung (124.139 TEuro, 2,5 %).

Beste Schätzwert

Der beste Schätzwert ist Teil der versicherungstechnischen Rückstellung und ein wahrscheinlichkeitsgewichteter, diskontierter Durchschnitt aller zukünftigen Ein- und Auszahlungsströme. Die Abzinsung der Zahlungen erfolgt mit den laufzeitabhängigen Zinssätzen der von der Aufsicht vorgegebenen risikofreien Zinsstrukturkurven unter Berücksichtigung der Zahlungszeitpunkte.

Bei der Projektion der künftigen Zahlungsströme werden alle ein- und ausgehenden Zahlungsströme berücksichtigt, die zur Abrechnung der Versicherungsverbindlichkeiten während ihrer Laufzeit benötigt werden (§ 77 Abs. 3 VAG): Prämienzahlungen und damit im Zusammenhang stehende Zahlungsströme, sämtliche Zahlungen an Anspruchsberechtigte sowie sämtliche bei der Bedienung der Versicherungsverpflichtungen anfallenden Aufwendungen.

Die Bewertung des Besten Schätzwerts ist mit Unsicherheiten verbunden, die einerseits mit den versicherungstechnischen Risiken und andererseits mit dem Marktrisiko zusammenhängen.

Bezüglich der versicherungstechnischen Risiken gilt zu beachten, dass die Gesamthöhe der zukünftigen Zahlungsströme sowie die Zahlungszeitpunkte selbst unbekannt sind und geschätzt werden müssen. Grundlage dieser Schätzungen sind die beobachteten Daten sowie zugrundeliegende Annahmen. Auch bei angemessener Einschätzung der Richtigkeit dieser Annahmen kann nicht vermieden werden, dass hierbei falsche Informationen verwendet oder fehlende nicht berücksichtigt werden (Irrtumsrisiko). Z. B. ist es prinzipiell selbst Jahrzehnte später unmöglich, die Richtigkeit der Annahmen von mathematischen Modellen widerspruchsfrei zu bejahen oder zu verneinen. Möglich sind in diesem Zusammenhang aber Modellanpassungstests, die mit einer vorgegebenen statistischen Sicherheit die Richtigkeit von Annahmen prüfen. Eine weitere Quelle für das versicherungstechnische Risiko liegt im Änderungsrisiko. Es realisiert sich durch unvorhersehbare, zeitliche Veränderungen an den Rahmenbedingungen, welche Höhe und Zeitpunkte zukünftiger, tatsächlicher Zahlungen beeinflussen. Diese können z. B. Änderungen an rechtlichen Rahmenbedingungen sein. Irrtumsrisiko und Änderungsrisiko können prinzipiell nicht vermieden werden, daher wird besonderer Wert auf deren Minderung gelegt. Hierbei ist ein streng eingehaltener Modelländerungsprozess in Verbindung mit einer umfassenden Validierung

der Bewertung von zentraler Bedeutung. Die dritte Quelle der versicherungstechnischen Risiken ist das Zufallsrisiko. Dieses besteht aus zwei Gründen. Erstens sagen das verwendete mathematische Modell die tatsächliche Gesamthöhe der zukünftigen Zahlungsströme nicht als eine Zahl vorher, sondern bestimmt dafür lediglich eine Wahrscheinlichkeitsverteilung. Zweitens sind die Beobachtungen, die Grundlage der Vorhersage des Modells sind, nicht immer aussagekräftig genug, z. B. da deren Anzahl klein ist (wenige Beobachtungen verfügbar sind). Das Zufallsrisiko ist also die zufallsgetriebene Schwankung um den unbekanntem, wahren Wert. Immerhin aber kann es im Rahmen des mathematischen Modells quantifiziert werden und ist daher vergleichsweise gut beherrschbar.

Neben den versicherungstechnischen Risiken unterliegt der Beste Schätzwert der RVV auch dem Zinsänderungsrisiko, welches ein Subrisiko des Marktrisikos ist. Dieses Risiko besteht, da die zukünftigen Zahlungsströme über lange Zeiträume verteilt sind und abgezinst, statt nur aufsummiert werden. Eine Unsicherheit in der Bewertung besteht für die RVV hier aber nicht, denn die zu verwendenden Zinskurven werden von der Aufsicht vorgegeben und die Zahlungsströme hängen nicht von der Zinsentwicklung ab.

Bester Schätzwert der Nichtlebensversicherung (außer KV)

Der beste Schätzwert bestimmt zum größeren Teil den Betrag der versicherungstechnischen Rückstellungen Nichtlebensversicherung und setzt sich aus zwei Komponenten zusammen:

- › Schadenrückstellungen
- › Prämienrückstellungen

Die Schadenrückstellungen sind die Rückstellungen für bereits eingetretene Versicherungsfälle. Die Schadenrückstellungen unter Solvency II bilden das Pendant zur Summe folgender HGB-Bilanzgrößen: Eingetretene bekannte und unbekannte Schäden sowie Regresse, Provenues und Teilungsabkommen.

Unter Prämienrückstellungen werden Rückstellungen für noch nicht eingetretene Schäden und Kosten abzüglich korrespondierender Prämien aus bereits eingegangenen Versicherungsverpflichtungen verstanden.

Grundlage der Bewertung sind unter Berücksichtigung der Vertragsgrenzen (contract boundaries) die Versicherungsverträge, die zum Bewertungsstichtag im Bestand sind. Darin ist insbesondere das zum 1.1. bereits abgeschlossene Neugeschäft enthalten.

Nachfolgend sind Methoden und Annahmen für die Kalkulation der Schaden- und Prämienrückstellungen beschrieben.

Schadenrückstellungen

Die Bewertung der Schadenrückstellung erfolgt mithilfe versicherungsmathematischer Standardmethoden. Es werden die erwarteten Gesamtwerte zu Prämien, Schadenaufwendungen und Kosten geschätzt und auf dieser Grundlage zukünftige Zahlungsströme für bereits eingetretene Versicherungsfälle prognostiziert. Die Schadenrückstellung ergibt sich als diskontierter Barwert dieser zukünftigen Zahlungsströme.

Das Verfahren basiert auf der Annahme, dass der Verlauf der Schadenabwicklung aus der Vergangenheit Rückschlüsse auf die zukünftige Abwicklung zulässt. Ferner wird angenommen, dass die einzelnen Schadenanfalljahre unabhängig voneinander sind. Die Zahlungsströme der Schadenzahlungen werden abschließend mit den risikolosen Zinskurven diskontiert, um den besten Schätzwert der Schadenrückstellungen zu ermitteln.

Dieses Verfahren wird um Expertenschätzungen und Näherungslösungen für zu kleine Teilbestände und besonders exponierte Risiken (z.B. extreme Großschäden) ergänzt. Dazu zählen z.B. für das Fremdgeschäft Altverträge (Zeichnungsjahr vor 1995) oder Verträge mit divergentem Abwicklungsverhalten.

Schadenrückstellungen für Rückversicherungsverträge aus dem Fremdgeschäft des Zeichnungsjahres 2025 basieren auf einzelvertraglichen ultimativen Schadensschätzungen des Underwriting.

Die Projektion der Zahlungsströme der Schadenrückstellungen aus dem übernommenen Gruppengeschäft setzt auf Daten für das selbst abgeschlossene Geschäft der jeweiligen Zedenten auf.

Prämienrückstellungen

Die Bewertung der Prämienrückstellungen erfolgt mithilfe versicherungsmathematischer Standardmethoden. Es werden die erwarteten Gesamtwerte zu Prämien, Schadenaufwendungen und Kosten geschätzt und auf dieser Grundlage zukünftige Zahlungsströme für noch nicht eingetretene Versicherungsfälle prognostiziert. Die Prämienrückstellungen ergeben sich als diskontierter Barwert dieser zukünftigen Zahlungsströme.

Die Prämienrückstellungen werden für die gleichen homogenen Risikogruppen ermittelt wie die Schadenrückstellungen, um eine in sich konsistente Ermittlung der gesamten versicherungstechnischen Rückstellungen sicherzustellen.

Für die RVV ergeben sich für die relevanten Geschäftsbereiche die in der nachfolgenden Tabelle dargestellten Solvency II-Ergebnisse. Zum Vergleich sind die unter HGB gebildeten Rückstellungen für die einzelnen Geschäftsbereiche gegenübergestellt.

Vt. Rückstellungen -Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)

	HGB				Solvency II-Wert
	vt. Rückstellungen	Schadenrückstellung	Prämienrückstellung	Risikomarge	Summe
	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	1.533.222	970.941	-69.424	53.494	955.011
Sonstige Kraftfahrtversicherung	104.619	52.373	-19.091	4.223	37.505
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	337.370	220.238	-19.051	10.909	212.096
Feuer- und andere Sachversicherung	1.718.308	905.619	-76.594	31.009	860.033
Allgemeine Haftpflichtversicherung	129.568	48.029	-5.951	2.105	44.184
Kredit- und Kautionsversicherung	1.151.143	377.607	-94.157	57.059	340.508
Rechtsschutzversicherung	355	22	-0	0	22
Beistand	0	0	0	0	0
Verschiedene finanzielle Verluste	6.147	2.754	-4.158	1.077	-327
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	2.046.242	1.211.268	-60.354	319.296	1.470.210
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	147.425	121.842	-6.753	10.691	125.780
Nichtproportionale Sachrückversicherung	1.629.056	912.325	-183.736	69.357	797.947
Summe	8.803.456	4.823.017	-539.269	559.221	4.842.970

Die Rückstellungen sind anteilmäßig durch die Geschäftsbereiche Nichtproportionale Unfallrückversicherung, Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung, Nichtproportionale Sachrückversicherung und Feuer- und andere Sachversicherungen dominiert. Die Schadenrückstellungen (1.211.268 TEuro, 970.941 TEuro, 912.325 TEuro und 905.619 TEuro) tragen anteilmäßig am meisten zu den Rückstellungen bei. Die Prämienrückstellungen kompensieren zu einem geringeren Teil die Schadenrückstellungen (insgesamt -539.269 TEuro). Bei der Risikomarge sticht vor allem der lang abwickelnde Geschäftsbereich Nichtproportionale Unfallrückversicherung (319.296 TEuro) im Vergleich zu den anderen Geschäftsbereichen hervor.

Bester Schätzwert der Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung

In Bezug auf Grundlagen, Methoden und Annahmen sei auf den Abschnitt „Bester Schätzwert Nichtlebensversicherung“ verwiesen.

Für die RVV sind im Bereich Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung die Geschäftsbereiche Krankheitskostenversicherung, Berufsunfähigkeitsversicherung, Arbeitsunfallversicherung und nichtproportionale Krankenrückversicherung relevant:

Vt. Rückstellungen -Krankenversicherung (nAd Nichtlebensversicherung)

	HGB				Solvency II-Wert
	vt. Rückstel- lungen	Schadenrück- stellung	Prämienrück- stellung	Risikomarge	Summe
	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro
Krankheitskostenversicherung	547	428	-423	55	60
Berufsunfähigkeitsversicherung	18.950	13.213	260	1.879	15.351
Arbeitsunfallversicherung	329	280	-92	64	252
Nichtproportionale Krankenrückversicherung	39.615	31.262	-1.796	4.434	33.900
Summe	59.442	45.183	-2.052	6.432	49.563

Analog zum Solvency II-Ausweis wurde der Teil der HGB-Rückstellung für die anerkannten Unfallrenten den Geschäftsbereichen Berufsunfähigkeitsversicherung und Nichtproportionale Krankenrückversicherung zugeordnet.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen für den Bereich Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung werden durch die Schadenrückstellung des Geschäftsbereichs Berufsunfähigkeitsversicherung und Nichtproportionale Krankenrückversicherung in Höhe von 13.213 TEuro bzw. 31.262 TEuro dominiert.

Grad der Unsicherheit der Schätzung (Nichtlebensversicherung)

Der Grad der Unsicherheit der Schadenrückstellungen in Bezug auf negative Abweichungen vom Erwartungswert (und somit höheren Schadenrückstellungen) wird getrieben durch spätere Nachmeldungen von Schäden und Nachreservierungen von bereits bekannten Schäden. Im Bereich der Prämienrückstellungen und des bei künftigen Prämien einkalkulierten Gewinns (Expected Profit included in Future Premiums – EPIFP) ergibt sich die Unsicherheit insbesondere aufgrund von zukünftigen Groß- oder Naturkatastrophenschäden. Die RVV überwacht diese Unsicherheiten, indem sie die Angemessenheit der verwendeten Modelle und Annahmen laufend überprüft und die Ursachen für die etwaigen Abweichungen untersucht.

Vergleich zur HGB-Bilanzierung (Lebensversicherung)

Die Abweichung zwischen den Rückstellungen nach HGB und Solvency II ist im Wesentlichen durch unterschiedliche Bewertungsansätze begründet.

Die Bewertungsunterschiede ergeben sich aus unterschiedlichen biometrischen Rechnungsgrundlagen. Hinzu kommen gesetzlich vorgeschriebene Reserven mit besonders hohem Sicherheitsniveau bei auslaufenden Leben-Teilbeständen in den Ländern USA und Kanada.

Vergleich HGB zu Solvency II - Lebensversicherung

	HGB-Wert	Solvency II-Wert
	TEuro	TEuro
Vt. Rückstellungen - Lebensversicherung	28.705	124.139
Bester Schätzwert		123.758
Risikomarge		381
Rückstellungen für Beitragsüberträge	5	
Deckungsrückstellungen	11.216	
Schaden- und Rentenreserve	17.484	

Vergleich zur HGB-Bilanzierung (Nichtlebensversicherung und Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung)

Die Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle nach HGB werden grundsätzlich nach den Angaben der Zedenten bilanziert. Sofern keine Angaben vorlagen, werden die Rückstellungen geschätzt; maßgebend hierfür sind die vertraglichen Bedingungen und der bisherige Geschäftsverlauf. Bei erfahrungsgemäß zu niedrig angesetzten Schadenrückstellungen von Zedenten werden angemessene Erhöhungen vorgenommen. Entsprechend wird auch für zukünftig erwartete Schadenbelastungen eine angemessene Vorsorge getroffen. Die Anteile der Rückversicherer an den Rückstellungen werden nach den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt. Eine Diskontierung erfolgt nicht.

Im Vergleich dazu werden die ökonomischen Schadenrückstellungen (Nichtlebensversicherung: 4.823.017 TEuro und Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung: 45.183 TEuro) auf homogenen Risikogruppen für das übernommene Gruppen- und Fremdgeschäft als bester Schätzwert ermittelt.

Die Berechnung erfolgt auf Basis schadenversicherungsmathematischer Bewertungsmodelle. Es wird eine beste Schätzung erstellt, welche keine Zuschläge auf Grund von Vorsichtsüberlegungen enthält. Die Abweichung zwischen HGB und Solvency II ist im Wesentlichen durch die unterschiedlichen Bewertungsansätze und die Diskontierung begründet.

In der handelsrechtlichen Bilanz wird die Position „Prämienrückstellungen“ (Nichtlebensversicherung: -539.269 TEuro und Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung: -2.052 TEuro) nicht angesetzt.

Schwankungsrückstellungen (Nichtlebensversicherung: 1.777.560 TEuro und Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung: 1.133 TEuro) werden unter Solvency II als Eigenmittel angesetzt. Unter HGB werden diese als versicherungstechnische Rückstellung ausgewiesen.

In der HGB-Bilanz ist die Position „Risikomarge“ (Nichtlebensversicherung: 559.221 TEuro und Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung: 6.432 TEuro) nicht vorgesehen. Es gibt keine HGB-Bilanzposition, die einen ähnlichen Charakter wie die Risikomarge aufweist.

Vergleich HGB zu Solvency II - Nichtlebensversicherung (außer KV) und KV nAd Nichtlebensversicherung

	HGB-Wert	Solvency II-Wert
	TEuro	TEuro
Vt. Rückstellungen - Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	8.803.456	4.842.970
Bester Schätzwert		4.283.749
Prämienrückstellungen		-539.269
Schadenrückstellungen	6.854.396	4.823.017
Risikomarge		559.221
Rückstellungen für Beitragsüberträge	151.490	
Rückstellung für Beitragsrückerstattung	5.884	
Schwankungsrückstellung	1.777.560	
Sonstige vt. Rückstellungen	14.125	
davon Drohverlustrückstellung	0	
Vt. Rückstellungen – Krankenversicherung (nAd Nichtlebensversicherung)	59.442	49.563
Bester Schätzwert		43.131
Prämienrückstellungen		-2.052
Schadenrückstellungen	57.707	45.183
Risikomarge		6.432
Rückstellungen für Beitragsüberträge	541	
Deckungsrückstellung	0	
Rückstellung für Beitragsrückerstattung	0	
Schwankungsrückstellung	1.133	
Sonstige vt. Rückstellungen	62	
davon Drohverlustrückstellung	0	

Bester Schätzwert der Lebensversicherung

Der Bestand an Lebensrückversicherungsverträgen unterteilt sich in Gruppen- und Fremdgeschäft.

Für das Gruppengeschäft wird die versicherungstechnische Rückstellung gemäß HGB als Bester Schätzwert unter Solvency II angesetzt. Die Rückstellungen werden unverändert von den Erstversicherungen der R+V übernommen. Aufgrund des auslaufenden Bestandes mit einem Beitragsvolumen von 2.423 TEuro und versicherungstechnischen Rückstellungen unter HGB von 12.942 TEuro wird für das Fremdgeschäft eine Vereinfachung angewandt. Dabei wird der Bestand in mehrere Kategorien aufgeteilt, die jeweils mit unterschiedlich reduzierten Sterblichkeiten angesetzt werden, um den Unterschied zwischen der tatsächlichen Sterblichkeit und der kalkulierten Sterblichkeit zu berücksichtigen.

Aus dem Fremdgeschäft Haftpflicht bestehen Verpflichtungen auf Rentenzahlungen, die nach lebensversicherungsmathematischen Methoden bewertet werden. Hierbei werden für geschädigte Personen wahrscheinlichkeitsgewichtete Zahlungsverläufe bestimmt. Die versicherungstechnische Rückstellung für die so bewerteten Rentenschäden beträgt 105.005 TEuro.

Vt. Rückstellungen - Lebensversicherung

	HGB			Solvency II-Wert
	Vt. Rückstellungen	Bester Schätzwert	Risikomarge	Summe
	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro
Lebensrückversicherung	28.705	123.758	381	124.139
Summe	28.705	123.758	381	124.139

Risikomarge

Die Risikomarge stellt sicher, dass der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen dem Betrag entspricht, den ein Versicherungsunternehmen fordern würde, um die Versicherungsverpflichtungen übernehmen und erfüllen zu können.

Für die Ermittlung der Risikomarge wird ein Betrag an anrechnungsfähigen Eigenmitteln berechnet, der der Solvenzkapitalanforderung entspricht, die für die Bedeckung der Versicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen während ihrer Laufzeit erforderlich ist. Zur Berücksichtigung der Kapitalbereitstellungskosten wird der ermittelte Kapitalbetrag mit einem Kapitalkostensatz verzinst.

Für den Teilbestand der Nichtlebensversicherung und Krankenversicherung wird von einer Mischung aus Stufe 1 (exakte Berechnung der wesentlichen Risiken) und Stufe 2 (Vereinfachungsmethode 1 für unwesentliche Risiken) gemäß EI-OPA-Leitlinie zur Bewertung von versicherungstechnischen Rückstellungen Gebrauch gemacht. Hierfür werden SCRs der einzelnen Risikomodule versicherungstechnisches Risiko Nicht-Leben und versicherungstechnisches Risiko Kranken, das operationelle Risiko, sowie das Ausfallrisiko für jedes zukünftige Jahr t für das Referenzunternehmen benötigt. Die Ermittlung der Volumenmaße „verdiente Prämie“ und „Schadenrückstellung“ zu jedem Jahr t aus den Best Estimates in $t = 0$ ermöglicht eine exakte Berechnung des Prämien- und Reserverisikos. Das Katastrophenrisiko wird anhand der Prämienabwicklung, ggf. gewichtet nach dem Einfluss der Geschäftsbereiche auf das Katastrophenrisiko projiziert. Das Stornorisiko wird anhand der Prämienabwicklung projiziert, das Ausfallrisiko und das operationelle Risiko anhand der Best Estimate-Abwicklung. Die Zusammensetzung der einzelnen Risiko-Submodule zum SCR erfolgt per Standardformel für jedes t . Die Zeitreihe der zukünftigen SCR wird mit dem laufezeitabhängigen, risikofreien Zinssatz diskontiert und zum Barwert summiert. Nach dem Kapitalkostenansatz wird der Barwert mit dem regulatorisch vorgegebenen Kapitalkostensatz von 6 % multipliziert.

Die Risikomarge des Teilbestands Lebensrückversicherung ist von untergeordneter Bedeutung und wird ebenfalls hauptsächlich mit einer Mischung aus Stufe 1 und Stufe 2 ermittelt.

Die Zuordnung der Risikomarge auf die Geschäftsbereiche spiegelt die Beiträge der Geschäftsbereiche zu der Solvenzkapitalanforderung über die Laufzeit des gesamten Portfolios von Versicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen wider.

Die Höhen der Risikomargen der Geschäftsbereiche der RVV sind in den Abschnitten zu den „Besten Schätzwerten“ dargestellt.

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen

In der Solvabilitätsübersicht wird unter der Position „Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen“ die Summe der Besten Schätzwerte der Prämien- und Schadenrückstellungen, die aus zedierten Rückversicherungsverträgen resultieren, ausgewiesen.

Im Gegensatz zur HGB-Rechnungslegung, welche die einforderbaren Beträge aus der Rückversicherung saldiert mit den Schadenrückstellungen auf der Passivseite der Bilanz ausweist, erfolgt der Ausweis in der Solvabilitätsübersicht auf der Aktivseite der Bilanz.

Gemessen an den versicherungstechnischen Rückstellungen des Bruttogeschäfts ist diese Position von untergeordneter Bedeutung.

Einforderbare Beträge aus Rückversicherung

	HGB-vt. Rückstellungen	SII-Einford. Beträge
	TEuro	TEuro
Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	169.797	108.620
Krankenversicherung (nAd Nichtlebensversicherung)	0	16
Lebensversicherung	6.087	3.290
Summe	175.883	111.926

Bester Schätzwert der Einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen

Die Modellierung der Einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen erfolgt auf Basis einer Zahlungsstrom-Projektion mittels aktuarieller Verfahren, getrennt nach dem Anteil der Prämien- und Schadenrückstellung. Das Verfahren zur Berechnung dieser Rückstellungen folgt den Vorgaben der Standardformel (§ 86 VAG) an die Berechnung von Rückversicherungsabgaben. Die aus dem Abrechnungsturnus für Rückversicherungsverträge entstehende zeitliche Differenz zwischen dem Erhalt der Beträge und den Auszahlungen an die Anspruchsteller wird berücksichtigt (§ 86 (2) VAG). Die Zahlungsströme werden um den aufgrund von Bonitätseinschätzungen erwarteten Ausfall der jeweiligen Gegenparteien angepasst (§ 86 (3) VAG).

Da mathematisch-statistische Analysen im verlässlichen Rahmen nicht auf Basis der historischen Rückversicherungsschadendreiecke möglich sind, setzt die Projektion der Zahlungsströme der Prämien- und Schadenrückstellungen aus dem Fremdgeschäft auf den Brutto-Schadendreiecken auf. Dabei werden die Zahlungsströme des retrozedierten Geschäfts aus Fremdgeschäft-Schadenzahlungsmustern der gleichen Geschäftsart berechnet. Die Überleitung erfolgt anhand der HGB-Schadenrückstellung, d.h. dass das Verhältnis der Brutto- zu Netto-HGB Schadenrückstellung auf die Brutto-Rückstellungen nach Solvency II angewendet wird.

Aus Proportionalitätsgründen verzichten wir auf die Anpassung um den erwarteten Ausfall von Forderungen aus Retrozession für das Fremdgeschäft

Für das Gruppengeschäft wird nach denselben Grundsätzen wie für versicherungstechnische Rückstellungen des Bruttogeschäfts der jeweiligen Zedenten nur das sich zum Stichtag im Bestand befindliche Geschäft berücksichtigt. Die Vertragsgrenzen werden berücksichtigt.

Die Projektion der Zahlungsströme der Prämien- und Schadenrückstellungen aus dem Gruppengeschäft setzt auf Daten für das selbstabgeschlossene Geschäft der jeweiligen Zedenten auf.

In der nachfolgenden Tabelle ist die Position „Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen“ der Solvabilitätsübersicht per 31. Dezember 2025 für das Nichtlebensversicherungsgeschäft der RVV dargestellt:

Einforderbare Beträge aus RV - Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)

	HGB			Solvency II-Wert
	Vt. Rückstellungen	Schadenrückstellung	Prämienrückstellung	Summe
	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	20	730	-637	92
Sonstige Kraftfahrtversicherung	0	23	-2.493	-2.471
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	168	271	-20	252
Feuer- und andere Sachversicherung	36.320	59.700	-3.477	56.224
Allgemeine Haftpflichtversicherung	30	245	1	245
Kredit- und Kautionsversicherung	59	33	2	34
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	117	92	-473	-381
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	66	0	0	0
Nichtproportionale Sachrückversicherung	133.017	93.606	-39.637	53.969
Summe	169.797	155.355	-46.734	108.620

Der Position „Schadenrückstellung“ in der Solvabilitätsübersicht wird zu Vergleichszwecken der entsprechende HGB-Wert der Vt. Rückstellungen gegenübergestellt.

Die Einforderbaren Beträge aus Rückversicherung werden anteilmäßig durch den Geschäftsbereich Nichtproportionale Sachrückversicherung dominiert. Die Schadenrückstellungen nach Solvency II betragen in Summe 155.355 TEuro, davon entfallen 60% auf diesen größten Geschäftsbereich. Die Prämienrückstellungen spielen nur eine untergeordnete Rolle. Negative beste Schätzwerte der Prämienrückstellungen für das abgegebene Geschäft weisen darauf hin, dass die zukünftig zu leistenden Prämien die erwartete Entlastung durch die jeweiligen Gegenparteien übersteigen. Tendenziell sind Mittelabflüsse aus Rückversicherungsverträgen im Erwartungswert üblich. Für das Krankenversicherungsgeschäft nAd Nichtlebensversicherung gibt es im Fremdgeschäft lediglich aus Altverträgen einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen. Diese wurden wie oben beschrieben aus den Brutto-Rückstellungen nach Solvency II mittels des Verhältnisses der Brutto- zu Netto-HGB Schadenrückstellung ermittelt.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen für das Lebensversicherungsgeschäft der RVV:

Einforderbare Beträge - Lebensversicherung

	HGB-vt. Rückstellungen	SII-Einford. Beträge
	TEuro	TEuro
Lebensrückversicherung	6.087	3.290
Summe	6.087	3.290

Die einforderbaren Beträge auf die Lebensrückversicherung betragen 3.290 TEuro. Diese gehören im Wesentlichen zu Retrozessionen aus übernommenem Leben-Gruppengeschäft. Unter Solvency II wurden die versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß HGB angesetzt.

Vergleich zur HGB-Bilanzierung

In der HGB-Bilanz werden die Anteile der Rückversicherer an den versicherungstechnischen Rückstellungen unter der Bezeichnung „Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft“ auf der Passiv-Seite der Bilanz gezeigt.

Die Abweichungen zwischen HGB- und Solvency II-Schadenrückstellungen sind durch die unterschiedlichen Bewertungsmethoden und die Diskontierung der Zahlungsströme begründet.

In der nachfolgenden Tabelle ist der Vergleich dieser HGB-Position zur Position „Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen“ der Solvabilitätsübersicht gegenübergestellt:

Vergleich HGB zu Solvency II – Nichtlebensversicherung (außer KV)

	HGB-Wert	Solvency II-Wert
	TEuro	TEuro
Nichtlebensversicherungen (außer Krankenversicherungen)	169.797	108.620
Prämienrückstellungen		-46.734
Schadenrückstellungen	186.694	155.355
Rückstellungen für Beitragsüberträge	-16.897	

D.3 Sonstige Verbindlichkeiten

Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen

Die Bilanzierung der anderen Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen entspricht nach Solvency II den Vorschriften der IFRS. Die Position umfasst unter anderem Jubiläumsverpflichtungen und Wertguthaben für Lebensarbeitszeitkonten, die nach IAS 19 bilanziert werden. Die Bewertung der Jubiläumsverpflichtungen der R+V erfolgt gemäß IAS 19 auf Basis der zu den Rentenzahlungsverpflichtungen erläuterten Prämissen. Als Rechnungsgrundlage wurden die Richttafeln 2018 G von Klaus Heubeck verwendet.

Ansatz und Bewertung der weiteren Rückstellungen dieser Bilanzposition erfolgt entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz mit dem Erfüllungsbetrag. Der Wert aus der Solvabilitätsübersicht entspricht dem IFRS-Ansatz.

Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung sind im Wesentlichen auf die unterschiedliche Bewertung der Rückstellungen für Jubiläumsverpflichtungen zurückzuführen.

Rentenzahlungsverpflichtungen

Die Bilanzierung der Rentenzahlungsverpflichtungen nach Solvency II entspricht den Vorschriften der IFRS.

Die Bewertung der leistungsorientierten Altersversorgungssysteme der R+V erfolgt gemäß IAS 19 nach Anwartschaftsbarwertverfahren und basiert auf versicherungsmathematischen Gutachten. Der Berechnung liegen aktuelle Sterbe-, Invaliditäts- und Fluktuationswahrscheinlichkeiten, erwartete Anwartschafts-, Gehalts- und Rentensteigerungen sowie ein realitätsnaher Rechnungszins zugrunde. Der Rechnungszins orientiert sich an den Zinssätzen, die für langfristige Industrieanleihen von Emittenten bester Bonität gelten. Als Rechnungsgrundlage für die Sterblichkeits- und Invaliditätsannahmen dienen die Richttafeln 2018 G von Klaus Heubeck.

Die Bewertung der Rentenzahlungsverpflichtungen nach HGB erfolgt entsprechend den Vorschriften des § 253 Abs. 1 HGB inkl. Einmalbeiträgen aus Auslagerungen an Pensionsfonds aus früheren Geschäftsjahren (§ 246 Abs. 2 S. 2 HGB kommt nicht zur Anwendung).

Der Unterschied zur HGB-Bilanz resultiert aus den unterschiedlichen Bewertungsansätzen nach IFRS und HGB.

Depotverbindlichkeiten

Entsprechend dem Ansatz in der HGB-Bilanz erfolgt die Bewertung mit dem Nennwert.

Latente Steuerschulden

Siehe hierzu die Erläuterungen unter D.1 (Vermögenswerte).

Derivate

Siehe hierzu die Erläuterungen unter D.1 (Vermögenswerte).

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz erfolgt die Bewertung mit dem Erfüllungsbetrag. Der Wert aus der Solvabilitätsübersicht entspricht dem IFRS-Ansatz.

Quantitative oder qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen nicht.

Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Entsprechend dem Ansatz in der IFRS-Bilanz erfolgt die Bewertung mit dem Erfüllungsbetrag. Der Wert aus der Solvabilitätsübersicht entspricht dem IFRS-Buchwert.

Hierdurch ergeben sich quantitative und qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung.

Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Entsprechend dem Ansatz in der HGB-Bilanz erfolgt die Bewertung mit dem Nennwert abzüglich erforderlicher Wertberichtigungen. Zu beachten ist, dass die HGB-Position weitere Bestandteile enthält, die unter Solvency II den vt. Rückstellungen zuzuordnen sind.

Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern

Entsprechend dem Ansatz in der HGB-Bilanz erfolgt die Bewertung mit dem Nennwert abzüglich erforderlicher Wertberichtigungen.

Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)

Entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz erfolgt die Bewertung mit dem Erfüllungsbetrag. Der Wert aus der Solvabilitätsübersicht entspricht dem IFRS-Ansatz.

Quantitative oder qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen nicht.

Eventualverbindlichkeiten

Im Zusammenhang mit dem der R+V Pensionsversicherung a.G. zugesagten Gründungsstock ergibt sich aufgrund von im Zeitverlauf geänderten Rahmenbedingungen eine Eventualverbindlichkeit. Ansatz und Bewertung in der Solvenzbilanz erfolgt gemäß Art. 11 in Verbindung mit Art. 14 Delegierte Verordnung (EU) 2015/35 als wahrscheinlichkeitsgewichteter Barwert der zugehörigen Zahlungsströme. Nach HGB sind Eventualverbindlichkeiten nicht auszuweisen.

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten

Unter dieser Bilanzposition werden alle sonstigen, nicht an anderer Stelle ausgewiesenen Verbindlichkeiten erfasst, die unter keiner anderen Position bilanziert werden. Entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz erfolgt die Bewertung grundsätzlich mit dem Erfüllungsbetrag und der Wert aus der Solvabilitätsübersicht entspricht dem IFRS-Ansatz.

Sonstige Verbindlichkeiten

	Solvency II-Wert	HGB-Wert
	TEuro	TEuro
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	61.388	48.384
Rentenzahlungsverpflichtungen	19.462	17.857
Depotverbindlichkeiten	53	53
Latente Steuerschulden	1.343.031	0
Derivate	1.082	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0
Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	374.948	372.881
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	391.478	561.287
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	6.193	6.193
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	1.375	1.375
Eventualverbindlichkeiten	6	0
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	45.995	45.995
Summe	2.245.011	1.054.025

D.4 Alternative Bewertungsmethoden

Die nachfolgende Tabelle stellt die angewandten Bewertungshierarchien für die relevanten Bilanzpositionen der RVV im Überblick dar.

Alternative Bewertungsmethoden

Solvency II-Bewertungshierarchie	Bewertungslevel		
	Notierte Marktpreise auf aktiven Märkten	Notierte Marktpreise ähnlicher Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	nicht am Markt beobachtbare Bewertungsparameter
	Level 1	Level 2	Level 3
Aktiva			
Immobilien für den Eigenbedarf und Sachanlagen			
Immobilien (außer zur Eigennutzung)			X
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen			X
Aktien			
davon Aktien - notiert			
davon Aktien - nicht notiert			X
Anleihen			
davon Staatsanleihen	X	X	X
davon Unternehmensanleihen	X	X	X
davon Strukturierte Schuldtitel		X	X
davon Besicherte Wertpapiere			X
Investmentsfonds	X	X	X
Derivate		X	
Darlehen und Hypotheken			X
Sonstige Vermögenswerte			X
Passiva			
Rentenzahlungsverpflichtungen			X
Derivate		X	
Sonstige Verbindlichkeiten			X

Für weitere Informationen zur Bewertung der einzelnen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, siehe die Erläuterungen unter D.1 (Vermögenswerte), bzw. D.3 (sonstige Verbindlichkeiten).

D.5 Sonstige Angaben

Im Berichtszeitraum lagen keine berichtspflichtigen sonstigen Informationen vor.

E Kapitalmanagement

E.1 Eigenmittel

Kapitalmanagementstrategie

Dem Zusammenspiel zwischen Kapital- und Risikomanagement kommt eine wichtige Funktion bei der Sicherstellung der Gesamtsolvabilität zu. Darüber hinaus erfordern die Volatilität der Soll- und Ist-Werte aufgrund der Verankerung des Marktwertprinzips in der Solvency II-Richtlinie sowie die Anforderung, dass der Risikokapitalbedarf jederzeit mit anrechnungsfähigen Eigenmitteln zu bedecken ist, einerseits eine kontinuierliche Beobachtung der Bedeckung und andererseits ein angemessenes, zukunftsorientiertes Management der Eigenmittel. Im Rahmen des Kapitalmanagements sind mögliche Maßnahmen zu beurteilen, die einer Verbesserung oder Wiederherstellung der Eigenmittelausstattung unter Normalbedingungen sowie in Stresssituationen dienen können.

Die vorausschauende Gegenüberstellung der Kapitalanforderungen und der verfügbaren Eigenmittel über den Planungshorizont findet im mittelfristigen Kapitalmanagementplan statt.

Das Kapitalmanagement liegt – als wesentlicher Teil des Risikomanagements – in der Verantwortung des Vorstands der RVV. Ein zentraler Aspekt des Kapitalmanagementprozesses stellt die Erstellung des mittelfristigen Kapitalmanagementplans dar. Die Aufgabe des Kapitalmanagementplans liegt darin, die jederzeitige Bedeckung der Kapitalanforderungen der RVV zu gewährleisten. Der mittelfristige Kapitalmanagementplan berücksichtigt insbesondere folgende Aspekte:

- › geplante Kapitalemissionen;
- › die Fälligkeit von Eigenmittelbestandteilen unter Einbeziehung sowohl der vertraglich vereinbarten Fälligkeit als auch einer vorzeitigen Rückzahlungs- oder Tilgungsmöglichkeit;
- › die Auswirkung einer Emission, Tilgung, Rückzahlung oder anderweitigen Veränderung der Bewertung von Eigenmittelbestandteilen auf die Anrechnungsgrenzen zur Bedeckung von SCR und MCR (Tiering);
- › die Anwendung und die Implikationen der Ausschüttungsstrategie;
- › die Ergebnisse der im Rahmen des ORSA durchgeführten Projektionen.

Der Betrachtungshorizont des Kapitalmanagementplans ergibt sich aus dem Geschäftsplanungshorizont der RVV.

Der Kapitalmanagementplan berücksichtigt die Ergebnisse der im ORSA durchgeführten Projektionen und stellt daraus die im Verlauf der Planungsperiode resultierende Entwicklung der Bedeckung dar. Der Kapitalmanagementplan spiegelt somit die Wechselwirkung zwischen der Kapitalplanung und dem Risikoprofil des Unternehmens sowie die Verzahnung der beiden Prozesse wider.

Aufgrund der gesetzlich geforderten Verzahnung des Kapitalmanagementprozesses mit dem ORSA orientiert sich die Frequenz der Aktualisierung des Kapitalmanagementplans an der Frequenz des ORSA-Prozesses. Somit ist der Kapitalmanagementplan einerseits jährlich infolge eines regulären ORSA und andererseits infolge eines ad-hoc ORSA zu aktualisieren.

Im Berichtszeitraum gab es keine wesentlichen Änderungen im Hinblick auf die zugrunde gelegten Ziele, Annahmen und Maßnahmen der Kapitalmanagementstrategie.

Gesamteigenmittel

Die Gesamteigenmittel setzen sich aus den Basiseigenmitteln und den ergänzenden Eigenmitteln zusammen. Basiseigenmittel sind der Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten abzüglich des Betrages der eigenen Aktien, nicht-anzuerkennender Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten sowie vorhersehbarer Dividenden und Ausschüttungen.

Ergänzende Eigenmittel sind solche, die nicht zu den Basiseigenmitteln zählen, und die zum Ausgleich von Verlusten eingefordert werden können, sofern die Aufsicht diese nach einer Kriterienprüfung genehmigt. Derzeit strebt die RVV keine Genehmigung ergänzender Eigenmittel an.

Gemäß § 91 VAG werden die gesamten Eigenmittel je nach Ausprägung beziehungsweise Erfüllungsgrad der regulatorisch vorgegebenen Merkmale in drei unterschiedliche Klassen, sogenannte „Tiers“, unterteilt. Die Einstufung erfolgt gemäß den nachfolgenden Mindestanforderungen:

- › Ständige Verfügbarkeit
- › Nachrangigkeit
- › Ausreichende Laufzeit

Zusätzlich ist zu berücksichtigen, ob und inwieweit ein Eigenmittelbestandteil frei ist von Verpflichtungen oder Anreizen zur Rückzahlung des Nominalbetrags, obligatorischen festen Kosten und sonstigen Belastungen.

Zum Stichtag werden alle Basiseigenmittel der RVV gemäß den oben genannten Kriterien als Tier 1 klassifiziert. Nachrangige Verbindlichkeiten und latente Netto-Steueransprüche liegen zum Stichtag nicht vor.

Basiseigenmittel

	Gesamt	Tier 1	Tier 2	Tier 3
	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro
2025				
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	374.234	374.234	0	0
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio	1.858.352	1.858.352	0	0
Überschussfonds	0	0	0	0
Ausgleichsrücklage	12.982.524	12.982.524	0	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	0	0	0	0
Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche	0	0	0	0
Basiseigenmittel nach Abzügen	15.215.110	15.215.110	0	0
2024				
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	374.234	374.234	0	0
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio	1.858.352	1.858.352	0	0
Überschussfonds	0	0	0	0
Ausgleichsrücklage	11.321.176	11.321.176	0	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	0	0	0	0
Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche	0	0	0	0
Basiseigenmittel nach Abzügen	13.553.763	13.553.763	0	0

Die Basiseigenmittel der RVV setzen sich zum Stichtag aus 374.234 TEuro Grundkapital, der Kapitalrücklage gemäß § 272 HGB – enthalten in der Position „Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio“ – in Höhe von 1.858.352 TEuro und der Ausgleichsrücklage in Höhe von 12.982.524 TEuro zusammen.

Für die Gesellschaft ergeben sich zum Stichtag keine Eigenmittel durch latente Steuern.

Das Grundkapital wird als solches bezeichnet, sofern zum einen die Aktien direkt vom Unternehmen ausgegeben werden und zum anderen die Aktien, im Falle der Insolvenz, einen Anspruch des Inhabers auf das Restvermögen der Gesellschaft verkörpern. Das Grundkapital der RVV ist in 14.408.010 Stückaktien aufgeteilt.

Gemäß Solvency II wird die Ausgleichsrücklage ermittelt, indem vom Überschuss der Aktiva über die Passiva die separat ausgewiesenen Basiseigenmittel, die vom Unternehmen gehaltenen eigenen Aktien, vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte sowie Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten abgezogen werden.

Ausgleichsrücklage

	HGB-Wert	Umbewertung	Solvency II-Wert
	TEuro	TEuro	TEuro
Gewinnrücklage/Verlustrücklage	164.666	164.666	-
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	-
Bewertungsunterschiede	-	12.817.858	-
Anlagen	10.631.213	9.706.362	20.337.575
Sonstige Vermögenswerte	1.711.667	-11.727	1.699.940
Vt. Rückstellungen	8.891.603	3.874.930	5.016.672
Sonstige Verbindlichkeiten	1.054.025	152.045	901.980
Latente Steuerschulden nach Saldierung	0	-903.752	903.752
Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte	-	0	-
Ausgleichsrücklage		12.982.524	

Die Ausgleichsrücklage enthält zum Stichtag unter anderem die Gewinnrücklage nach HGB in Höhe von 164.666 TEuro sowie Anpassungen durch Neubewertung der Kapitalanlagen (9.706.362 TEuro) und der versicherungstechnischen Rückstellungen (3.874.930 TEuro). Die Umbewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen beinhaltet die unter HGB zu bilanzierenden Schwankungsrückstellungen (1.778.693 TEuro), welche unter Solvency II in der Ausgleichsrücklage als Eigenmittel angesetzt wird. Weiterhin liegen latente Steuerschulden in Höhe von -903.752 TEuro vor, welche unter HGB nicht angesetzt werden.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Wert der Ausgleichsrücklage um 14,7 % verändert.

Anrechnungsfähige Eigenmittel

Zur Bestimmung der anrechnungsfähigen Eigenmittel gemäß Solvency II sind neben der Eigenmittelgüte, d.h. der Klassifizierung in Tiers, zusätzlich quantitative Anforderungen an die Zusammensetzung der zur Bedeckung heranzuziehenden Eigenmittel zu beachten. Dabei ist grundsätzlich zwischen Anforderungen im Zusammenhang mit der Bedeckung des SCR und Anforderungen im Zusammenhang mit der Bedeckung des MCR zu unterscheiden. Da zum Stichtag die Eigenmittelbestandteile vollständig als Tier 1-Eigenmittel klassifiziert werden, kommen die quantitativen Anrechnungsgrenzen zur Bedeckung des SCR und MCR nicht zum Tragen.

Anrechnungsfähige Eigenmittel

	Gesamt	Tier 1	Tier 2	Tier 3
	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro
2025				
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	15.215.110	15.215.110	0	0
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	15.215.110	15.215.110	0	0
2024				
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	13.553.763	13.553.763	0	0
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	13.553.763	13.553.763	0	0

Vergleich zum HGB-Eigenkapital

Die Unterschiede zum HGB-Eigenkapital umfassen zum Stichtag im Wesentlichen die in der Ausgleichsrücklage enthaltenen Umbewertungen der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Die Veränderungen der versicherungstechnischen Rückstellungen beziehen sich auf Bewertungs- und Ansatzunterschiede zwischen HGB und Solvency II. Die Berechnung der Schadenrückstellungen für die Bereiche Nichtlebensversicherung (außer KV) und Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung erfolgt unter Solvency II nach den marktkonformen Prinzipien des besten Schätzwerts, die den Wert im Vergleich zu HGB reduzieren und sich in Höhe von 2.648.086 TEuro positiv auf die Eigenmittel auswirken. Zusätzlich werden die Schwankungsrückstellungen und ähnliche Rückstellungen gemäß HGB (1.778.693 TEuro) unter Solvency II als Eigenmittel angesetzt. Die Prämienrückstellung als Bilanzgröße für noch nicht eingetretene Verpflichtungen wirkt sich geringfügig positiv auf die Eigenmittel unter Solvency II aus. Unterschiede zur Bewertung unter HGB ergeben sich aufgrund des Ansatzverbots für nicht realisierte Gewinne unter HGB nach dem Realisationsprinzip. Der Beste Schätzwert der versicherungstechnischen Rückstellungen für den Bereich Lebensversicherung führt im Vergleich zu den versicherungstechnischen Rückstellungen nach HGB zu einer Reduktion der Eigenmittel um -95.053 TEuro. Die versicherungstechnischen Rückstellungen Krankenversicherung nAd Lebensversicherung werden unter Solvency II im Bereich Nichtlebensversicherung (außer KV) berücksichtigt.

Weiterhin resultiert der Ansatz einer Risikomarge (566.035 TEuro) in einer zusätzlichen Verpflichtung unter Solvency II.

Insgesamt ergeben sich anrechnungsfähige Eigenmittel in Höhe von 15.215.110 TEuro.

E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

Der Solvenzkapitalbedarf (SCR) wird im Standardmodell unter dem Grundsatz der Unternehmensfortführung so ermittelt, dass alle quantifizierbaren Risiken, denen ein Versicherungsunternehmen ausgesetzt ist, berücksichtigt werden. Er wird als Value at Risk (VAR) zu einem Konfidenzniveau von 99,5% über einen Zeitraum von einem Jahr berechnet.

Grundsätzlich folgt die Berechnung des SCR einem modularen Aufbau. In dieser Struktur werden Risiken, die einen ähnlichen Ursprung aufweisen, zu sogenannten Risikomodulen zusammengefasst, wobei bei der RVV folgende Risiken berücksichtigt werden:

- › Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko
- › Lebensversicherungstechnisches Risiko
- › Krankenversicherungstechnisches Risiko
- › Marktrisiko
- › Gegenparteausfallrisiko
- › Operationelles Risiko

Die jeweiligen Risikomodule setzen sich zusätzlich aus verschiedenen Subrisikomodulen zusammen. Für diese werden die jeweiligen Kapitalanforderungen bestimmt und anschließend zum SCR der übergeordneten Risikokategorie aggregiert. Gemäß diesem Aufbau werden die einzelnen Risikokategorien zur sogenannten Basissolvenzkapitalanforderung (BSR) aggregiert. Um anschließend das Gesamt-SCR zu ermitteln, wird einerseits die Kapitalanforderung für operationelle Risiken zum Basis-SCR hinzugerechnet und andererseits wird der Einfluss risikomindernder Effekte (Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen und Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern) berücksichtigt.

Für die aktuelle Berechnung der Solvenzkapitalanforderungen werden außer für das Gegenparteausfallrisiko keine vereinfachten Berechnungen verwendet. Im Gegenparteausfallrisiko wird zwischen zwei Typen unterschieden: Derivate, Sichteinlagen und Rückversicherungsverträge werden in einem ratingbasierten Ansatz als Typ-1-Exponierungen behandelt, für Hypothekendarlehen, Einlagen bei Zedenten und Außenstände wird als Typ-2-Exponierungen eine vereinfachte Berechnung verwendet. Die jeweiligen Risikobeiträge werden mit einem Varianz-Kovarianz-Ansatz zum SCR des Moduls aggregiert.

Für die aktuelle Berechnung der Solvenzkapitalanforderungen werden keine unternehmensspezifischen Parameter angewendet.

Das Basis-SCR (BSCR) beträgt zum Stichtag 5.127.465 TEuro. Die Ermittlung erfolgt durch Aggregation der Risikomodule mittels einer Wurzelformel sowie einer vorgegebenen Korrelationsmatrix, welche die Abhängigkeiten der Risikomodule berücksichtigt. Der daraus entstehende Diversifikationseffekt beträgt 1.463.879 TEuro. Das SCR der RVV setzt sich aus dem BSCR und dem operationellen Risiko (OpRisk) in Höhe von 130.363 TEuro zusammen, abzüglich der Risikominderung durch latente Steuern in Höhe von 903.752 TEuro und beträgt somit 4.354.076 TEuro. Das MCR liegt bei 1.088.519 TEuro, dies entspricht 25 % des SCR-Wertes. Die Aufteilung des SCR auf die einzelnen Risikokategorien kann der folgenden Tabelle entnommen werden:

SCR / MCR

	IST 2025
	TEuro
Marktrisiko	3.483.633
Gegenparteiausfallrisiko	144.070
Lebensversicherungstechnisches Risiko	16.922
Krankenversicherungstechnisches Risiko	66.590
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	2.880.128
Diversifikation	-1.463.879
Basissolvenzkapitalanforderung	5.127.465
Operationelles Risiko	130.363
Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern	-903.752
Solvenzkapitalanforderung	4.354.076
Mindestkapitalanforderung	1.088.519

Das Marktrisiko nimmt mit 3.483.633 TEuro die größte Risikoposition der RVV ein, gefolgt vom versicherungstechnische Risiko Nicht-Leben mit 2.880.128 TEuro.

Zum Stichtag liegen ausreichende Eigenmittel zur Bedeckung des Risikokapitals des Unternehmens vor. Die aufsichtsrechtliche Bedeckungsquote des SCR liegt bei 349 %, die des MCR bei 1.398 %.

Aufgrund aufsichtsrechtlicher Anforderungen gemäß DVO Artikel 297 Abs. 2 a sind wir zu folgender Aussage verpflichtet: Der endgültige Betrag der Solvenzkapitalanforderung unterliegt noch der aufsichtlichen Prüfung.

E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Die Durationsmethode für das Aktienrisiko wird bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung nicht angewendet.

E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen

Ein internes Modell kommt bei der RVV nicht zur Anwendung.

E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung

Zum Bilanzstichtag und während des Berichtszeitraumes lag stets eine ausreichende Bedeckung des SCR sowie MCR vor. Gegenwärtig sind keine Risiken bekannt, die zu einer Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung oder Mindestkapitalanforderung führen.

E.6 Sonstige Angaben

Im Berichtszeitraum lagen keine berichtspflichtigen sonstigen Informationen vor.

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis (I/IV)

a.G.	auf Gegenseitigkeit	bzgl.	bezüglich
A.o. Abschreibungen	Außerordentliche Abschreibungen	bzw.	beziehungsweise
ABS	Asset-Backed-Securities	CA	Condor Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft
Abs.	Absatz	ca.	circa
abzgl.	abzüglich	CAA	Commissariat aux Assurances
AG	Aktiengesellschaft	CCNL	Contratto collettivo nazionale di lavoro
AktG	Aktiengesetz	CDL	Condor-Dienstleistungs GmbH
ALV	Arbeitslosigkeitzusatzversicherung	CL	Condor Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft
ALM	Asset-Liability-Management	CMS	Constant Maturity Swaps
Art.	Artikel	CPF	CHEMIE Pensionsfonds AG
AU	Arbeitsunfähigkeitsversicherung	CRA	Credit Rating Agency
AUZ	Aktuarieller Unternehmenszins	CRM	Customer Relationship Management
AWV	Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung	CVA	Credit Valuation Adjustment
ATZ	Altersteilzeit	d.h.	das heißt
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	DAV	Deutsche Aktuarvereinigung e.V.
BÄK	Bundesärztekammer	DB	Direktionsbetrieb
bAV	betriebliche Altersvorsorge	DBO	Defined Benefit Obligation
BCM	Business Continuity Management	DeckRV	Deckungsrückstellungsverordnung
BKK	Betriebskrankenkasse	DIIR	Deutsches Institut für Interne Revision
bKV	betriebliche Krankenversicherung	DQ	Data Quality
BLU	Bestandssystem Leben Unfall	DVO	Durchführungsverordnung
BoS	Board of Supervisors	DZ BANK AG	Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank
BP	Basispunkte	e.V.	eingetragener Verein
BSCR	Basic Solvency Capital Requirement (Basissolvvenzkapitalanforderung)	EBA	European Banking Authority
BSM	Branchensimulationsmodell	EbAV	Einrichtung der betrieblichen Altersversorgung
bspw.	beispielsweise	EDV	Elektronische Datenverarbeitung
BU	Berufsunfähigkeitsversicherung	EFSF	Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus
BUC	Berufsunfähigkeitsversicherung Chemie	eG	Eingetragene Genossenschaft
BUZ	Berufsunfähigkeitszusatzversicherung	ehem.	ehemalige
BVR	Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken	Einford.	Einforderbar

Abkürzungsverzeichnis (II/IV)

EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority	i.R.	in Ruhestand
EPIFP	Expected Profit included in Future Premiums	IAS	International Accounting Standards
ERB	eigene Risikobeurteilung	ICAAP	Internal Capital Adequacy Assessment Process
ESG	Environment, Social, Governance	IDD	Insurance Distribution Directive
ESM	Europäischer Stabilisierungsmechanismus	IDV	Individuelle Datenverarbeitung
etc.	et cetera	IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
EU	Europäische Union	IFRS	International Financial Reporting Standards
EUR	Euro	IIA	Institute of Internal Auditors
EVT	Ertragsschadenversicherung Tier	IK	Investitionskommission
EWR	Europäische Wirtschaftsraum	IKS	Internes Kontrollsystem
EWU	Europäische Währungsunion	inkl.	Inklusive
EZB	Europäische Zentralbank	IRKS	Integrierte Risiko- und Kapitalsteuerung
FD	Filialdirektion	ISRK	Interne Schadenregulierungskosten
FLV	Fondsgebundene Lebensversicherung	IVASS	Istituto per la vigilanza sulle assicurazioni
Fondsgeb.	Fondsgebunden	KA	KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-AG
FRV	Fondsgebundene Rentenversicherung	Kfz	Kraftfahrzeug
GA	Generalagentur	KL	KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG
GAAP	Generally Accepted Accounting Principles	KS	KRAVAG-SACH Versicherung des Deutschen Kraftverkehrs VaG
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.	KTV	Kautionsversicherung
ggf.	gegebenenfalls	KV	Krankenversicherung
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung	KVG	Kapitalverwaltungsgesellschaft
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	KWG	Kreditwesengesetz
GOÄ	Gebührenordnung für Ärzte	LA	Lenkungsausschuss
grds.	grundsätzlich	LAN	Local Area Network
GwG	Geldwäschegesetz	lfd.	laufend
HGB	Handelsgesetzbuch	LÜB	Leistungen aus Überschussbeteiligung
HRB	Handelsregister Abteilung B	LV	Lebensversicherung
HUR	Haftpflcht-Unfallrenten	LVRG	Lebensversicherungsreformgesetz
HZV	Haftpflcht-Zusatzversicherung	MaGO	Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen
i.L.	in Liquidation	MARS	Maklerabrechnungssystem

Abkürzungsverzeichnis (III/IV)

MCR	Minimum Capital Requirement (Mindestkapitalanforderung)	RfB	Rückstellung für Beitragsrückerstattung
Mgm.	Management	RMF	Risikomanagementfunktion
Mio	Million	RH	Ressort Aktive Rückversicherung
NAA	Nicht alltägliche Anlagen	RSA	Risk-Self-Assessment
nAd	nach Art der	RSR	Regular Supervisory Report (Regelmäßiger aufsichtlicher Bericht)
NAT	Nicht alltägliche Anlagetätigkeiten	RV	Rückversicherung
NAV	Net-Asset Value	RVA	R+V Allgemeine Versicherung AG
NPP	Neue-Produkte-Prozess	RVD	R+V Direktversicherung AG
NPS	Net Promoter Score	RVK	R+V Krankenversicherung AG
Nr.	Nummer	RVL	R+V Lebensversicherung AG
o.ä.	oder ähnliches	RVLaG	R+V Lebensversicherung a.G.
OFS	Other Financial Sector	RVV	R+V Versicherung AG
OPK	Omnikanal- und Produktkommission	RZ	Rechenzentrum
OpRisk	Operationelles Risiko	RZV	Risikozusatzversicherung
ORSA	Own Risk and Solvency Assessment	S&P	Standard and Poor's
OSN	Overall Solvency Needs (Gesamtsolvabilitätsbedarf)	S.	Seite
OTC	Over-the-counter	S.p.A.	Società per azioni
pAV	private Altersvorsorge	SaaS	Software as a Service
PEPP	Pandemic Emergency Purchase Programme	saG	selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft
PF	R+V Pensionsfonds AG	SAS	Secure Access Services
PG	Patentgesetz	SBK	Sicherheits- und BCM-Konferenz
PK	R+V Pensionskasse AG	SCR	Solvency Capital Requirement (Solvvenzkapitalanforderung)
PKV	Private Krankenversicherung	SFCR	Solvency and Financial Condition Report (Bericht über Solvabilität und Finanzlage)
PMP	Produkt-Management-Prozess	SII	Solvency II
PSG	Pflegestärkungsgesetz	sog.	sogenannte
PVaG	R+V Pensionsversicherung a.G.	SPOF	Single Point of Failure
QPPM	Quasi Peak Programme Meter	SPV	Soziale Pflegeversicherung
QRT	Quantitative Reporting Templates	SRK	Schadenregulierungskosten
R4/2011	BaFin Rundschreiben 4/2011	SV	Schadenversicherung
RAS	Remote Access Services	SWOT	Strengths-Weaknesses-Opportunities-Threats
RechVersV	Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen	TEuro	Tausend Euro

Abkürzungsverzeichnis (IV/IV)

u.a.	unter anderem	Verbindl.	Verbindlichkeiten
Überschussf.	Überschussfonds	VMF	Versicherungsmathematische Funktion
UBR	Unfallversicherungsgeschäft mit Beitragsrückgewähr	VT	Versicherungstechnik
UFR	Ultimate Forward Rate	Vt.	Versicherungstechnisch
üG	übernommenes Rückversicherungsgeschäft	VTV	Vereinigte Tierversicherung Gesellschaft Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
U-Kasse	Unterstützungskasse	VVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
USA	Vereinigte Staaten von Amerika	VVG	Versicherungsvertragsgesetz
USD	US-Dollar	VVS	Vertriebsverwaltungssystem
usw.	und so weiter	WertV	Wertermittlungsverordnung
UZV	Unfallzusatzversicherung	WHO	World Health Organization (Weltgesundheitsorganisation)
VaG	Verein auf Gegenseitigkeit	WLAN	Wireless Local Area Network
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz	z.B.	zum Beispiel
VaR	Value at Risk	ZÜRS	Zonierungssystem für Überschwemmung, Rückstau und Starkregen
VD	Vertriebsdirektion		
ver.di	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft		

Informationen erhalten Sie in den Volksbanken und Raiffeisenbanken,
R+V-Agenturen sowie bei der Direktion der Gesellschaften der
R+V Versicherungsgruppe, Raiffeisenplatz 1, 65189 Wiesbaden.

Telefon: 0800 533-1112

Kostenfrei aus allen deutschen Fest- und Mobilfunknetzen

www.ruv.de



Du bist nicht allein.